

# *Stenografischer Bericht*

## **Jugendlandtag**

---

XVI. Gesetzgebungsperiode 30. November 2012

Beginn: 09.00 Uhr

**Präsident Ing. Wegscheider:** Hohes Haus, liebe geschätzte Jugend, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich darf Sie, ich darf euch alle recht herzlich zum heutigen Jugendlandtag, dem ersten in der XVI. Gesetzgebungsperiode, begrüßen.

Ich bedanke mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr herzlich dafür, dass Sie sich bereit erklärt haben, hier an dieser Jugendlandtagsitzung mitzuwirken. Mein besonderer Dank gilt jenen Jugendlichen, die bereits in den vergangenen Tagen sowie bei den Regionaltreffen in Liezen, Graz und Leoben in Gruppen ihre Vorschläge für die heutige Sitzung erarbeitet haben. Sie werden heute die Themen und Diskussionen bestimmen.

Ich begrüße im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, und zwar an der Spitze Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves, herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*). An seiner Seite Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer und Herr Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser, herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*). Ich begrüße Frau Landesrätin Dr. Bettina Vollath recht herzlich (*Allgemeiner Beifall*) und für das Thema Jugend zuständig, Frau Landesrätin Mag. Elisabeth Grossmann, herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*). Ebenso heiße ich Herrn Landesrat Johann Seitinger herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*).

Ein herzlicher Gruß auch an die Vizepräsidentin Mag. Ursula Lackner, die uns ja heute dann noch etwas später hier Vorsitz führend unterstützen wird.

Ich begrüße die Abgeordneten zum Landtag Steiermark und darf dabei vor allem die Klubobleute begrüßen und zwar die Klubobmänner Walter Kröpfl und Mag. Christopher Drexler sowie Mag. Dr. Georg Mayer, MBL und Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*). Ich heiße auch alle jugendlichen Zuhörerinnen und Zuhörer im Zuschauerraum und das Team von „beteiligung.st“ unter der Führung von Frau Geschäftsführerin Mag. Daniela Köck, insbesondere die beiden heutigen Moderatoren,

Frau Mag. Birgit Lacheiner und Herrn Mag. Thomas Moik willkommen (*Allgemeiner Beifall*). Die Schülerinnen und Schüler der Fachschule Haidegg unter der Leitung von Frau Rosemarie Brotscheider, herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*). Die Schülerinnen und Schüler der BAKIP Graz unter der Leitung von Frau Dr. Dorothea Galter, herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*). Die Schülerinnen und Schüler der BAKIP Mureck unter der Leitung von Frau Mag. Gerlinde Schantl, herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*). Weiters die Schülerinnen und Schüler der Landwirtschaftlichen Fachschule Grottenhof Hardt mit Herrn Dir. Dipl.-Ing. Johannes Schantl und Frau Brigitta Klemm, herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*). Und natürlich noch alle bisher nicht genannten anwesenden Damen und Herren. Seien Sie herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*).

Für die Vorbereitung dieses Jugendlandtages waren „beteiligung.st“, das Büro der Jugendlandesrätin Mag. Elisabeth Grossmann sowie die Direktion des Landtages Steiermark verantwortlich. Ich bedanke mich bei den Jugendsprechern aller fünf Fraktionen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der genannten Einrichtungen für ihre Beiträge zum Gelingen dieser Veranstaltung.

Heute erleben wir eine besondere Landtagssitzung, meine geschätzten Damen und Herren. Dieser heutige Jugendlandtag findet in Form von Gruppendiskussionen mit den Jugendlichen zu den folgenden vier Themengruppen statt:

1. Thema: „Klimaschutz“
2. Thema: „Politik gestalten“
3. Thema: „Soziales“
4. Thema: „Lebensumfeld“

Diese Themengruppen sind in jeweils zwei bzw. vier Thesen unterteilt. Die Moderation und Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge erfolgt durch Frau Mag. Birgit Lacheiner und Herrn Mag. Thomas Moik.

Im Anschluss an die Kundmachung der These haben die Mitglieder der Landesregierung, sowie anschließend die Abgeordneten des Landtages Steiermark noch die Möglichkeit, abschließende Stellungnahmen abzugeben. Diese sollten insgesamt pro Fraktion nach Möglichkeit zwei Minuten nicht überschreiten.

Die heutige Sitzung geht auf einen einstimmigen Beschluss des Landtages Steiermark vom 15. Mai 2012 zurück. In Entsprechung dieses Beschlusses wurden der Jugendlandtag vorbereitet und die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einer ausgewogenen Balance in Bezug auf Geschlecht, Ausbildung, Herkunft und Alter aus regionalen Vorbereitungstreffen nominiert.

Über den heutigen Jugendlandtag wird durch den Stenografischen Dienst ein Bericht verfasst, ich begrüße auch die Damen des Stenografischen Dienstes recht herzlich (*Allgemeiner Beifall*), welcher Grundlage für die weiteren Beratungen im zuständigen Unterausschuss des Landtages Steiermark sein wird. Diese Veranstaltung wird auch via Livestreaming im Internet übertragen und künftig auch auf der Homepage des Landtages abrufbar sein.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses heutigen Jugendlandtages bekommen im Nachhinein einen USB-Stick mit dem Protokoll der Sitzung und dem gemeinsamen Gruppenfoto übermittelt.

Somit wünsche ich uns allen heute eine interessante Diskussion, einen anregenden Gedankenaustausch, der uns als Politiker Ihre bzw. eure Sicht der Dinge wieder ein Stück näher bringt und ich wünsche uns viele wertvolle und verwertbare Vorschläge und Beiträge.

Ich darf nun, bevor wir uns mit den heutigen Thesen befassen, Frau Landesrätin Mag. Elisabeth Grossmann um ihr Statement bitten.

**Landesrätin Mag. Grossmann:** Ja gerne, Herr Präsident. Herr Landeshauptmann, werte Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen auf der Regierungsbank, Hoher Jugendlandtag!

Ja ich freue mich, dass ihr heute hier seid, um Politik und Demokratie live zu erleben. Demokratie, das wissen wir alle, fällt ja nicht vom Himmel, kann auch nicht weitervererbt werden, Demokratie muss von jeder Generation aufs Neue erlernt, erarbeitet und auch gepflegt werden. Dazu soll dieser Jugendlandtag einen Beitrag leisten. Hier sollt ihr durch Erfahrung lernen, etwas was man sich kaum durch Lehrbücher anlesen kann, soll euch hier vermittelt werden. Wie entwickelt man gemeinsam Lösungen, wie kommt man zu einer politischen Meinung und vertritt diese und auch, wenn die Meinungen noch so unterschiedlich sind. Politik muss letztendlich auch Entscheidungen treffen und kann nicht ewig diskutieren. Da ist es dann die Kunst der Demokratie, Mehrheiten zu finden. Durch Verhandeln, durch Kompromisse schließen, um letztendlich auch zu einer Entscheidung zu kommen. Und noch etwas Wichtiges gehört zur Demokratie. Nämlich, dass diejenigen, die mit ihrer Meinung jetzt nicht die Mehrheit erringen konnten, dass diejenigen auch die

Mehrheitsentscheidung akzeptieren. Und das kann manchmal ganz schön schwer sein, aber auch das gehört zur Demokratie dazu. Aber nicht nur im Parlament und hier im Landtag wird demokratisch nach gemeinsamen Lösungen und Entscheidungen gerungen. Ihr habt das vielleicht ein bisschen mit verfolgt in Sachen Jugendschutz. Da war das ja ganz, ganz schwer zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen. Vor zwei Tagen habe ich die Jugendlandesräte, -landesrätinnen unserer Nachbarbundesländer und auch der anderen Bundesländer, Tirol und Vorarlberg, nach Graz eingeladen, um über einen gemeinsamen Jugendschutz zu verhandeln. Gerade an Hand des Jugendschutzes kann man ermessen, wie schwer es ist, gemeinsam zu Entscheidungen zu kommen. Wisst ihr vielleicht zufällig, wie lange es insgesamt schon dauert, hier eine gemeinsame Lösung für ganz Österreich zu finden? Es sind mittlerweile 30 Jahre. 30 Jahre wird schon diskutiert über einen gemeinsamen Jugendschutz in Österreich und vor zwei Tagen ist uns hier ein erster großer Durchbruch gelungen. Sieben Bundesländer haben sich darauf verständigt, bei den Ausgehzeiten, etwas liberaler zu werden. Aber dafür bei den Alkoholbestimmungen etwas strenger. Ihr habt es vielleicht etwas mit verfolgt. Ab 16, wie lange kann man da wegbleiben? Habt Ihr das vielleicht ein bisschen mit verfolgt? Ja, das ist nicht ganz richtig. Die Eltern entscheiden letztendlich, wie lange man wegbleiben darf, aber die gesetzliche Regelung sieht vor, dass es ab 16 keine Ausgangsbeschränkungen mehr geben soll. Aber ganz wichtig sind die Alkoholbestimmungen, nämlich harte alkoholische Getränke, die Getränke, die gebrannten Alkohol enthalten, Mischgetränke Alkopops und das ganze Zeug, das ist für unter 18-Jährige künftig nicht mehr erlaubt. Soll künftig nicht mehr erlaubt sein. Darauf hat man sich nach langen Verhandlungen geeinigt. Das Wichtigste beim Jugendschutz aber generell in der Demokratie, das ist aber die Eigenverantwortung. Ihr selbst seid es, die am besten Verantwortung für euer Leben übernehmen können, Ihr seid es, die die Hauptverantwortung tragen und das ist natürlich auch in der Demokratie so, das ist beim Jugendschutz so und durch eure demokratische Teilnahme bei Wahlen, durch eure aktive Mitwirkung, durch eure aktive Mitgestaltung nehmt Ihr Verantwortung wahr für euer Leben und für die Gemeinschaft. Darum bitte ich euch, im Sinne unserer gemeinsamen Zukunft. Ich wünsche euch für eure persönliche Zukunft von Herzen alles Gute. Ein herzliches steirisches Glückauf und einen wunderschönen Tag wünsche ich euch. Alles Gute! (*Allgemeiner Beifall*).

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke unserer Frau Landesrätin Mag. Grossmann. Ich darf nun Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves um seine Grußworte bitten.

**Landeshauptmann Mag. Voves:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtag Steiermark, die Sie sich heute zur Verfügung stellen und vor allem liebe künftige Kolleginnen und Kollegen.

Ich habe schon gesagt, vielleicht gibt es heute noch eine Landeshauptfrau, einen Landeshauptmann, der aus den Jugendreihen oder die aus den Jugendreihen kommt. Aber ich bin überzeugt, dass es unter Ihnen oder unter euch mit Sicherheit künftige Abgeordnete und Regierungsmitglieder zu finden sein werden. Ich danke also vorweg gleich wirklich allen für ihr Interesse, das ganz, ganz wichtig ist für unsere Gesellschaft, dass die Jugend sich interessiert. Ich kann mit dem Thema Politikverdrossenheit bei der Jugend überhaupt nichts anfangen, weil ich immer ganz etwas anderes erlebe und wir es auch heute wieder erleben. Vielleicht ist man angefressen auf den einen oder anderen Politiker oder Politikerin, aber generell stelle ich in der Jugend glücklicherweise in der Steiermark durchaus großes Politikinteresse fest. Wir haben jetzt am 11. Dezember hier im Landtag die große Budgetsitzung des Landtages. Das heißt, es geht um die Verteilung in den Jahren 2013 und 2014 von jeweils fünf Milliarden Euro. Ich glaube, man sollte sich das vor Augen halten, dass die Abgeordneten des Steirischen Landtages zu entscheiden haben, über das Budget. Das heißt, für welche gesellschaftspolitisch relevanten wichtigen Bereiche diese Gelder tatsächlich mit welchen klaren Zielen in der Vernetztheit unserer Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden sollen. Ich glaube, wenn man gestern wieder die Bilder aus Ägypten gesehen hat und aus afrikanischen Teilen und auch aus anderen Teilen der Welt, dann sind wir, glaube ich, gemeinsam überglücklich, dass wir in einer Demokratie leben dürfen. Dass es unglaublich viele Vereine, Interessensgruppierungen, Organisationen gibt, die letztlich ihre individuellen Ziele dort sammeln und sie an politische Parteien herantragen und wir dann in demokratischer Form der Diskussion des Kompromisses versuchen, so für alle Teile unserer Gesellschaft die bestmöglichen Lösungen zu erarbeiten. Frau Landesrätin hat es angesprochen. Manches dauert in der Demokratie natürlich oft auch sehr lange. Aber fünf Milliarden, das heißt, wir entscheiden, ob diese Gelder in Richtung Schule gehen, des Kindergartens, der Bildung und in welchen Inhaltlichkeiten, in welchen Schwerpunkten, wir entscheiden, wie wir die Wirtschaft in der Steiermark fördern, unterstützen können, gute Umfeldvoraussetzungen schaffen, damit es Beschäftigung gibt, dass es Arbeit gibt, dass es Wirtschaftswachstum gibt. Sonst haben wir nichts zu verteilen, weil daraus resultieren primär dann die Steuereinnahmen, die uns helfen, im sozialen Bereich auch entsprechende Maßnahmen zu setzen, dass niemand, der unverschuldet in Schwierigkeiten kommt, durch den Rost fällt, dass wir Gelder haben, um

unsere alten Menschen in Würde alt werden lassen zu können. Das Thema Pflege, dass wir auf die Gesundheit achten können, sowohl in der Prävention als auch in der akuten Versorgung der kranken Menschen. 21 Spitäler in der Steiermark, Landesspitäler, 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort und mit all den, ohne die es jetzt durch die Reformen, glaube ich, sehr, sehr interessanten Fragen, die die Politik zu lösen hat. Aber immer im Feedback und mit direktem Ohr in die Gesellschaft hinein, die Wünsche, Sorgen der Menschen aufnehmend und daher ist es eine ganz, ganz spannende Arbeit, die dann letztlich dazu führt, wie wohl wir uns Jung und Alt, Gesund und Krank und Arm und Reich letztlich dann wirklich in unserer Gesellschaft dann fühlen. Daher finde ich es außerordentlich toll, dass Sie sich, dass ihr euch in vielen Bereichen der Steiermark vorweg schon, es waren, glaube ich, über 150 junge Menschen, die da teilgenommen haben, heute ist ein Teil davon bei diesem Landtag dabei, mit verschiedensten Themen, die euch berühren, beschäftigt habt. Ihr habt vier tolle Themen jetzt zu behandeln. Klimaschutz, etwas ganz, ganz wichtiges bis hin zu dem Lebensumfeld, Bereichen in der Region, wo wir ja jetzt mit der Gemeindestrukturreform doch ganz große Veränderungen auf Zeit vorhaben. Die aber auch nur ein Ziel haben, Heimat in der Region, eigentlich und natürlich zu erhalten. Ich wünsche euch wirklich spannende Diskussionen heute und freue mich außerordentlich, dass wirklich hier Engagement gezeigt wird, sich selbst an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Wenn die Jugend nicht selbst wieder uns folgt, die wir hier auf der Regierungsbank sitzen, unsere Abgeordneten zum Landtag – es braucht wieder die Jugend, die immer wieder hinten nachwächst. Wir sind überglücklich, dass wir im Landtag Steiermark auch einige noch immer sehr junge Abgeordnete haben. Das möge euch immer nur ein Signal setzen. Bitte Engagement! Auch ich war acht Jahre Klassendelegierter in der Schule, dann Soldatensprecher, dann Kapitän meiner Sportmannschaft. Irgendwo war immer schon da, er will für die Interessensgemeinschaft sich zu Wort melden, sich einbringen, für Andere sich einsetzen, für Gemeinschaft, für das Gemeinsame. Und lasst das ja nicht heraus. Das müsst ihr herauslassen, weil von dem lebt die Demokratie. Ich gratuliere euch ganz, ganz herzlich, dass ihr dieses Engagement zeigt und wünsche euch einen erfolgreichen Tag mit tollen Ergebnissen und auch der Landtag Steiermark und die Regierung wird eure Ergebnisse aufnehmen müssen. Ist uns klar. Aber die Lösungen gibt es dann immer in politischer Diskussion. Also ihr müsst immer wissen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer und ich, die SPÖ und die ÖVP, zwar Reformpartnerschaft momentan, aber hinter den Kulissen wird ordentlich gestritten, im positiven Sinne, wenn es um Inhaltsfragen geht. Dann gehen wir halt an die Öffentlichkeit mit dem Kompromiss. Aber dahinter gibt es

Werthaltungen von Parteien, von politischen Parteien, wo man verstehen muss, das können wir nicht so überspringen. Das entspricht nicht unseren grundsätzlichen Werthaltungen. Dann müssen wir einen Kompromiss suchen. Und dass ist das, was Demokratie ausmacht und deswegen darf man nicht persönlich aufeinander böse sein, oder persönlich beleidigend werden, sondern man muss respektieren, dass Frauen und Männer aus unterschiedlichsten Zielgruppen dieser Gesellschaft unterschiedliche Auffassungen haben, wie sie Gesellschaftspolitik erleben wollen, wie sie gesellschaftliche Entwicklungen erleben wollen. Alles erdenklich Gute. Super, dass ihr da seid, viel Erfolg und gute Abstimmungen. Alles Gute! (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Herr Landeshauptmann, ich bedanke mich für die Grußworte und vor allem für das Statement und die Ermunterung an die Jugendlichen, den Zugang zur Politik zu finden.

Ich beginne nun mit dem Aufruf der einzelnen Themengruppen und den dazugehörigen Thesen zu jeder Gruppe: Wir kommen nun zum

### **1. Thema „Klimaschutz – These 1: Regelmäßige Abfallberatung in öffentlichen Einrichtungen“**

Berichtersteller ist Clemens Joham. Ich erteile ihm das Wort. Bitte vorher Frau Mag. Lacheiner.

**Mag. Birgit Lacheiner:** Ich darf mich da kurz einklinken, weil ich organisatorisch einen kleinen Fehler eingestehen muss. Der Clemens hat nicht die richtige These, die abgedruckt ist. Der Clemens wird aber die These jetzt in seinen Worten formuliert vortragen. Ich entschuldige mich dafür. Also die These, die Sie in den Papieren haben, ist nicht die richtige. Hören Sie bitte gut zu. Danke, Entschuldigung.

**Clemens Joham:** Regelmäßige Abfallberatungen in öffentlichen Einrichtungen. Da viele Jugendliche und auch Erwachsene Probleme mit der Mülltrennung haben, fordern wir eine regelmäßige und ausführliche Abfallberatung in Schulen und auf allen Arbeitsplätzen. *(Allgemeiner Beifall)*.

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich bedanke mich beim Berichterstatter. Laut Tagungsprogramm haben nunmehr die Jugendlichen die Möglichkeit, eine Ergänzung zu dieser These vom Rednerpult, wo gerade Clemens Joham geredet hat, vorzunehmen. Gemeldet hat sich nach meinem Protokoll Sara Haagen. Ich erteile ihr das Wort.

**Sara Haagen:** Eine halbjährliche Beratung von Experten, Expertinnen für alle Schulstufen steiermarkweit. *(Allgemeiner Beifall)*.

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke der Sara. Ich frage ordnungshalber, ob es noch eine Wortmeldung gibt. Nein, das ist nicht der Fall.

Nunmehr kommen wir zu den Stellungnahmen der Regierungsmitglieder und Abgeordneten. Pro Fraktion sind hierfür insgesamt zwei Minuten vorgesehen, theoretisch. Ich ersuche nunmehr um Ihre Wortmeldungen. Die Damen und Herren Abgeordneten haben die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden, ebenso die Damen und Herren auf der Regierungsbank. Bitte Herr LTAbg. Ing. Ober von der Österreichischen Volkspartei. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Ing. Ober:** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werte Regierungsmitglieder, werte jungen Parlamentarier und Parlamentarierinnen, liebe Zuhörer im Auditorium!

Ich darf auf diesen Antrag eine ganz kurze Antwort geben. Das Land Steiermark hat im Jahr 2010 auf diese wichtige Frage der Abfallwirtschaft mit dem Abfallwirtschaftsgesetz 2010 darauf reagiert. Es gibt in allen Bezirken Abfallberater und die berechtigte Frage in den Schulen kann hiermit verstärkt aufgenommen werden, dass wir auf die Bezirke und deren Abfallberater zugehen und noch stärker als bis jetzt, in allen Schulen und Betrieben, diese Abfallberatung verstärken. Abfall ist in Zukunft etwas ganz Wertvolles. Es sind zukünftige Ressourcen, auch von der steigenden Weltbevölkerung müssen wir, und damit hat der Abfallwirtschaftsplan reagiert, all diese Abfälle in Ressourcen umwandeln, einerseits vermeiden, sammeln aber auch verwerten und da ist die Steiermark, glaube ich, international betrachtet, ein Vorreiterland und auch mit der Abfallwirtschaft gemeinsam mit der



Privatwirtschaft gelingt das Verwerten. Wir wissen, die Jugendlichen wissen, dass zum Beispiel vor Kurzem in Halbenrain ein Kupferdach gestohlen wurde. Es zeigt auf, dass die Ressourcen der Zukunft sehr knapp werden. Aus dem Grund hat der Steiermärkische Landtag hier einstimmig ein Papier beschlossen, damit wir mit den Ressourcen gut umgehen und diese Ressourcen in der Steiermark so gut verwerten, dass wir sie immer wieder im Kreislauf verwenden können. Ich danke herzlich für die Initiative eurerseits. Das ist in Verbindung mit dem Klimaschutz eines der wesentlichsten Themen der Zukunft und bedanke mich, dass Sie dieses Thema so gut aufgegriffen haben. Einen herzlichen Glückwunsch. (*Allgemeiner Beifall*).

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich bedanke mich beim Herrn Abgeordneten Ing. Ober und als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr LTAbg. Max Lercher von der SPÖ.

**LTAbg. Lercher:** Geschätzter Herr Präsident, werte Regierungsbank, liebe Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich glaube, das ist genau der Effekt, den wir uns von diesem Jugendlandtag erwartet haben, weil in den letzten zwei Jahren, ich bin noch nicht so lange im Landtag, haben wir eigentlich diesen präventiven Bereich bei der Abfallberatung noch nicht beraten. Das ist schon ein neuer Input, der jetzt von euch kommt und der eigentlich sehr, sehr wichtig ist. Weil gerade die Prävention, die Beratung und die Vorarbeit in Schulen, aber auch in Firmen, wie ihr es fordert, ein wichtiger und essenzieller Bereich ist, denn ich meiner Meinung nach, noch nicht so als wichtig betrachtet habe und den wir auch in der politischen Diskussion so noch nicht diskutiert haben. Vor allem in der Zeit, wo ich hier bin und deswegen glaube ich, ist das ein guter Input und für meine Fraktion absolut eine Forderung, wo wir uns dahinter stellen können. Danke für die Initiative. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Max Lercher. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Johann Seitinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Seitinger:** Also, so geht das nicht immer hier. Aber die Technik hat so seine kleinen Lustigkeiten. Danke Herr Präsident.

Ja lieber Clemens, das wusste der Präsident nicht. Ich saß nämlich am falschen Platz. Dort sitzt Kristina Edlinger-Ploder, wo ich irrtümlicherweise gesessen bin und du hast mich auf meinen Platz verwiesen. Danke. So ist das im Leben.

Lieber Clemens, danke für deinen Beitrag. Die Abfallwirtschaft und der Abgeordnete Ober hat das sehr klar und deutlich gesagt. Es ist ein absolutes Zukunftsthema und ich kann dir sagen Clemens, wir haben in den letzten Jahrzehnten aus diesem großen ökologischen Problem, weil wir nicht mehr wussten, wohin mit dem Abfall in der Steiermark, eine große ökonomische Chance gemacht, indem wir die Menschen aufgeklärt haben, dass sie Müll trennen müssen. Dass wir mit diesem Müll dann letztlich auch wertvolle Rohstoffe gewinnen können und letztlich auch dann diese Rohstoffe auch gut verwerten können, in den verschiedenen Fraktionen. Ich kann dir sagen, pro Jahr werden in etwa 500 kg pro Person weggeworfen an Müll. Das ist an sich eine bescheidene Größe, wenn man es vom Gewicht her ansieht, aber wenn man es vom Volumen her ansieht, ist es gewaltig. Wir haben noch in etwa für elf Jahre ein Volumen, sozusagen auf unseren Deponien, das wir füllen können, aber dann sind wir fertig. Daher müssen wir jetzt schon beginnen, und ich danke dir eben auch für diesen Beitrag, den Müll so zu sortieren, so zu trennen, dass wir ihn maximal sozusagen wiederverwerten können. Das heißt, aus Kunststoffen wird zum Beispiel ein wertvoller Brennstoff gemacht, aus Metallen wird wieder Metall gemacht, das Glas wird wieder zu neuem Glas gemacht, usw. Das heißt, wir brauchen nicht jedes Mal fossile Rohstoffe erschöpfen um wieder ein neues Produkt zu entwerfen bzw. zu formen, sondern wir können aus diesen alten Produkten wertvolle neue Rohstoffe formen. Das ist also die Aufgabe. Dazu brauchen wir die Menschen in diesem Lande, das heißt, es ist die Grundvoraussetzung, dass alle die Stoffe, Kunststoffe, Metalle, Papier usw. getrennt gesammelt werden, dann können wir diese Produkte auch getrennt wieder verwerten. Wir haben, wie der Herr Abgeordnete schon gesagt hat, in der Steiermark Abfallberater hier für eingesetzt, um diese Informationen den Menschen, speziell den jungen Menschen weiter zu geben und wir haben sogar in den Kindergärten hier vertieft Aufklärungsunterricht, dass die Kinder sehr früh lernen, diesen Müll zu trennen. Ich kann euch hier sagen, meine lieben jungen Freunde, vor etwa 30 Jahren waren es die Kinder, die den Eltern gelernt haben, wie man den Müll richtig trennt. Die Eltern konnten damals gar nicht anders, als ihren Kindern auch zu folgen und haben die ganz richtigen Maßnahmen gesetzt. Daher danke ich für diesen Vorschlag. Wir werden die Abfallberatung verstärken in den Schulen, das war ein guter Hinweis. Mir war das vielleicht gar nicht so bewusst, dass das so notwendig ist. Wir werden das verstärken in den Schulen und wir werden auch besonders darauf Rücksicht nehmen, dass die Inhalte dieser Sortierungen, dieser Abfallsortierungen, sozusagen, den Jugendlichen tatsächlich zutiefst bewusst werden. Hier liegt also eine große Chance für die Zukunft und das ist auch eine unwahrscheinlich wichtige Maßnahme für die Umwelt und für unsere Zukunft letztlich.

Danke für diesen Beitrag und er wird eigentlich ab sofort umzusetzen sein. Vielen Dank!  
*(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dem Herrn Landesrat für seine Wortmeldung. Ich darf vielleicht erklären, wir sind ein volltechnisiertes Haus und wenn Herr Landesrat auf der Regierungsbank von Frau Landesrätin Edlinger-Ploder sitzend reden würde, würde im Livestream als Untertitel der Name Kristine Edlinger-Ploder aufscheinen. Das wollte ich nicht haben, deshalb bitte ich, sich immer von dem tatsächlichen Platz, der dir zugewiesen ist, auch zu melden. Wir kommen weiter, nächste Wortmeldung, meine geschätzten Damen und Herren, vom Herrn Klubobmann der FPÖ, Dr. Mayer, ich erteile ihm das Wort.

**LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL:** Danke schön Herr Präsident!

Herzlich willkommen, geschätzte Jugendliche, das ist etwas ganz wichtiges heute für uns als Abgeordnete, dass wir einmal so den direkten Austausch mit euch hier halten in diesem Haus. Herzlich willkommen auch von der Freiheitlichen Fraktion in diesem Haus. Wir haben ja auch immer wieder im Rittersaal dieses Mitmischen im Landtag, wo man auch etwas in diesen Austausch kommt. Deshalb wäre es mir ganz besonders wichtig, dass wir heute von euch auch noch einiges zu hören bekommen und es ja schon einmal ein ganz wichtiges Thema diese Abfallberatung bzw. die Abfalltrennung. Das ist ein Thema der Zukunft. Die Zukunft des Landes seid ihr, deswegen ist es auch wichtig, dass ihr euch mit solchen Themen beschäftigt und die Mülltrennung ist eben ein solches Thema. Der Herr Landesrat hat es ja gesagt, das wird uns sehr weit noch in die Zukunft begleiten. Aber ich glaube einerseits, und das muss schon auch hier festhalten werden, dass wir in Österreich schon sehr weit sind, in dieser Sache. Wenn ich da etwa nach Italien schaue, wenn ich etwa nach Belgien schaue, wo ich eine Zeit lang gelebt habe, dort findet Mülltrennung in etwa gar nicht statt. Also insofern dürfen wir auch einmal festhalten, dass wir da schon einige Schritte vorangegangen sind. Wir leben in einem vereinten Europa, wenn muss es so sein, dass alle gemeinsam auch sich an diese Regeln halten und auch gerade bei der Mülltrennung weiterschauen. Die Mülltrennung ist aber nicht das einzige, was uns im Bereich Abfallwirtschaft beschäftigt. Was mich immer besonders stört und was wirklich auch eigentlich im Herzen wehtut ist, wenn man etwa sieht, wie im Bereich von sehr vielen McDonalds das Umland völlig zugemüllt wird. Dort liegen dann die einzelnen Sackerl dort draußen. Je weiter man den Umkreis verlässt, desto weniger werden es. Aber es ist bis zu kilometerweit, dass man dort McDonalds-Sackerl findet. Das ist ein Thema, dass wir auch im Landtag schon hatten, das ist ein Thema, das mir besonders

aufgefallen ist, als ich vergangenes Jahr in der USA war, da gibt es nämlich dann so Schilder wo oben steht „Stop littering“, also Stopp der Verschmutzung und wo die in der USA Strafen haben bis 3.000 Dollar, wenn jemand erwischt wird, wenn er etwas aus dem Auto wirft. Aber worauf ich da hinaus will ist einfach, dass es, glaube ich, zu wenig ist, wenn man einfach nur sagt, wir machen jetzt Beratungen, das war auch zu meiner Zeit in der Volksschule zumindest so, dass Bewusstsein geschaffen wurde. Wir hatten schon in der Volksschule immer wieder Themen und auch in den Schulbüchern wo gesagt wurde, es ist nicht normal, dass ich etwas aus dem Fenster werfe, wenn ich fertig bin, sondern das gehört in den Müll. Ich glaube, gerade deshalb, dieses Thema geht weiter, dieses Thema ist einfach ein Bewusstsein schaffen, ein Bewusstsein schaffen schon sehr früh, eben gerade bei Jugendlichen, dass man sagt, es ist nicht normal, dass ich etwas aus dem Fenster werfe, es ist einfach nicht normal, dass ich einfach alles fallen lasse, was ich irgendwo gerade konsumiert habe. Insofern, Danke schön noch einmal und ich freue mich schon auf den Dialog mit euch (*Allgemeiner Beifall*).

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke für die Wortmeldung Herr Klubobmann. Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich darf nun das Wort an die beiden Moderatoren übergeben, um die Diskussion zu leiten. Gibt es hier einen Diskussionsbedarf?

**Mag. Thomas Moik:** Vielen Dank Herr Präsident. Ich schaue ganz kurz in die Runde unserer Jugendlichen, ob es noch eine wichtige Anmerkung dazu gibt. Wir haben das Glück, ein wenig früher begonnen zu haben. Das heißt, wir hätten jetzt kurz Zeit für eine Anmerkung. Es ist aber, glaube ich, sehr umfassend von den Abgeordneten und Regierungsmitgliedern schon geantwortet worden und wir können die Zeit sicher bei den restlichen 13 Thesen auch noch gut brauchen. Ich denke, da gibt es in jedem Fall Anmerkung zum Diskussionsbedarf. Also, wenn jetzt keine Hand nach oben schnell, dann danke ich allen Rednerinnen und Rednern und darf noch einmal insgesamt für die gesamte These „Regelmäßige Abfallberatung in öffentlichen Einrichtungen“ um einen Applaus bitten, bevor wir zum nächsten Thema weiterschreiten (*Allgemeiner Beifall*).

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke schön. Wir kommen nun zum zweiten Teil des ersten Themas

### **1. Thema „Klimaschutz – These 2: Vermehrte Nutzung von erneuerbarer Energie“.**

Berichterstatter ist Clemens Joham. Ich erteile ihm das Wort wieder.

**Clemens Joham:** Vermehrter Nutzen von erneuerbarer Energie. Wir finden, dass in der Steiermark zu viel Atomstrom aus dem Ausland und Strom aus fossilen Brennstoffen genutzt wird und deshalb wollen wir mehr Strom aus erneuerbarer Energie. Wind-, Wasserkraft und Sonnenenergie sind Alternativen um die Nachhaltigkeit für weitere Generationen zu gewährleisten. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Laut Tagungsprogramm haben nunmehr, wie davor, die Jugendlichen die Möglichkeit eine Ergänzung der These vom Rednerpult aus vorzunehmen. Es liegt mir eine Wortmeldung vor. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Matthias Gritzner. Ich erteile ihm das Wort.

**Matthias Gritzner:** Für private Haushalte soll es mehr Förderungen im Bereich Solar und Fotovoltaik geben. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke auch hier recht herzlich. Nun gibt es wieder die Stellungnahmen der Regierungsmitglieder und Abgeordneten. Wer meldet sich zu Wort. Bitte schön Frau Abgeordnete, ich erteile Ihnen das Wort.

**LTabg. Mag. Pichler-Jessenko:** Ich darf dem Berichterstatter herzlich danken. Du oder Sie sind ein echter Energie-, Umweltexperte, da beide Themen sozusagen bei dir gelegen sind. Das Thema erneuerbare Energieformen, ich glaube, Fukushima ist uns leider noch in sehr guter Erinnerung. Oft ist es so, wenn dann ein bisschen Zeit vergeht oder Abstand zu solchen Unfällen, in dem Fall der Reaktorunfall, besteht, dass man immer wieder sehr leicht vergisst in diese Richtung aktiv zu sein, tätig zu sein. Wobei ich hier in der Steiermark wirklich das Gegenteil behaupten kann, gerade im Ressort vom Herrn Landesrat Seitinger und Schrittwieser wird in diese Richtung einiges getan. Es gibt Förderungen, sowohl im privaten Bereich, aber auch im Bereich des Geschossbaues, wo eben diese Energieformen, die du angesprochen hast, gefördert werden. Wichtig ist, dass das eine Anschubfinanzierung ist. Das bedeutet, dass sich natürlich als Mensch, und da seid ihr Jugendliche gefordert, verantwortlich bin, Eigenverantwortung übernehme, dass ich auch, sozusagen, in diese Energieformen selbst dann investiere und das auch hinaustrage. Ähnlich wie in der Müllentsorgung bzw. Mülltrennung waren es auch die jungen Menschen, die hier sehr maßgeblich beteiligt waren, dass eben das auch in die anderen Generationen weiterzutragen. Ein zweites Projekt, was sehr erfolgreich beim Herrn Landesrat Seitinger läuft, ist das Projekt zur Holzbauweise. Also,

sowohl im Eigenheimbau, aber auch im Geschossbau wirklich auf diesen erneuerbaren Rohstoff Holz, der auch in der Steiermark sehr stark verfügbar ist, zurückzugreifen. Es gibt ein Projekt an der Technischen Universität, das nennt sich „shell housing“, wo sowohl die Holzqualität für den Geschossbau sozusagen bearbeitet wird. Es gibt zum Beispiel in London, was man selten weiß, von einer obersteirischen Firma aus dem Murtal ein Projekt, da wurde in neun Geschossen ein reiner ausschließlicher Holzbau errichtet. Holz ist eben erneuerbar und trägt da sehr wesentlich, das werdet ihr sicher teilweise aus dem Unterricht besser wissen, zu CO<sub>2</sub>-Bilanz bei. Es gibt hier auch Studien die belegen, dass wenn jemand ein Einfamilienhaus komplett in Holzbauweise baut, könnte diese Familie ein Leben lang mit dem Auto fahren, ohne dass ihre CO<sub>2</sub>-Bilanz negativ wird. Also Holz jetzt als Rohstoff, denn wir hier in unserem Land nutzen können und der auch massiv zur CO<sub>2</sub>-Bilanz beiträgt, das wäre auch noch ein wesentlicher Punkt. Ich glaube, da sind wir in der Steiermark gut aufgestellt, auch was die Förderungen anbelangt. Wesentlich und da muss ich den Ball an euch zurückspielen, ist diese Eigenverantwortung. Die ist heute gekommen im Bereich des Jugendschutzes, sie ist bei der Mülltrennung gekommen und nachdem diese Energiethemen hier als These vertreten ist, nehme ich an, dass ihr das weiterleben werdet und noch viel stärker in Zukunft betreiben werdet. Danke für diese These, ich halte sie für etwas Wichtiges für die Steiermark, aber auch für unseren Planeten, dass man auch in ein paar Millionen Jahren noch atmen kann. Danke! (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich bedanke mich bei der Frau Abgeordnete Alexandra Pichler-Jessenko von der Österreichischen Volkspartei. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Dr. Mayer von der Freiheitlichen Partei.

**LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL:** Danke schön Herr Präsident, geschätzte Kollegen, werte Jugendliche!

Auch wieder ein wichtiges Thema, ihr habt, glaube ich, die zwei wichtigsten Zukunftsthemen ganz am Anfang eurer Thesen gesetzt. Die Frau Kollegin hat es gesagt, Fukushima. Fukushima war vor, ich weiß jetzt nicht, ist schon ein Jahr her, und wir hatten dieses Thema natürlich in den Steiermärkischen Landtag gebracht. Als Freiheitliche haben wir dieses Thema hier in den Landtag gebracht, weil wir uns die große Sorge gemacht haben, wenn das ein Jahr her ist, oder von mir aus auch zwei Jahre her ist, es einfach nicht mehr so in den Köpfen der Menschen so präsent vertreten sein wird, wie es zu diesem Zeitpunkt war. Wir wissen, die Berichterstattung war massiv. Wir haben gesehen, was dort in Japan passiert ist

und wir haben für uns gewusst und ich glaube, das wissen wir alle, die wir hier sitzen, dass wir so etwas auf keinen Fall in Europa und auf keinen Fall in Österreich haben wollen. Deswegen haben wir das damals hier mittels eines Antrages hereingebracht als Freiheitliche Partei und haben gesagt, wir haben ja auch ein Kernkraftwerk in unmittelbarer Nähe zu Graz, in unmittelbarer Nähe zu Steiermark, nämlich das Kernkraftwerk Krsko, das in Slowenien steht, ich weiß nicht wer von euch das kennt. Das wird von Slowenien und Kroatien betrieben, das ist keine 100 km Luftlinie von Graz entfernt und da haben wir damals einen Antrag eingebracht und haben unserem Herrn Landeshauptmann gesagt, Sie sind der Landeshauptmann der Steiermark, ich weiß schon, es gibt keine Zuständigkeiten direkt, wenn man sagt, die Steiermark kann nicht mit Slowenien verhandeln, das gibt es dort nämlich nicht, aber Sie sind der Landeshauptmann und Sie können dort einmal hinunterfahren und denen endlich einmal sagen, dass es Zeit wird, dieses Kernkraftwerk abzuschalten. Damals haben sich Rot und Schwarz dagegen verweigert. Sie haben gesagt, das ist nicht unsere Zuständigkeit, das muss die Bundesregierung machen. Gut, das nehmen wir zur Kenntnis. Es sind aber, das sagen wir auch, Alternativen notwendig. Zu Kernkraftwerken, zu fossilen Brennstoffen. Das ist dringend notwendig. Da gibt es auch eine kleine Kritik von mir auf die Seiten der Grünen, es ist heute leider niemand da von den Grünen, aber die zum Beispiel, wenn ich an das Murkraftwerk in Graz denke, ich weiß nicht, ob ihr das wisst, da gab es auch eine riesen Aufregung, das wollten sie auch nicht. Also Wasserkraft will man am Ende auch nicht. Da muss man schon festhalten, wir verbrauchen alle Energie und wir brauchen Energie auch. Das heißt, irgendetwas muss uns am Ende des Tages auch recht sein, und da gibt es in Österreich und vor allem in der Steiermark die Möglichkeit der Wasserenergie. Im Speziellen dieses Murkraftwerk und diese Dinge, denke ich, sollten auch weiter ausgebaut werden. Ganz wichtig unserem Erachten nach ist, dieses Atomkraftwerk Krsko dringend und sofort abzuschalten. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordnete Hubert Lang von der Österreichischen Volkspartei. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Hubert Lang:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesregierer, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Jugendliche!

Mir ist es jetzt ein Anliegen, was ein Politiker nicht immer macht oder auch seltener macht. Aber es ist mein persönliches Anliegen, sehr konkret auf den Berichterstatter und auf die Forderung, die die Jugend hier darlegt, näher einzugehen bzw. ganz klar einzugehen. Ihr habt

angesprochen, erneuerbare Energie. Das Thema Windkraftwerke, das Thema Wasserkraftwerke und das Thema Sonnenenergie und, dass die erneuerbare Energie ein zentrales Zukunftsthema und eines der wichtigsten Themen sein wird und sein muss und es auch ist, das glaube ich, ist außer Diskussion. Es ist ein zentrales Thema und es ist das Zukunftsthema. Zum Thema Windkraftwerk. Wir haben in der Steiermark momentan 28 Flächen, wo Windkraftwerke, wo Standorte genehmigt sind, wo zum Teil angefangen wurde, Windkraftwerke aufzustellen. Es sind auch Anträge an die Landesregierung gestellt, um neue Standorte auszuweisen. Die 28 Standorte, die begonnenen wurden, sind ein großes Anliegen für die Steirische Landesregierung, dass diese Standorte auch zur Gänze ausgebaut werden, auch bevor man neue Standorte ausweist aus diesem einen Grund, weil neue Standorte auszuweisen auch mit Landschaftsbild, Veränderung des Landschaftsbildes zu tun haben und neue Standorte auch Beeinträchtigungen bei den Tieren bewirken kann. Darum ist es wichtig, die vorhandenen Flächen, die gesichert sind, zu nützen und auszubauen. Bei der Nutzung der Wasserkraft ist es ähnlich. Wir brauchen die Wasserkraft, das ist eines der zentralen Themen, denn die Wasserkraft lässt sich regeln durch Staukraftwerke. Im Gegensatz zu Windkraftwerken funktioniert auch Wasserkraft in der Nacht und wenn Windstille ist in der Nacht bei Sonnenenergie. Wasserkraft kann man regeln. Darum ist das ein zentrales Thema. Aber es ist uns auch bewusst, dass wir nicht überall Wasserkraftwerke errichten können, sondern die passenden Flächen sind zu sichern. Es gibt Flüsse und Bereiche, wo es sogenannte No-go-Flächen gibt, wo man sagen muss, hier ist der Umweltschutz die höhere Priorität, hier ist es nicht möglich weitere Wasserkraftwerke zu bauen. Zur Sonnenenergie und auch zur Zusatzfrage ganz dezidiert: Ihr habt recht! Die Fotovoltaik, die Nutzung der Sonnenenergie ist ein großes Thema und eine große Zukunftschance. Es ist hier auch die Landesregierung gefordert, in neuen Projekten das Thema Fotovoltaik sehr genau aufzunehmen. Wir können das für einen privaten Haushalt brauchen, mit etwa 4 – 5 kW-bit-Anlagen. Das Thema ist schon berechtigt, wenn ihr die Forderung stellt an höheren Förderungen, ob es nicht überlegenswert wäre, so eine 5kW-bit-Anlage auch über die Wohnbauförderung für jeden Haushalt zu ermöglichen. Wir fördern ja momentan auch die Solarkraft, aber auch die Wärmedämmmaßnahmen. Es wäre doch auch sinnvoll, eine berechtigte Forderung, auch solche 5kW-bit-Anlagen für den Hausbau zu unterstützen und zu fördern, damit jeder Haushalt seine Energie praktisch selber erzeugen kann. Ich danke euch auch für euer Engagement und dass ihr mit dieser Begeisterung hier an diesem Landtag, an dieser Diskussion teilnehmt. Danke schön! (*Allgemeiner Beifall*)



**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lang. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Max Lercher von der Sozialdemokratie. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Lercher:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte jetzt im Sinne des Jugendlandtages auf die Redezeitbeschränkungen hinweisen, damit wir auch ein Fortkommen an den Thesen haben und vielleicht kurz auch noch erwähnen, dass wir zwei Minuten Redezeitbeschränkung haben. Ich werde mir das jetzt nicht so einfach machen wie der Kollege Mayer und einfach aufzählen, was die anderen Fraktionen immer gerne falsch machen, denn ich glaube, dass der Jugendlandtag ein Ort ist, wo man sich sachorientiert austauschen kann und vor allem Inputs der Fraktionen einbringt. Ihr habt nämlich vollkommen recht, die Zukunft ist der Ausbau der alternativen Energien und ich glaube, es muss so funktionieren, wie ihr es beschrieben habt. Nämlich in einem Mix und verschiedenen Förderinstrumenten für die jeweiligen Bereiche. Auch eine Stärkung des privaten Segments, damit die Menschen die Möglichkeit haben, dass auch zu benützen und auch zu forcieren. Vielleicht ein kleines Beispiel: Ich komme aus einem Bezirk, der heißt Murau und dort haben wir eine Energiemission entwickelt, der gesamt Bezirk. Überparteilich arbeiten wir daran, den Bezirk energieautark zu machen, das heißt mit den eigenen Ressourcen des Bezirkes, mit den eigenen Ressourcen, die wir haben, den Bezirk so auszugestalten, dass wir keine Energie von außen zuführen müssen, sondern in der Lage sind, auch noch zu exportieren im Energiebereich. Das ist, glaube ich, langfristig auch ein Ziel, das sich von eurer These ableitet, dass wir die Steiermark energieautark machen. Danke schön!  
*(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke dem Abgeordneten Max Lercher. Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich übergebe wieder an die beiden Moderatoren, um die Diskussion zu leiten. Entschuldigung, eine ganz wichtige Wortmeldung liegt mir noch vor. Unser Herr Landesrat Johann Seitinger hat sich gemeldet.

**Landesrat Seitinger:** Danke Herr Präsident, aber es ist ja nahezu alles gesagt. Meine Damen und Herren, es gibt in Europa 132 Atomkraftwerke, 132. Das ist also in etwa ein Drittel der gesamten Atomkraftwerke, die weltweit aktiv sind. Mit Recht besteht die Forderung vieler junger Menschen, diese Atomkraftwerke abzustellen, weil sie, nicht nur ausgehend von Fukushima, sondern auch von anderen Katastrophen die Ihnen vielleicht, oder euch vielleicht

nicht mehr so bekannt sind, aus den letzten Jahrzehnten tatsächlich eine erhebliche Gefahr darstellen. Auf der anderen Seite muss man natürlich wissen, dass wir alle sehr viel Energie verbrauchen, dass wir bis zum Jahr 2050, wo ihr inmitten eures Lebens stehen werdet, etwa 100 % mehr Energie verbrauchen werden, als wir jetzt und heute verbrauchen. Vorausgesetzt ist natürlich, dass wir so weiterleben. Ich hoffe, dass das nicht passiert. Dass viele wissen, dass wir so nicht weiterleben können, sondern dass wir neben den verschiedenen Effizienzmaßnahmen, die auf dem Energiesektor passieren müssen, auch lernen Energie zu sparen. Das ist ganz, ganz wichtig, Energie zu sparen. Das ist also eine Aufgabe, die auf uns zukommt in den nächsten Jahren und die Sie auch begleiten wird. Wir wollen natürlich alle miteinander, und ich bin ja sozusagen mit euch in einer glücklichen Lage, dass wir in Österreich keine Atomkraftwerke haben, die Atomkraftwerke möglichst zurückdrängen. Das heißt, wir wollen irgendwann einen Ausstieg aus der atomaren Energie haben. Deutschland hat zum Beispiel bereits beschlossen, dass sie bis zum Jahr 2022, glaube ich, 2020 oder 2022 komplett aus der Atomenergie aussteigen wollen. Das ist eine riesige Herausforderung, weil im gleichen Moment natürlich im Wissen, dass wir ständig mehr Energie brauchen, andere Energiekraftwerke, also Kraftwerke gebaut werden müssen. Windkraftwerke, Solarkraftwerke, Wasserkraftwerke oder andere Systeme. Das ist die große Herausforderung. Ich kann Sie und euch miteinander nur, sozusagen, motivieren, auch weiter dafür zu kämpfen, dass wir diesen Ausbau der erneuerbaren Energie in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vorantreiben. Warum, und das möchte ich abschließend noch sagen? Da kann man drei Gründe dafür nennen. Zum Ersten geht es um die Energiesicherheit. Es gibt nichts Schlimmeres in einer industrialisierten Region, die wir ja letztlich sind, mit vielen Industrien, Autoindustrien, Stahlindustrien und vieles mehr, als in der Energiefrage, also in der Energieversorgung eine Unsicherheit zu haben. Das heißt, wenn wir abhängig sind von importierten Energieformen, dann gibt es immer hohe Unsicherheiten und damit natürlich auch wirtschaftlichen Kollaps. Das heißt, die Sicherheit ist der erste und ein wichtiger Punkt. Der zweite wichtige Punkt: wir können mit dem Aufbau der erneuerbaren Energie viele heimische regionale Arbeitsplätze schaffen und hier die Energieversorgung sozusagen vorantreiben und viele von Ihnen und von euch werden gewiss in Zukunft im Bereich der Energieversorgung, ihren Arbeitsplatz vorfinden. Als Techniker, als Zulieferer, im Engineering, in der Forschung und wo immer. Also ich sage es, das ist ein ganz entscheidender Punkt. Der Arbeitsplatz und die Wertschöpfung in der Zukunft. Der dritte Punkt und das ist, glaube ich, der entscheidende für uns alle, ist der Klimaschutz. Das ist also auch von einigen Abgeordneten angesprochen worden. Wir müssen auch die

Energieversorgung immer im Sinne des Klimaschutzes sehen. Das heißt, wenn wir fossile Energie, sprich Öl und Gas verheizen müssen, um Strom zu erzeugen, dann ist es für unser Klima katastrophal. Die Atomenergie ist an sich vom Ausstoß natürlich eine sehr reine, sozusagen, Emission, aber die Entsorgung der Reststoffe, der Atomkraftwerke ist eine der gefährlichsten Maßnahmen in der Energiewirtschaft insgesamt. Daher zahlt es sich aus, auch hier, auch im Sinne des Klimaschutzes und Umweltschutzes von dieser Atomenergieform Abstand zu nehmen. Ich bitte euch, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass wir vielleicht tatsächlich in 40 Jahren oder in 30 Jahren einen kompletten Ausstieg aus der europäischen Atomenergie erreichen können. Das wäre das gute und große Ziel, wenn es uns früher schon gelingen kann, es ist jeder Tag ein besserer, den wir damit hier feiern könnten. Herzlichen Dank! (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke Herr Landesrat. Es liegt keine weitere Wortmeldung hier vor und ich übergebe jetzt tatsächlich an die Moderatoren bitte.

**Mag. Birgit Lacheiner:** Vielen herzlichen Dank Herr Präsident.

Gibt es von euch noch eine Anmerkung als Statement zu dieser These zum Thema Klimaschutz? Sophie Hasiba bitte.

**Sophie Hasiba:** Weil eben die Atomenergien in den anderen Ländern angesprochen wurden. Ich glaube, dass man zuerst in Österreich dafür sorgen sollte, dass wirklich von keinem anderen Land Atomenergie bezogen wird und, dass man sich zuerst um Österreich kümmern sollte, bevor man andere Länder angreift. (*Allgemeiner Beifall*)

**Mag. Birgit Lacheiner:** Danke, gibt es noch weitere Wortmeldungen? Andreas Schattleitner.

**Andreas Schattleitner:** Wo ich da jetzt ein Problem finde an der Sache, was du gesagt hast, wir sollten die Atomenergie nicht mehr beziehen, aber jeder will einen Strom zu Hause haben. Das ist schwer, weil man zuerst einmal schauen muss, dass man die Energie hat, die man nachher nicht mehr braucht. Das ist der Punkt. (*Allgemeiner Beifall*)

**Mag. Birgit Lacheiner:** Vielen Dank für das Statement. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Dann würde ich dieses Thema beschließen. Vielen Dank.

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke schön. Es ist so vorgesehen, dass auch zu diesen Zusatzbemerkungen, dann noch das zuständige Regierungsmitglied eine Wortmeldung abgibt. In dem Fall eine kurze. Ich bitte den Herrn Landesrat Seitinger.

**Landesrat Seitinger:** Ich darf sitzen bleiben. Die Anregung war richtig. Wir greifen die anderen Länder ja nicht an, das tun wir nicht. Wir versuchen aber trotzdem politisch darauf einzuwirken, dass sie mit intensiven Maßnahmen in die erneuerbare Energie aus der Atomenergie aussteigen wollen. Das ist eine politische, glaube ich auch, richtige Vorgehensweise. Österreich bemüht sich derzeit, das wird gar nicht mehr allzu lange dauern, der Wirtschaftsminister ist derzeit auf diesem Wege unterwegs, einen Beschluss herbeizuführen, dass unsere importierte Energie nicht aus Atomstrom kommt. Das heißt, dass wir ausschließlich Grünstrom importieren und diesen auch in Österreich vermarkten. Was letztlich auch heißt, dass die Energiekosten steigen werden, weil nach wie vor der Atomstrom der billigste Strom ist. Das muss uns allen bewusst sein, aber wenn wir das wollen, wenn wir diesen ökologischen Weg Österreichs und Europa einleiten wollen, dann müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass die Energie am Sektor des Haushalts, der Industrie und der sonstigen Verbraucher ganz sicher teurer werden. Wir stehen dazu, weil es einzig und allein der richtige Weg ist. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dem Herrn Landesrat für diese, so meine ich doch, sehr wichtige Zusatzinformation.

Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren, liebe Jugend!

Wir sind so pünktlich in unserem Zeitrahmen, dass wir tatsächlich wie geplant um 10.00 Uhr zum zweiten Themenblock kommen.

## **2. Thema „Politik gestalten - These 1: Finanzen“.**

Berichterstatterin ist Maria Natter. Ich erteile ihr das Wort.

**Maria Natter:** Sehr geehrte Damen und Herren !

Ich darf Ihnen heute die These zum Thema „Finanzen“ vortragen. Der Sozialstaat sichert unsere Zukunft, um in aufrechtzuerhalten, dürfen wir nicht mehr Geld ausgeben als wir haben. Daher fordern wir, dass Personen, deren Lebensstil der Allgemeinheit zusätzlich Kosten verursacht, beispielsweise Konsumenten schädlicher Genussmittel, künftig erhöhte Abgaben leisten müssen, um zum Gesundheitssystem mehr beizutragen. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke der Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet, für eine Ergänzung dieser These ist Kevin Kropitsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Kevin Kropitsch:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Um Kosten einzusparen und der Gerechtigkeit halber finden wir, dass die Verursacher für ihre Kosten selbst aufzukommen haben, in dem Genussmittel wie Tabak und Alkohol höher versteuert werden. Uns ist klar, dass die Wirtschaft damit Einbußen erleiden könnte, aber die Gesundheit der Menschen ist uns einfach wichtiger. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Auch hier herzlichen Dank. Die Wortmeldungen der Abgeordneten sind an der Reihe. Gibt es dazu Wortmeldungen? Ja, Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler hat sich zu Wort gemeldet.

**LTAbg. Klimt-Weithaler:** Geschätzter Herr Präsident, Hoher Jugendlandtag!

Bevor ich inhaltlich zu meiner Wortmeldung komme, möchte ich nur eine kurze Anmerkung machen. Ich habe im Moment ein bisschen das Gefühl, dass wir viel, viel mehr reden als die, die da sitzen, um die es eigentlich geht und würde jetzt einmal bitten, dass im Anschluss an diese Wortmeldungen, die hier noch kommen zu dieser These, auch wirklich eine Diskussion kommt. Meine Kolleginnen und Kollegen möchte ich bitten, sich eher kurz zu halten. Ich bemühe mich jetzt auch, weil das was wir reden, weiß ich, dass, was die Jugendlichen uns zu sagen haben, weiß ich nicht und muss ich auch der Ehrlichkeit halber sagen interessiert mich heute und nicht nur heute, sehr oft auch mehr. Da soll ein Input an uns auch kommen, dass wir wissen, worum es euch geht. Inhaltlich habe ich mich jetzt zu Wort gemeldet, weil mich diese These für die kontroversiellste halte, die bis jetzt gestellt wurde. Ich gehe einmal davon aus, dass in der Vorbereitung zu dieser These auch unter euch sehr heiß diskutiert wurde und ich möchte jetzt von meiner Seite her Folgendes dazu sagen. Wenn man Steuern oder Abgaben fordert, dann ist es immer das Wichtigste zu überlegen, wen trifft es letztendlich, wer muss denn das dann zahlen. Jetzt gibt es Unterschiede bei uns in Österreich, es gibt so etwas, das nennt man Massensteuer, das ist so wie die Lohnsteuer, das müssen alle zahlen. Am ersten hinschauen kann man so das Gefühl entwickeln, jede Massensteuer ist gerecht, weil das zahlen ja alle. Wenn man etwas genauer hinschaut, und jetzt nehme ich euer Beispiel, muss man auch dazusagen, das wäre jetzt auch beinahe eine Massensteuer, weil es ja leider, und da muss ich mich dazu zählen, sehr viele Raucherinnen und Raucher zum Beispiel in der Steiermark gibt, die das dann zahlen müssten. Beim Alkohol ist nun einmal ein ganz

anderes Thema, da müsste man eigentlich extra dazu sprechen. Aber jene Menschen, die bei uns in der Steiermark sehr, sehr viel Vermögen besitzen, die zahlen im Verhältnis kaum Steuern. Jetzt sage ich aus meiner Situation heraus und ich bin Abgeordnete der KPÖ, was ich wichtiger finden würde, dass es mehr vermögensbezogene Steuern gibt. Also das Menschen, die ganz, ganz viel Geld haben, das sie in einem Leben gar nicht ausgeben können, im Verhältnis mehr an Steuern für die Allgemeinheit beitragen, als jene, die weniger haben. Ein ganz ein wichtiger Satz, der in eurer These drinnen steht, der Sozialstaat sichert unsere Zukunft. Ich behaupte dazu, es ist genug Geld vorhanden, es muss nur gerechter und anders verteilt werden, dann können wir diesen Sozialstaat uns auch noch auf ewige Zeiten leisten. Danke! (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Barbara Eibinger von der Österreichischen Volkspartei. Ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. MMag. Eibinger:** Danke Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Jungendabgeordnete!

Zuerst möchte ich mich einmal herzlich bedanken für die These zu den Finanzen, weil gerade für mich als junge Abgeordnete das auch immer wichtig ist zu betonen, bei uns in der Fraktion und auch im Landtag, dass wir tatsächlich auch auf das Budget schauen müssen, dass wir nicht mehr ausgeben dürfen als wir einnehmen, weil es immer zulasten der Jungen und der nächsten Generationen geht. Das ist die Verantwortung von uns Politikern, die jetzt am Werk sind, dass wir darauf auch achten. Ihr habt einen Bereich herausgenommen, Gesundheit und Soziales, wo natürlich das besonders sich immer im Budget niederschlägt und ich möchte eben auf die Forderung eingehen, die ihr gebracht habt und nicht die allgemeine Steuerdiskussion wie die Kollegin machen, sondern wirklich auch unseren Zugang zu dem Thema sagen im Gesundheitsbereich. Da sind wir ganz stark dafür, dass wir mehr auf Vorsorge und Prävention setzen. Wir sind in Österreich Weltmeister im referieren, aber wenn man sich schon vorher auf eine gesunde Lebensweise, dann erspart man sich eigentlich später die Reparaturkosten. Ich denke, das ist der Ansatz. Unser Zugang dabei ist, dass man Anreize schafft für die Menschen, also das man nicht bestraft, dass man nicht höhere Steuern für die Schlimmen sozusagen macht, sondern dass man Anreize schafft für jene, die einen gesunden Lebensstil führen. Das kann zum Beispiel sein, war eine Forderung von uns, ein lebenslanger Gesundheitspass. Das heißt, das ist wie ein Mutter-Kind-Pass, dass das ganze Leben lang

fortgeführt wird, welche Vorsorgeuntersuchungen soll ich machen, welche Impfungen, dass ich selber auch einen Überblick habe und mich darauf noch einstellen kann. Eine zweite Möglichkeit wäre, dass die Sozialversicherungen, und das wird zum Teil gemacht, jene, die zum Beispiel regelmäßig Sport betreiben, Nichtraucher sind, dass die weniger Beiträge zahlen als die anderen, die eben rauchen, viel trinken und sich nicht bewegen usw. Unter Zugang geht da wirklich in Richtung Prävention und ich bin, wie gesagt, sehr dankbar für eure These und ich hoffe und spüre heraus, dass in eurer Generationen schon ein Umdenken beginnt. Danke euch! (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Wortmeldung liegt mir eine Wortmeldung vom Herrn Abgeordneten Bernhard Ederer von der Österreichischen Volkspartei vor. Ich erteile ihm das Wort.

**LTabg. Ederer:** Herr Präsident, geschätzte Jugendliche!

Einmal danke für eure Bereitschaft an einem Jugendlandtag mitzuarbeiten. Es ist ganz, ganz wichtig, dass sich Jugendliche engagieren. Demokratie und Freiheit ist das Wichtigste. Es sterben viele Menschen auf der Welt für Demokratie und Freiheit, auch jetzt noch und ich denke, dass sollte man nie vergessen, dass wir hier in einem ganz besonderen Land leben und diese Freiheit haben. Umso wichtiger ist es natürlich von uns, von der Zukunft, und das seid ihr ja, Inputs zu bekommen. Wir haben es nicht leicht, weil natürlich die Finanz- und Wirtschaftskrise die öffentlichen Budgets sehr belastet hat und vieles nicht finanzierbar ist oder schwerer finanzierbar ist. Es ist schon viel Geld vorhanden, aber es ist nicht genug Geld vorhanden, so wie die Kollegin von der KPÖ gesagt hat. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass für besser Verdienende wir auch einen sehr hohen Steuersatz haben, die müssen die Hälfte abliefern. Hier gilt einmal jetzt auch die Frage an euch, wie ihr das Steuersystem vielleicht seht, bzw. weil ihr auch herausgegriffen habt, dass Thema Gesundheit. Ich habe selbst natürlich auch in meiner Jugend geraucht, habe längst aufgehört. Ihr fordert sozusagen, dass jene die rauchen oder Alkohol trinken eine Sondersteuer zahlen, oder die zu wenig Bewegung machen. Wir haben zurzeit auch eine Aktion. Bewegungsland Steiermark, wo mit den Sportdachverbänden in den Schulen und Kindergärten Bewegungseinheiten durchgeführt werden, bzw. ist ja auch aktuell in Diskussion die tägliche Bewegungsstunde und Turnstunde. Ist das auch in eurem Sinne, wie stellt ihr das euch vor, vielleicht gibt es auch ein paar Diskussionsbeiträge, weil dann hätten wir wahrscheinlich genug Vorsorge, Prävention, dass

die Leute gesünder älter werden und ihr werdet einmal besonders alt werden. Im Jahr 1900 sind die Menschen in der Steiermark im Durchschnitt noch mit 60 verstorben. Wir haben eine Lebenserwartung, die geht dann schon bald Richtung 90 Jahre. Aber es ist eben wichtig, dass wir gesund älter werden. Das Gesundheitssystem muss besonders, was die Finanzen betrifft - eben eine große Herausforderung, weil wir enorme Steigerungen gehabt haben, ohne dass anscheinend die Bevölkerung gesünder wird und deshalb finde ich eure Idee hier in die Richtung jene, die schon hier nichts beitragen wollen, auch durch Sonderabgaben zu „belasten“ sicher für einen richtigen Ansatz. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke dem Herrn Abgeordneten Bernhard Ederer. Es gibt keine weitere Wortmeldung mehr seitens der Damen und Herren Abgeordneten. Die letzte Wortmeldung liegt beim zuständigen Regierungsmitglied. Die Frau Landesrätin Dr. Bettina Vollath. Ich erteile ihr das Wort.

**Landesrätin Dr. Vollath:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegin, geschätzter Kollege, sehr geehrte Abgeordnete zum Landtag Steiermark, geschätzte jugendliche Abgeordnete heute beim Jugendlandtag 2012!

Ich bin in der Steiermark Finanz- und Integrationslandesrätin, fühle mich daher jetzt bei dieser These natürlich mehr als angesprochen. Zuerst möchte ich der jungen Kollegin von der ÖVP beipflichten. Mein Ansatz ist gerade im Bereich Gesundheit auch auf jeden Fall der der Vorsorge, der Prävention, der positiven Überzeugung. Wir wissen, Zigaretten sind heute eigentlich schon unglaublich teuer, gerade für junge Menschen, die nicht über viel Geld verfügen, und trotzdem lassen sich Jugendliche über den Preis einer Zigarettenpackung nicht abhalten – also ich befürchte jetzt, auch wenn man die Tabaksteuer erhöht, wird das nicht der Punkt sein, dass junge Menschen wirklich zu rauchen aufhören und es sollte ja wirklich darum gehen, nicht noch mehr Geld durch das Rauchen hereinzuholen, sondern wirklich junge Menschen positiv davon zu überzeugen, dass sie einfach gesund leben. Es stimmt schon, wir haben jetzt eine sehr lange Lebenserwartung. Die Frage ist, ob die nächste Generation diese wirklich noch weiter erhöhen kann oder ob es eher dazu kommt, dass durch unsere Lebensstilerkrankungen nämlich zu wenig Sport, zu fettes Essen, zu süßes Essen – ich sage jetzt nur Junkfood als Beispiel, zu viel Alkohol die Lebenserwartung sich am Ende sogar wieder verkürzt. Also nichts auf der Welt ist ein Naturgesetz, auch nicht, dass die Lebenserwartung automatisch immer weiter steigt, sondern das haben wir schon selber auch alle für uns in der Hand.



Zu Steuern und Abgaben generell: Steuergerechtigkeit ist ein Thema, das wir auch im Landtag Steiermark immer wieder diskutieren. Mir ist es als zuständiges Regierungsmitglied immer wichtig, dass ich darauf Wert lege, dass wir genau schauen, was können wir in der Steiermark überhaupt beeinflussen zu diesem Thema und was ist aber ein Thema von der Bundesebene? Die Steuerhoheit in Österreich hat nämlich der Bund und auch wir in der Steiermark sind in einem hohen Maß von diesen Steuereinnahmen auf Bundesebene abhängig; d. h. nur 1,5 % unserer Einnahmen in der Steiermark bestreiten wir durch eigene Abgaben, die wir einnehmen, und der ganze große Rest kommt vom Bund. In der Steiermark sind das Sachen wie eine Jagdabgabe, eine Fischereiabgabe, dann gibt es ein paar Verwaltungsabgaben und das war es auch schon wieder. Generell bin ich absolut der Meinung, dass wir in Österreich sehr, sehr hart über ein gerechteres Steuersystem diskutieren sollten, obwohl wir uns in vielen Bereichen von der Kommunistischen Partei Österreichs, Claudia Klimt-Weithaler hat heute die erste Wortmeldung abgegeben, natürlich als Sozialdemokratische Partei unterscheiden, aber das Thema „mehr Steuergerechtigkeit in Österreich“ ist ein ganz wichtiges Thema für uns. Der Faktor Arbeit – so nennt man das, was Lohnsteuer etc. betrifft – ist zu hoch belastet in Österreich und der Faktor Vermögen zu gering. Das stimmt schon, dass die, die viel verdienen, fast die Hälfte wieder in Steuern abgeben müssen. Das betrifft aber eben nur die Menschen, die von ihrer Arbeit leben und alle die Menschen, die von ihrem Vermögen leben, die Erträge aus dem Vermögen haben, die haben einen bei weitem geringeren Steuersatz zu bezahlen; ihr wisst alle z. B. Zinsertragsteuer, das sind 25 %, da reden wir nicht von der Hälfte. Also da haben wir in Österreich wirklich einen Diskussionsbedarf. Wer in diesem Land trägt wie viel zu den Steuern bei? Was mir auch wichtig ist, wenn man von Gerechtigkeit spricht, gerade von Generationengerechtigkeit jetzt im Jugendlandtag: Ja, die Einnahmen sind das eine, das sollte gerecht ablaufen; aber das andere ist auch, wie viel gibt die öffentliche Hand aus? Da versuchen wir in der Steiermark gerade diese Ausgaben in der Steiermark in den Griff zu bekommen. Dazu sind viele Reformen notwendig, dass wir das schaffen. Denn wir haben in der Vergangenheit das Geld nicht aus Jux und Tollerei „zum Fenster hinausgeworfen“, sondern es sind viele wichtige Dinge damit in der Steiermark gemacht worden und trotzdem haben wir jahrelang mehr ausgegeben als wir eingenommen haben und müssen das jetzt wieder ins Lot bringen, sodass die Steiermark wieder auf einem guten Fundament steht. Da gibt es jetzt zurzeit in der Steiermark natürlich viele Diskussionen – über Schulstandorte, über Gemeindestrukturreform, wobei die dem Landesbudget keinen Cent bringen wird, das muss man schon auch dazu sagen, sondern da geht es wirklich um die Zukunftsfähigkeit der

steirischen Gemeinden und viele andere Reformen. In vielen Bereichen geht es einfach auch um Gerechtigkeit, Schulstandorte z. B.: ja, die Politik überlegt sich ganz genau, ob man eine Schule zusperrt oder nicht. Die Steiermark hat sich bemüht in so vielen Gemeinden wie auch nur immer möglich Schulen am Leben zu halten, aber es ist eine Tatsache, dass sich die Anzahl der Kinder im schulpflichtigen Alter in den letzten 20 bis 30 Jahren fast halbiert hat und wir haben aber trotzdem noch fast so viele Schulstandorte wie vor 30 Jahren. Irgendwann kommt der Punkt, an dem man sagt: „Das geht nicht mehr“, weil es nämlich ungerecht ist. Weil natürlich auch die kleinen Schulstandort Lehrkräfte brauchen und die muss man den großen Schulstandorten wegnehmen. Wir sind dann nicht mehr in der Lage überall Förderunterricht anzubieten, genügend Sportstunden zu machen etc., etc. und das ist der Grund dafür, dass man sagt, man muss die ganz kleinen Schulstandorte schließen. Nicht weil sie uns nicht wertvoll sind, sondern weil wir allen Kindern in der Steiermark die Ressourcen zur Verfügung stellen wollen, die wir hier vom Bund bekommen. Mir ist es einfach immer wichtig, dass man in der Diskussion genau ist, worum es geht. Es geht nicht überall um Einsparung, sondern es geht auch oft um Gerechtigkeit.

Es soll mir noch eines erlaubt sein, nachdem ich leider zu einem Termin weg muss, dass ich – wirklich nur ein Satz, Herr Präsident – sage, es kommt nämlich beim „Soziales“, These 3 das Thema Migration, und das ist natürlich mein zweites Leib- und Seelenthema als Integrationslandesrätin. Ich sage wirklich nur zwei Sätze dazu, weil ich die Debatte, die davor läuft, nicht unmittelbar gehört habe – „aus meinem Büro bleibt aber eine Referentin da“ und wird mir berichten. Wir haben in der Steiermark seit 2010 erstmals ein Ressort „Integration“, für das ich zuständig bin. Es gibt, wer sich dafür interessiert, was dieses Ressort alles macht, eine Homepage [www.zusammenleben.steiermark.at](http://www.zusammenleben.steiermark.at). Alles was wir tun, jetzt in diesem steirischen Weg der Integrationspolitik, basiert auf der Charta des Zusammenlebens in Vielfalt. Das ist ein relativ dünnes Dokument und ich würde mich sehr freuen, wenn einige von euch jetzt wirklich auf die Homepage gehen und sich die Charta einfach durchlesen, weil das ist so die Grundlage für „Was ist uns wichtig bei der Arbeit für Integration in der Steiermark?“ und es gibt auch einen Bericht bereits über das, was wir in diesen zwei Jahren gemacht haben. Der wird jetzt auch beim nächsten Landtag, am 11. Dezember, hier im Landtag Steiermark diskutiert werden. Also wer Lust hat in den Livestream hineinzuhorchen, da wird die Integrationsdebatte auch hier im Landtag sein. Meines Erachtens ist das Thema „Finanzen“ für die nächste Generation wichtig, aber das Thema „Zusammenleben in Vielfalt“ mindestens ebenso, genauso wichtig, in welcher Qualität ihr alle in der nächsten Generation hier in der Steiermark leben werdet.

Noch einen letzten Satz zum Thema, das mich inhaltlich nichts angeht, aber mir war es einfach wichtig noch etwas zur Strahlung zu sagen und den Atomkraftwerken in den anderen Ländern. Ich bin deswegen davon überzeugt, dass wir hier miteinander marschieren müssen – alle Länder – weil Strahlung keine Grenzen kennt. Der Atomunfall, das war vor eurer Lebenszeit in den 80er-Jahren, Tschernobyl, das war ganz weit weg und wir haben die Strahlung in Österreich gehabt. Ich weiß das noch so gut, weil ich damals dann nämlich sehr bald schwanger geworden bin und mir große Sorgen gemacht habe, ob das noch Auswirkungen auf mein Kind hat. Also es ist schon ein gesamteuropäisches Thema, weil Strahlung einfach keine Grenzen respektiert. Alles Gute. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke, Frau Landesrätin. Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor und ich darf nun für die geleisteten Wortmeldungen vorerst einmal danke sagen und das Wort an die Moderatoren übergeben.

**Moderator Thomas Moik:** Vielen Dank, Herr Präsident! Ich kann alle Abgeordneten und alle Regierungsmitglieder beruhigen, die zu anderen Themen schon vorausgreifend etwas sagen möchten. Wir waren gestern, und bei den Regionaltreffen, sehr diszipliniert. Wir haben versucht sehr kleine Bereiche herauszugreifen, in denen möglichst große Einigkeit unter den Jugendlichen besteht. Das heißt, es kommt noch vieles und wir wollen das speziell dort diskutieren.

Zum Thema „Finanzen“ darf ich vielleicht auch noch dazusagen, weil sich keine Anmerkung mehr ausgeht, haben wir in den Diskussionen auch festgestellt, dass es sehr schwierig ist, irgendwie hier irgendeine Form von Einigkeit herzustellen. Die größte Einigkeit – und das darf, glaube ich, an die Politik weitergetragen werden – besteht aber über das, was in der These kommuniziert wurde, nämlich dass die, die größere Ausgaben verursachen, diese auch abdecken sollen.

Danke allen. Wir sind ein bisschen hinten nach in der Zeit. Wie gesagt, deswegen keine Anmerkung mehr zu dieser These. Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, mit der nächsten These fortzufahren.

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke recht herzlich.

Wir kommen nun zum nächsten Thema

## **2. Thema „Politik gestalten - These 2: Jugendquote/Jugend-Gemeinderat“.**

Berichterstatter zu dieser These ist Denise Buchrieser, ich erteile das Wort; Dennis Buchrieser. (*Heiterkeit*)

**Dennis Buchrieser:** Geschätzter Herr Landtagspräsident!

Das bekomme ich öfter mit, das passiert vielen Menschen mit meinem Namen. Auch Ihnen, geschätzte Landtagsabgeordnete, möchte ich sagen, schade, dass sich keine Anmerkungen mehr ausgegangen sind. Es hat sicher ein oder zwei Personen gegeben, die gerne etwas dazu gesagt hätten. Vielleicht wäre es möglich, die kommenden Wortmeldungen etwas kürzer zu halten. Das kurz am Anfang meiner These. (*Allgemeiner Beifall*) Aber auch ganz kurz am Beginn möchte ich die Gelegenheit nutzen, Sie haben sich sehr engagiert, um uns bemüht und Sie haben uns auch schon gedankt. Ich glaube, es liegt an uns Jugendlichen einmal danke zu sagen, dass Sie sich heute hier eingefunden haben, dass Sie so engagiert und interessiert unseren Problemen und Anliegen lauschen. Ich denke, es ist auch wichtig, dass wir Ihnen einmal danke sagen und ich denke, dass wir Ihnen einen Applaus für dieses Engagement schuldig sind. (*Allgemeiner Beifall*)

Jetzt zu meiner These, die ich stellvertretend für uns Jugendliche vorlesen darf: Um unsere Beteiligung an der Politik zu verbessern und uns junge Menschen schon früh in politische Prozesse zu integrieren, fordern wir in allen steirischen Gemeinden einen Jugend-Gemeinderat. Dieser kann und soll auch dazu dienen, die Politikverdrossenheit zu senken. Weiters fordern wir eine Quote von Jugendlichen (*JugendpolitikerInnen lt. Textvorlage*) zwischen 18 und 24 Jahren im Landtag bzw. im Nationalrat, damit wir aktiver am Geschehen beteiligt sind und besser wahrgenommen werden. Danke schön. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter Dennis Buchrieser und zu Wort gemeldet hat sich, Moment – zu dieser These liegt noch eine Ergänzung vor und ich erteile das Wort Herrn Paul Redtenbacher.

**Paul Redtenbacher:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Abgeordnete!

Die Wortmeldung meinerseits: Durch diesen Jugend-Gemeinderat haben die Jugendlichen früh die Möglichkeit, in der Politik Fuß zu fassen und so künftige Interessen zu wecken. Ein Jugendgemeinderat soll mindestens erst ab einer Einwohnerzahl von 1.000 Personen

stattfinden und verpflichtend sein. Darunter sollen einzelne Jugendvertreter den Kontakt zwischen Jugend und Gemeinderat herstellen. Des Weiteren kann durch den niedrigen Altersdurchschnitt in der Partei, infolgedessen im Nationalrat und im Landtag, der Bezug von Jungpolitikern zu Jungwählern besser hergestellt werden. Danke sehr. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich bedanke mich auch bei Ihnen für diese Ergänzung zu dieser These und nun komme ich zu den Wortmeldungen. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hannes Amesbauer, BA, von der Freiheitlichen Partei. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Amesbauer, BA:** Geschätzter Herr Präsident, Frau Landesrätin, Kolleginnen und Kollegen und vor allem liebe Jugendlichen!

Auch ein herzliches Grüß Gott von meiner Seite, grüß euch im Landtag Steiermark. Wirklich schön, dass ihr euch Zeit genommen habt, die Zeit investiert habt in den Vorbereitungstreffen, in den Regionaltreffen, wirklich interessante, wichtige Thesen ausgearbeitet habt, um uns Politikern auch die Augen manchmal zu öffnen und auch die Themen vorzugeben, die wir dann auch gerne aufgreifen.

Es ist ganz wichtig, dass sich die Jugend an der Politik beteiligt und heute ist so ein Tag der Beteiligung, das sieht man. Ihr seid interessiert – von Themen wie Politikverdrossenheit in diesem Raum zumindest weit und breit keine Spur. Es ist auch ganz wichtig, dass man Argumente und Themen austauscht, auch kritisch. Es ist kein Problem und ich würde mir das auch wünschen, wenn ihr mit irgendwas, was ich/wir sagen als Abgeordnete, nicht einverstanden seid, dass ihr uns das auch deutlich zu verstehen gebt, wenn ihr glaubt, wir haben einen Blödsinn geredet und warum das so ist. Einfach eure Meinung sagen, das gehört, glaube ich, zum politischen Austausch und es ist ganz wichtig, dass jeder seine Meinung auch konsequent vertritt.

Zu dem Thema „Politische Beteiligung – der Jugend-Gemeinderat“ auf Gemeinde-Ebene: Das gibt es in vielen steirischen Gemeinden schon, es gibt auch Kindergemeinderäte, das ist sicher eine ganz tolle Sache, ist nur zu unterstützen, wenn die Gemeinden das machen. Ich glaube, die Gemeinden wird man schwer dazu verpflichten können, weil sie das ja selbst in ihrem demokratisch gewählten Gremium im Gemeinderat zu beschließen haben. Aber das ist eine unterstützenswerte Sache, vielleicht wäre es auch hier eine Möglichkeit, von Landesseite den Gemeinden eine Empfehlung oder eine Handlungsanleitung dazu zu geben. Das wäre

vielleicht eine Möglichkeit, dass man da was ausschickt, einen Rundbrief, und die Gemeinden das dann selbstständig einrichten können, mit klar definierten Aufgaben auch.

Zur Sache mit der Jugendquote, das ist natürlich ein bisschen eine schwierige Geschichte in Landtagen, im Nationalrat eine verpflichtende Jugendquote, überhaupt eine Quote, einzuführen. Ich persönlich bin da ganz klar für das Leistungsprinzip und gegen Quotenregelung und es ist wichtig, dass auch die Parteien diesen Lernprozess mitmachen und den Jugendlichen, den jungen Menschen in den Parteien, in den Jugendorganisationen, wo sie auch vertreten sind, die Möglichkeit geben, an wählbarer Stelle zu kandidieren. Der erste Schritt ist auch die Gemeindepolitik, also im Gemeinderat zu kandidieren. Da lernt man quasi das politische Rüstzeug, das politische Handwerk auch für den Landtag, auch für den Nationalrat – eine ganz tolle Sache. Ich sage, wenn ihr heute hier als junge Jugend-Landtagsabgeordnete sitzt, dann ist das schon einmal ein erster großer Schritt, wenn ihr euch engagiert. Bleibt dahinter, macht weiter, das ist sicher eine ganz, ganz tolle Sache, weil ihr seid unsere Zukunft. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Max Lercher von der Sozialdemokratischen Partei. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Lercher:** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das ist einer der Momente, den wir im Landtag nicht so oft haben, wo ich dem Hannes wirklich auch Recht gebe, wie er zum Jugend-Gemeinderat steht, weil dieses Instrumentarium, meiner Meinung nach, ein sehr, sehr wichtiges ist. Wir fordern das vonseiten der Sozialdemokratie jetzt ein halbes Jahr und haben uns auch inhaltlich intensiv mit dem Jugend-Gemeinderat beschäftigt. Ich glaube, dass der verpflichtende Aspekt einer ist, den man in der Jugendgesetzgebung wahr machen kann, d. h. es ist möglich, aber ich glaube, dass die verpflichtende Größe variiert. Ihr habt das jetzt mit 1.000 EinwohnerInnen betitelt; eine messbare Größe für uns wäre z. B. Gemeinden ab 3.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Da gehen natürlich die Meinungen auseinander, aber ich glaube, dass es darunter eher Bewusstseinsbildung im freiwilligen Bereich sein sollte. Das Funktionieren hat natürlich auch damit zu tun, welche Größe eine Gemeinde hat, wie viele EinwohnerInnen aber vor allem auch Jugendliche in der Gemeinde sind. Welcher Grund? Warum ist das so? Jugendliche müssen bei Jugendentscheidungen dabei sein. Es ist einfach so, dass die älteren

Generationen, auch wenn sie es gut meinen, ganz sicher die Entscheidungen nicht so treffen, wie es Jugendliche tun würden. Wenn in einer Gemeinde über Skater-Park, wenn in einer Gemeinde über Jugendkulturveranstaltungen beraten wird, dann soll durch den Jugendgemeinderat gewährleistet sein, dass junge Menschen beteiligt sind und sich einbringen können. Sind wir uns doch ganz ehrlich, wenn junge Menschen nicht selbst dabei sind, wird da meistens nicht das, was man sich erwartet. Dann wird es eine tolle Veranstaltung, wo keiner hinget und dann feiern die Eltern, aber nicht die jungen Menschen. Das ist wichtig, das muss zentral sein, aber auch verpflichtend und ich glaube, dass weitergehend auch durch die Jugendverträglichkeitsprüfung bei Gesetzen gewährleistet werden soll, dass jugendliche Interessen dort wahrgenommen werden. Die Jugend ist Zukunft, Gesetze werden für die Zukunft gemacht und deswegen sollte es vorher schon einen Jugendcheck geben bei Gesetzen, wo die Jugendlichen ihre Interessen einbringen und auch mitgestalten können. Der Jugendlandtag bietet ja auch einen Partizipationsprozess von uns im Landtag Steiermark, damit ihr eure Interessen wirklich auch uns sagen könnt.

Zur Quote: Ich meine, ist man dann mit 24 Jahren schon alt oder mir kommt das ein bisschen erschreckend vor (*Heiterkeit unter den Landtagsabgeordneten*), weil dann bin ich dann schon alt – aber es ist okay. Ich glaube, dass dort die Quote etwas sehr, sehr Schwieriges ist, wenn sie verpflichtend ist. Es muss die Bewusstseinsbildung so, auch innerhalb der Parteien, aber auch in der Gesellschaft, über Gesetzgebung geschehen, aber vor allem über die Einführung von Jugendgemeinderäten, dass es sowieso absolut in die Praxis übergeht, dass Jugendliche auf Listenplätzen vertreten sind, weil Politik ohne Jugendliche in den Gremien kann nicht passieren, weil sie einfach nicht Themen bezogen passiert. Danke schön. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke dem Herrn Abgeordneten Lercher. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Rinner von der Österreichischen Volkspartei, ich erteile ihm das Wort.

**Moderator Thomas Moik:** Darf ich mich nur ganz kurz dazwischen einschalten, ich will Ihnen das Wort nicht abschneiden, (*LTabg. Mag. Rinner: „Ist schon passiert.“*) aber wir haben wirklich sehr viele Themen und Thesen. An und für sich wäre die Zeit für diese These jetzt schon zu Ende. Vielleicht machen wir die Wortmeldung noch dazu und die von Frau Landesrätin und versuchen dann die, die sich zu dem Thema zu Wort gemeldet haben, es kommen nämlich noch zwei Jugendthemen, dass die sich dann gemeinsam zu dieser These

mit ihrer Wortmeldung äußern? Können wir das so machen, damit wir wirklich für alle Thesen annähernd gleich viel Zeit haben?

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich schlage vor, Herr Moderator, dass die Vorsitzführung beim Präsidenten bleibt und Punkt zwei, dass wir die noch verbliebenen Wortmeldungen – es sind noch zwei Wortmeldungen - nach dem Herrn Abgeordneten Rinner, durchführen. Ich habe jeden gebeten seine Wortmeldung ganz kurz zu halten, sodass wir innerhalb des Zeitablaufes bleiben. Bitte, Herr Abgeordneter.

**LTAbg. Mag. Rinner:** Herr Präsident, Frau Landesrätin, liebe junge Kolleginnen und Kollegen!

Herr Moderator, ich werde mich aufgrund Ihrer Anregung ganz, ganz kurz halten und versuche, die Forderungen, die von euch kommen, ein wenig zu verbinden. Ich möchte euch aber sagen, dass wir auch derzeit hier einen historischen Moment erleben, weil normalerweise wird in diesem Haus ordentlich gestritten, liebe junge Kolleginnen und Kollegen, und das ist gut so. Es ist deswegen gut so, weil hier Positionen eingenommen werden und Politik heißt, dass man Meinungen gegeneinander austauscht und Positionen bezieht. Ich bin – und das ist sehr selten – heute auch der Meinung der Frau Kollegin Klimt-Weithaler von der KPÖ und das ist ein historischer Moment (*Heiterkeit unter den Landtagsabgeordneten*) nämlich insofern, als ich mir wünschen würde, Herr Präsident und Herr Moderator, dass sich die Meinungen der Abgeordneten hier viel stärker mit den Meinungen von euch mischen sollten. Ich meine, dass wir hier über Positionen diskutieren sollten, die ihr einnehmt, und nicht hier die Meinung der Abgeordneten und dann ein wenig die Stimmung von euch hier eingeholt werden sollte. Ich fordere euch auf, bezieht Positionen – auch dazwischen. Sagt eure Meinung, Zwischenrufe (*LTAbg. Amesbauer: „Hineinschreien.“*), die auch erlaubt sind, sollten möglich sein. Denn das ist das Salz der Demokratie, das ist das Salz, damit wir auch hier etwas weiterbringen. Deswegen versuche ich inhaltlich einen Vorschlag durch die zwei Thesen zu geben.

Ihr habt einen Jugend-Gemeinderat und eine Quote vorgeschlagen. Ich schlage vor: Eine Quote für die Gemeinderatsebene – eine Jugendquote, die dazu führt, dass Jugend auf Gemeinderatsebene Politik erlebbar machen kann. Erst dann, wenn das gut läuft, sollten wir darüber diskutieren, ob wir es im Landtag oder Nationalrat auch umsetzen. In diesem Sinne, danke für das Kommen – ein steirisches Glückauf. (*Allgemeiner Beifall*)



**Präsident Ing. Wegscheider:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler, die gerade angesprochen wurde. Ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. Klimt-Weithaler:** Danke, Herr Präsident!

Ich melde mich jetzt deswegen, weil ich glaube, man muss die Chance nützen, wenn da jetzt alle sagen: „Wir sind dafür“, dann möchte ich gerne, dass wir uns jetzt überlegen, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, was machen wir mit dieser These? Mein Vorschlag ist, dass wir im nächsten Unterausschuss Jugendlandtag, der ja meines Wissens weiter besteht, uns ganz konkret auch diese These anschauen und schauen, was wir damit machen können. Das ist jetzt mein Vorschlag.

Eine Anmerkung habe ich dann aber noch auch in Richtung der zuständigen Frau Landesrätin. Die Frage ist dann schon, wenn wir das jetzt durchsetzen würden, wenn es einen gemeinsamen Antrag gibt, wo man sagt „das und das haben wir uns überlegt“, wenn es darum geht, dass in den Gemeinden Gemeinderäte von Jugendlichen installiert werden sollen, dann frage ich mich aber auch, wer unterstützt die Gemeinden dort bei der Organisation dieser Gemeinderäte? Das heißt, es braucht auch Institutionen, Einrichtungen auf Jugendebe, die dann mit den Gemeinden zusammenarbeiten und dort auch bei der Installierung helfen; das heißt, wir brauchen auch künftig diese Einrichtungen. Zur Quote sage ich jetzt nichts mehr. Dass ich eine große Verfechterin der Quote bin, das wissen die Anwesenden hier ohnehin. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Lang, er hat genau minus eine Minute Zeit (*Heiterkeit unter den Landtagsabgeordneten*), nachdem der Kollege Rinner von der Österreichischen Volkspartei bereits zwei, drei Minuten gesprochen hat. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Hubert Lang:** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrat!

Ich halte diese Frage für die wichtigste Frage des heutigen Tages, denn wir sind in allen Entscheidungen, die wir treffen, euch Rechenschaft schuldig. Denn die Entscheidungen, die wir treffen, wirken sich auf die kommende Generation aus und das seid ihr. Darum appelliere ich an alle politischen Funktionärinnen und Funktionäre, fragt die Jugendlichen, fragt die Kinder, wenn ihr eine Entscheidung trifft. Danke schön. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lang für die Rededisziplin. Wir kommen zur letzten Wortmeldung, Frau Landesrätin Mag. Grossmann hat sich zu Wort gemeldet. Auch hier bitte ich um Disziplin bei den zwei Minuten. Danke.

**Landesrätin Mag. Grossmann:** Ja, Jugendgemeinderäte – eine ganz wichtige Einrichtung – haben wir in einigen Gemeinden, in doch recht vielen Gemeinden schon und diese werden auch von Landesseite dahin gehend unterstützt, dass es hier auch Informationsmöglichkeiten gibt. Man kann dabei nämlich auch recht viel falsch machen. Ich habe auch falsch aufgesetzte Jugendgemeinderäte erleben müssen, wo die jungen Leute mehr oder weniger als Staffage für den Bürgermeister herhalten mussten, als Fotomotiv. Das ist es, bitte, nicht. Die jungen Menschen müssen wirklich ernst genommen werden und ihre Anregungen müssen auch Eingang in die politische Debatte finden, müssen ernsthaft diskutiert werden. Das ist das Entscheidende und hier haben wir sogenannte KIJU-FUN-Gemeinden, kinder- und jugendfreundliche Gemeinden, die das Konzept des Landes hier auch schon übernommen haben, das lässt sich gerne noch breiter streuen. Ich bin auch froh für die Anregung und für das Bedürfnis, dass das auch so gewollt und verlangt wird und, natürlich, es ist auch die Anregung gekommen, im Landtag diese Empfehlungen stärker aufzunehmen. Ich habe mich gerade mit unserem jüngsten Abgeordneten, Max Lercher, beraten; er ist auch Vorsitzender dieses Ausschusses. Das werden wir auch sehr gerne aufnehmen, ich habe hier auch von den Parteien Konsens wahrgenommen. Also daraus wird schon was werden.

Was die Quote betrifft: Jugendquoten sind durchaus überlegenswert, vor allem für jede einzelne Partei. Wir haben das Wahlalter ja gesenkt, auf 16 Jahre, und das bedeutet natürlich auch für die Parteien eine entsprechende Verantwortung, auf junge Menschen zuzugehen, sie einzuladen, weil sonst haben die gerade bei den jungen Menschen überhaupt keine Chance mehr. Also das ist schon die große Verantwortung jeder einzelnen Partei und wenn eine Partei, sage ich einmal – jetzt hoffe ich, dass ich keinen Ordnungsruf bekomme – nicht ganz deppert ist, wird sie auch junge Menschen einladen, aktiv auch als Abgeordnete, Kandidatinnen und Kandidaten auf wählbaren Plätzen mitzuwirken. Danke schön.  
*(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke auch dir, liebe Frau Landesrätin, für diese wirklich prägnante aber kurze Wortmeldung. Abgestimmt mit dem Herrn Moderator wechseln wir bereits zur nächsten These.

**Moderator Thomas Moik:** Ich darf nur die Jugendlichen darauf hinweisen, wir haben das im Vorfeld ohnehin gesagt, wenn sich irgendwas nicht ausgeht, ihr könnt alles notieren und uns geben, was ihr noch anmerken und fragen wollt. Wir werden das an die Abgeordneten und an die Regierung weiterleiten bzw. auf die Homepage stellen, damit das nicht untergeht. Danke.

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke auch.

Wir sind beim

## **2. Thema „Politik gestalten - These 3: Jugendschutz“.**

Berichterstatter ist Herr Constantin Paier, ich erteile ihm das Wort.

**Constantin Paier:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde Ihnen jetzt unsere Ausgabe der These zum Thema Jugendschutz vorstellen und an dieser Stelle möchte ich auch meinen Respekt und Dank zum Ausdruck bringen für Sie, Frau Mag. Grossmann, dass Sie das Jugendschutzgesetz so umgesetzt haben, wie es voraussichtlich in Kraft treten wird. Das ist meiner Meinung nach eine großartige Sache. (*Allgemeiner Beifall*)

Gefordert wird die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes durch flächendeckende Kontrollen von Barbesitzern und der Exekutive. Bei Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz werden über uns Jugendliche und nicht über unsere Eltern Sanktionen verhängt. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich danke auch für das Lob. Ein weiser und großer Politiker Österreichs hat einmal gesagt, es war Bruno Kreisky: „Sie ahnen gar nicht, wie viel Lob ich vertragen kann.“ (*Heiterkeit bei Landesrätin Mag. Grossmann*) Die Frau Landesrätin freut sich sehr.

Nun kommen wir zur Ergänzung zu dieser These und ich bitte Sebastian Kocher an das Rednerpult.

**Sebastian Kocher:** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank und übrige Abgeordnete!

Meine Wortmeldung zum Thema Jugendschutz lautet: Jugendliche sollen selbst für ihre Strafen aufkommen – in Form von Sozialstunden, versteht sich, von denen sie sich nicht mehr freikaufen können. Die Maximalanzahl der Sozialstunden sollte man von 24 auf 48 Stunden

erhöhen. Die Anzahl der zu leistenden Sozialstunden hängt von der Art des Vergehens ab. Vielen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Auch ich sage vielen Dank für die Ergänzung zu dieser These. Es liegt mir seitens der Abgeordneten Damen und Herren eine Wortmeldung vor. Ich erteile das Wort.

**LTabg. MMag. Eibinger:** Danke, Herr Präsident! Liebe Jugendabgeordnete!

Da ist natürlich jetzt wirklich ein wichtiger Schritt in den letzten Tagen gelungen, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und damit auch eine langjährige Forderung der jungen ÖVP, die hier der Verwirklichung ein bisschen näher kommt und wo ich sehr froh bin, weil wir da auch immer vorangetrieben haben in Richtung einheitliches Jugendschutzgesetz.

Zu den Forderungen kann ich es ganz kurz machen: Zweimal „Ja“ – ja zu stärkeren Kontrollen, wobei nicht nur bitte an die Bars und Lokale denken, sondern auch an die Supermärkte oder auch an die Tankstellen. Da muss ich dazusagen, wir haben die Wirtschaftsvertreter, die Wirtschaftskammer, auf unserer Seite, die da bei den Aktionen mitmachen und auch viele Projekte machen. Das zweite „Ja“ zu eurer Forderung, dass man auch die Jugendlichen selber heranzieht. Ich bin der Meinung, ihr Jugendlichen seid für uns Partner auf Augenhöhe, ihr seid auch bereit Verantwortung zu übernehmen und ich freue mich sehr, dass wir beim heutigen Jugendlandtag da von euch in diese Richtung eine Rückendeckung bekommen. Super. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke der Frau Abgeordneten MMag. Barbara Eibinger von der Österreichischen Volkspartei. Keine Wortmeldung aus den Reihen der Abgeordneten. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin, ich erteile ihr das Wort.

**Landesrätin Mag. Grossmann:** Ich bedanke mich für das Lob, das jetzt geäußert wurde. Es ist natürlich auch ein Auftrag in diesem Sinne weiterzutun und an der Stelle möchte ich auch sagen, dass ein Gesetz immer nur so gut ist, wie die Kontrolle. Es muss natürlich auch ausgeführt werden und wir werden hier auch die Kontrollen noch mehr verstärken. Ich setze hier speziell auch auf sozusagen alternative Ermittlungsmethoden. Das klingt jetzt ganz nach Krimi, aber wir werden künftig auch verstärkt Mystery-Shopper einsetzen. Das sind also Jugendliche, die sich sozusagen als Botschafter und Botschafterinnen in Sachen Jugendschutz betätigen wollen und die auch in Lokalen – natürlich betreut, das ist ganz klar – Testkäufe

durchführen, weil wir schon die Erfahrung gemacht haben, wenn ein Polizist ein Lokal betritt, dann ist plötzlich alles in Ordnung, da halten sich dann plötzlich alle ans Gesetz und sonst geht es dann vielleicht wieder munter weiter. Das heißt, wir müssen hier verstärkt auf alternative Methoden setzen, damit wir jene auch wirklich erfassen, die mit dem Verkauf von Suchtmitteln – und dazu gehört auch der Alkohol, würde ich einmal sagen – sehr fragwürdige Geschäfte machen. Ein Verstoß gegen Jugendschutzbestimmungen, das ist keineswegs ein Kavaliersdelikt, das gehört auch sanktioniert, das gehört bestraft. Hier wird es künftig auch noch strengere Strafen geben. Was die Strafen, die Sanktionen für Jugendliche betrifft, da nehme ich eure Anregungen mit großem Interesse entgegen. Auch das möchte ich mit jungen Menschen diskutieren, was sie für angemessen halten? Das ist sicherlich ein sehr interessanter Ansatz, wie das von euch geäußert wird.

Das wäre es schon einmal von meiner Seite. Danke noch einmal auch für die lobenden Worte und auch für eure Mitwirkung an der aktiven Umsetzung der Jugendschutzbestimmungen. Das Wichtigste ist, jeder/jede ist einmal für sich selbst verantwortlich. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke, Frau Landesrätin. Am Wort ist die Moderation, ich bitte.

**Moderator Thomas Moik:** Vielen Dank, Herr Präsident!

Wir haben jetzt, wenn ich ein bisschen schief auf meine Uhr schaue, ganz knapp Zeit für eine Anmerkung, wenn irgendjemandem von euch jetzt noch etwas am Herzen liegt hier hinzuzufügen. Wenn dem nicht so ist, dann dürfen wir mit der nächsten These weitermachen. Danke.

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke, Herr Moik, für die Übergabe und

wir kommen zu

## **2. Thema „Politik gestalten - These 4 : Politische Bildung“.**

Berichterstatter ist Herr Manuel Siegl, ich erteile ihm das Wort.

**Manuel Siegl:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich, eine politische Notwendigkeit zu präsentieren. Wir fordern einen höheren Stellenwert für das Politische Bildungsfach und daher die Einführung als eigenes verpflichtendes Unterrichtsfach ab der 8. Schulstufe. Wir Jugendliche sollen dadurch ein Wahlverständnis entwickeln können. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter für diese wirklich wichtige These. Auch hier gibt es wieder die Möglichkeit Ergänzungen einzubringen. Es liegen mir zwei Wortmeldungen vor. Zuerst erteile ich Herrn Ralf Liegl das Wort.

**Ralf Liegl:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Da Jugendliche ab dem vollendeten 16. Lebensjahr gesetzlich wählen dürfen, ist es unverantwortlich, sie im Vorhinein nicht ausreichend politisch zu bilden bzw. sie uninformiert wählen zu lassen. Vorbildlich zu diesem Thema agiert meine Schule, die BHAK-Liezen, in der das Fach „Politische Bildung und Recht“ in zwei Unterrichtsstunden pro Woche unterrichtet wird. Auf Grund zahlreicher Gespräche über Politik mit Gleichaltrigen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass dies nicht überall – sozusagen in anderen Schulen – der Fall ist und infolgedessen große Bildungslücken zum Thema Politik vorhanden sind. Daher fordern wir ab der 8. Schulstufe „Politische Bildung“ als einen verpflichtenden Hauptgegenstand in zwei Unterrichtseinheiten einzuführen. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Die zweite Ergänzung kommt von Selina Knoll, ich erteile ihr das Wort.

**Selina Knoll:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitschülerinnen und Mitschüler!

Die unzureichende Politische Bildung spiegelt sich in der niedrigen Wahlbeteiligung der Jugendlichen wider. Oft wird auch der gewählt, der die besten Wahlgeschenke verteilt. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Es liegen mir bis jetzt zwei Wortmeldungen von Abgeordneten vor. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Alexia Getzinger, MAS, von der Sozialdemokratischen Partei. Ich erteile ihr das Wort.

**LTabg. Getzinger, MAS:** Danke, Herr Präsident! Frau Landesrätin, Kolleginnen und Kollegen und vor allem liebe Jugendliche und Jugendlichen!

Ich bin unglaublich dankbar für diese These zur Politischen Bildung, ich halte das für eine ganz, ganz wichtige Forderung. Warum ist Politische Bildung so wichtig? Die Kollegen Siegl, Liegl und Knoll haben das ohnehin schon gut ausgeführt. Wenn unsere Kinder – ich fange noch viel früher an, nicht in der 8. Schulstufe, sondern das beginnt ja viel früher – und unsere Jugendlichen nicht wissen, wie das Zusammenleben, das Zusammenwirken in unserer Gesellschaft wirklich funktioniert, dann können sie natürlich auch schwer Entscheidungen treffen. Jugendliche brauchen Informationen, am besten erreichen wir euch natürlich in den Schulen und in den Schulen könnt ihr auch lernen, wie die rechtlichen Grundlagen sind, wie die Gebietskörperschaften aufgebaut sind, wie die Kompetenzen der Gebietskörperschaften sind. Was ist Strafrecht? Was ist Verfassung? Was ist Verwaltung? – und so weiter. Die, die Politische Bildung haben, wissen diese Dinge ohnehin alle und haben auch Bilder dazu. Also, wenn ich jetzt sage: „Strafrecht oder „Arbeitszeitgesetz“, wie wird unser Arbeitszusammenleben geregelt, dann wisst ihr das alles bereits. Ich finde es ganz wichtig, dass diese Info weiter geht, dass sich das weiter ausbreitet und dass Jugendliche aufgrund dieser Informationen, die sie erhalten, an der Gesellschaft, an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken können. Das ist auch angesprochen worden. Für Wahlen: Wir haben am Sonntag in Graz Gemeinderatswahlen gehabt. Bedauerlicherweise war die Wahlbeteiligung bei Jugendlichen sehr gering und ich glaube auch, dass das damit zusammenhängt, dass Jugendliche Politik verdrossen sind, das haben wir in einer anderen These schon gehört. Es ist - jetzt komme ich gleich zum Schluss, Herr Präsident – umso wichtiger, dass ihr euch hier zu Wort meldet. Wir Abgeordneten, wir reden ohnehin immer und wir sind auch ein bisschen betriebsblind, wenn wir am RednerInnenpult stehen. Ich habe mir gedacht, ich rede nur ganz kurz. Dann kommt das alles so heraus. Wir sind es gewohnt, dass wir mindestens zehn Minuten reden. Dann reden wir, reden wir, reden wir und reden wir – ich würde euch wirklich, wirklich bitten, dass ihr auch uns ein bisschen herausfordert, dass ihr ein bisschen ketzerisch seid jetzt dann und euch mehr zu Wort meldet. Danke schön. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke, Frau Abgeordnete Alexia Getzinger. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Max Lercher. Ich erteile ihm das Wort.

**LTabg. Max Lercher:** *(LTabg. Mag. Rinner: „Das ist für ihn jetzt minus eine Minute.“)*  
Nur ganz kurz – vielleicht noch ergänzend. Wir haben auch Wahlbeteiligungen von

Jugendlichen, die sehr, sehr gut sind wie z. B. bei der letzten Landtagswahl. Ich glaube, das hängt auch immer von der Wahl ab, wie Jugendliche angesprochen werden, mobilisiert werden.

Der zweite Punkt ist: Politische Bildung ist ja in Wahrheit für die Politik und auch für meine Partei, nämlich dass wir dies bis jetzt noch nicht umgesetzt haben, deswegen jetzt ein bisschen unorthodox: Ich appelliere auch an euch – weil bei uns da relativ alle gefordert sind, ich bin absolut dafür, aber da geht relativ wenig weiter, weil es eine Bundeskompetenz ist – und ich fordere euch in diesem Sinne bitte auf, unterstützt die Aktion der SchülerInnenvertretung, die für ein Fach „Politische Bildung“ eintritt. Ich bitte euch auch, macht Schulaktionen, schreibt an das Bundesministerium, schreibt auch an die Bundesregierung, unterstützt auch uns von den Länderfraktionen in dieser Sache, damit wir dieses Fach „Politische Bildung“ als ein eigenes Fach bekommen. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke dem Herrn Abgeordneten Max Lercher. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hannes Amesbauer, BA. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Amesbauer, BA:** Danke. Politische Bildung, politische Aufklärung, politische Information – ein wichtiges Thema, wie es angesprochen wurde, mit 16 Jahren hat man das Wahlrecht und muss natürlich auch dementsprechend informiert werden. Natürlich ist auch die Schule gefordert Information zu leisten. Es ist ganz wichtig, dass man grundlegend über das System Staat/Länder/Föderalismus aufgeklärt wird. Wie funktioniert Politik? Was ist ein Parlament? Was ist ein Kammersystem? Wie wird gewählt? Was ist ein Wahlrecht? Wie entstand das Wahlrecht, vor allem auch, was sind die Inhalte und Positionen? Wie entsteht ein Gesetz? Wie wird das in der praktischen Arbeit auch gemacht? Ich bin der Meinung, dass die Politische Bildung so, wie es jetzt in der Regel praktiziert wird, im Fach Geschichte auch gemacht wird, das gehört getrennt. Politische Bildung und Geschichte sollten nicht ein Schulfach sein. Mit der Politischen Bildung als eigenes Fach, das ist zu diskutieren. Ich habe da nicht die ganz klare Meinung dazu, das sage ich auch, das muss man sich ansehen, wie das ausgestaltet ist. Bei der Politischen Bildung als Schulfach ist natürlich die Gefahr der politischen Vereinnahmung sehr groß, und ich sage das auch ganz offen, durch die Lehrer. Das sage ich auch ganz offen in diesem Plenum, weil es nicht leicht möglich ist, politische Inhalte und auch Inhalte über Parteiprogramme, über Parteien wirklich objektiv zu vermitteln, da ja selbst jeder seine Meinung hat. Ich habe selbst Politikwissenschaft in Wien studiert und



auch abgeschlossen und auf der Universität ist das ein bisschen was anderes. Da ist ein wirklich wissenschaftlicher Zugang. In der Schule muss man da aber wirklich aufpassen, dass das nicht einseitig gemacht wird. Wenn das sichergestellt wird, wenn Kriterien, klare Regeln und Richtlinien aufgestellt sind, dass eine möglichst objektive Unterrichtung in so einem Fach Politische Bildung möglich ist, dann wird sich dagegen auch niemand verwehren und ich glaube, dann werden wir auch an einem Strang ziehen. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke dem Herrn Abgeordneten Amesbauer, BA. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Rinner, ich erteile ihm das Wort.

**LTabg. Mag. Rinner:** Herr Präsident, Frau Landesrätin, liebe junge Kolleginnen und Kollegen!

Ein ehemaliger Bundeskanzler hat auf eine dumme Frage eines Journalisten einstens gesagt: „Herr Kollege, lernen Sie Geschichte.“ Diese Aussage würde ich manchmal einigen politischen Kolleginnen und Kollegen zurufen und jetzt stellt sich oft die Frage, sollte man der Jugend zurufen: „Lernt Politik“? Ich glaube, dass die Einführung des Faches Politik ein wichtiger Punkt ist, aber Politik kann man nur erfahren und nicht lernen. Ich halte nichts von einem Lernfach Politik, ich halte viel von einem Fach, bei dem Politik erfahren wird und ich nehme an, dass ihr alle es in der Schule tagtäglich erfährt. Ich hoffe es, wenn man einen Klassensprecher wählt, wenn man einen Schulsprecher wählt, dann wird Politik erfahrbar. In diesem Sinne unterstützen wir sehr diese Forderung und diese These, die von euch kommuniziert wurde und, wie es Max Lercher auch gesagt hat, wir werden alle Mittel dazu verwenden, es auch umsetzen zu können, wenn Politik nicht als Lernfach, sondern als Erfahrungsfach eingesetzt wird. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke dem Herrn Abgeordneten. Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Frau Landesrätin hat sich natürlich zum Abschluss zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

**Landesrätin Mag. Grossmann:** Herr Präsident!

Ja, ich kann den Worten des Vorredners – Herr Abgeordneter Rinner hat es wirklich auf den Punkt gebracht – zustimmen. Es geht um Erfahrungen, deshalb sind wir auch heute hier, um Politik, um Demokratie erfahrbar zu machen. Das sollte in jedem Unterrichtsgegenstand so stattfinden, aber es ist auch wichtig, die Politische Bildung in den Schulen zu verstärken. Ich

habe in meinem sozusagen Vorleben als Nationalratsabgeordnete die Aufgabe gehabt, die Wahlalter-Senkung zu verhandeln. Das ist auch gelungen, wir haben das Wahlalter auf 16 gesenkt und ich habe das damals auch schon davon abhängig gemacht, die Politische Bildung in Österreich zu forcieren und da hat sich unglaublich viel getan in den letzten Jahren. Es wurde in den Schulen ausgeweitet und es wurden vor allem die Lehrer und Lehrerinnen geschult, werden noch weiter geschult, hier auch natürlich qualitative Ansprüche erfüllen zu können. Es darf natürlich keine, da gebe ich auch Herrn Abgeordneten Amesbauer vollkommen Recht, Beeinflussung stattfinden. Auf gar keinen Fall. Politische Bildung muss auf jeden Fall objektiv sein und dahin gehend werden die Lehrerinnen und Lehrer auch intensiv geschult. Dass es mehr Angebot geben muss, das ist auch klar und ich weiß, dass Frau Ministerin Schmied hier auch ganz, ganz intensiv verhandelt und Gespräche führt. Da haben wir natürlich auch andere Schwierigkeiten. Es gibt so viele Forderungen nach eigenen Schulfächern – immer, wenn einem nicht wirklich was einfällt, fordert man ein eigenes Schulfach. Was super ist, mehr Sportstunden – alles super, unterstütze ich auch sehr. Dann gibt es die Forderung „eigenes Gesundheitsfach“, dann gibt es die Forderung „Wirtschaftskompetenz“ in einem eigenen Unterrichtsfach zu unterrichten, „Umgang mit Geld“ und „Umwelterziehung“ in einem eigenen Unterrichtsfach – das hat alles seine Gründe und alles seine Berechtigung, aber irgendwann wird es halt einmal ein bisschen zu viel. Euer Schultag muss auch irgendwann einmal enden und hier muss man auch die Entscheidung treffen: Auf was verzichtet man denn dann im Unterrichtskanon? Wir können nicht alles hineinpacken und das in einem Halbtagschulsystem, das geht nicht. Da muss man natürlich auch Entscheidungen treffen, was sozusagen wirft man an Unterrichtsinhalten hinaus? Dann gibt es wieder von anderer Seite Bedenken – ja, auf Mathematik kann man nicht verzichten, Deutschunterricht brauchen wir, Englisch, Fremdsprachen, dieses und jenes. Das ist natürlich eine sehr schwierige Abwägung und insofern hat es unsere Ministerin Claudia Schmied ja auch nicht leicht, die Verhandlungen zu führen. Ich weiß aber, sie bemüht sich wirklich sehr intensiv darum und es ist in den letzten Jahren, das darf man auch nicht verschweigen, unglaublich viel gelungen. Der junge Kollege, aus der HAK Liezen war das, glaube ich, hat es ja auch gesagt. Es hat sich sehr viel getan und er ist mit dem Unterricht auch sehr zufrieden, das sind erfreulicherweise auch immer mehr Schülerinnen und Schüler in der Steiermark. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke, Frau Landesrätin. Am Wort sind die Moderatoren, bitte.

**Moderator Thomas Moik:** Vielen Dank! Ich darf auch, glaube ich, im Namen von allen danke sagen für die so wohlwollende Aufnahme dieser These und hoffen, dass einige von euch – bei mir ist es schon zu spät – in der Schule noch erleben, dass sie ein eigenes Fach „Politische Bildung“ verpflichtend haben.

Ich darf auch die Abgeordneten alle beruhigen, auch wenn es sich jetzt leider zeitlich wieder nicht ausgeht für eine Anmerkung, diese Thesen sind ja entstanden mit einem Regionaltreffen zuerst und dann gestern mit dem Vorbereitungstag. Wir haben gestern pro These, pro Gruppe 4 ½ Stunden diskutiert und formuliert; das heißt, wir haben das auch dokumentiert und verschriftlicht. Es ist schon vieles passiert und es ist nicht nur so, dass wir da heute schnell was sagen und leider nichts mehr als Anmerkung dazusagen können, sondern da ist ein intensiver Prozess bisher schon dahinter.

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten zur nächsten These, zum nächsten Themenbereich aufzurufen.

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke, Herr Moik. Im Wissen, dass das passiert, sind von mir keine Anregungen gekommen, ständig zu diskutieren, sondern ich weiß das, eifrig gearbeitet wurde – zur Information an die Abgeordneten.

Meine Damen und Herren, wir sind ziemlich genau im Zeitplan und kommen zum nächsten Bereich

### **3. Thema „Soziales - These 1: Anpassung im Arbeitsbereich“.**

Berichterstatterin ist Lina Erlacher, ich erteile ihr das Wort.

**Lina Erlacher:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir finden, es sollten frauentypische und männertypische Berufe so ausgelegt werden, dass sie für beide Geschlechter ansprechend sind. Darunter fällt sowohl die bessere Aufklärung unter Jugendlichen darüber, dass alle Berufe von beiden Geschlechtern ausgeübt werden können als auch die Attraktivität der einzelnen Betriebe selbst. Es gibt z. B. nach wie vor Betriebe, die nicht mit beidergeschlechtlichen Sanitäreinrichtungen ausgestattet sind. Das Arbeitsumfeld soll auch in männer- bzw. in frauendominierten Betrieben für beide Geschlechter angepasst werden. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke der Lina Erlacher für die interessante Berichterstattung. Auch hier gibt es Ergänzungen zu dieser Berichterstattung und zwar hat sich Frau Tamara Gössler zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

**Tamara Gössler:** Danke schön, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Auch Rollenbilder prägen unsere Gesellschaft. Bereits vom Kleinkindalter an werden wir in Rollenbilder hinein erzogen. Während Burschen mit Autos spielen, versorgen Mädchen ihre Puppen. Das Optimalbild wird uns also in die Wiege gelegt. Erziehung darf nicht auf Rollenbildern aufgebaut werden, darum sollten auch in pädagogischen Einrichtungen Gleichberechtigung vermittelt werden. Deshalb fordern wir mehr Workshops und Seminare zu diesen Themen für und mit jungen Burschen und Mädchen. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke der Tamara für die Ergänzung. Nun sind die Damen und Herren Abgeordnete am Wort. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Renate Bauer von der Sozialdemokratischen Partei, ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. Bauer:** Danke, Herr Präsident! Liebe Claudia, du hättest gerne vor mir reden können. Liebe Frau Landesrätin, geschätzte Jugendliche!

Ich bin einfach total begeistert und muss jetzt wirklich zu diesem Thema reden. Die jungen Damen, die jetzt vor mir gesprochen haben, haben mir natürlich aus der Seele gesprochen. Rollenbilder, Gleichstellung, Einkommensunterschiede – das große Thema und ihr seid diejenigen, die ansetzen können, dass sich das ändert. „Einkommensunterschiede“ ist immer ein großes Thema, das liest man jedes Jahr wieder in allen Zeitungen, wie eklatant die Unterschiede noch bei Männern und Frauen sind und das ist aber auch gerade der Punkt, wo ihr ansetzen könnt, so, wie ihr es in eurer These benannt habt. Ich kann euch wirklich nur empfehlen und Mut machen, als Frauen auch wirklich in die technischen Berufe zu gehen und ich weiß nicht, wem von euch der Girls-Day bekannt ist oder auch der Boys-Day genannt, wo Mädchen wirklich auch die Möglichkeit haben, in technischen Berufen zu schnuppern; aber natürlich auch die Burschen in Sozialberufen und in den üblichen Frauenberufen zu schnuppern. Wenn ihr sagt, die Betriebe sagen noch immer, es gibt keine beidergeschlechtlichen Sanitäranlagen – wir kennen diese Aussagen –, sie können euch leider nicht aufnehmen, weil sie keine Duschen oder kein WC für Mädchen haben, kann ich euch nur auffordern, lasst euch dadurch nicht abbringen. Das darf nicht sein und ich muss es jetzt einfach sagen, es ist leider Gottes in manchen Unternehmen ganz einfach eine bequeme

Ausrede. Also ich kann euch da wirklich nur Mut machen und macht weiter. Danke schön.  
(*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke der Frau Abgeordneten Bauer. Als Nächste, ich gehe nach der Reihenfolge der Wortmeldungen vor, ist Frau Abgeordnete Barbara Riener. Ich erteile ihr das Wort.

**LTabg. Riener:** Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen des Jugendlandtages, werte KollegInnen hier vom Hohen Haus bzw. in den Zuschauerrängen liebe Damen und Herren!

Frau Kollegin Bauer hat schon angesprochen, wir haben ein ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und es gibt Kontrollen bezüglich des Arbeitsinspektorates. Es darf nicht sein, wenn Frauen und Männer in einem Betrieb arbeiten, dass es keine geeigneten Sanitäreinrichtungen gibt, d. h. wenn es so sein sollte, dass einmal ein weiblicher Lehrling als erstes wäre oder eine Frau als erstes wäre, sind sie verpflichtet in einer gewissen Zeit umzubauen. Also, bitte nicht abschrecken lassen.

Das Zweite ist bezüglich der Rollenbilder, das hat mich sehr fasziniert, gerade als Sozialarbeiterin und Psychotherapeutin, denn genau dort haben wir das Problem. Wir identifizieren uns alle als erstes einmal mit unseren Eltern und da sind die Vorbilder viel, viel wichtiger und wesentlicher und jetzt kann ich nur an Sie appellieren, die künftige Elterngeneration, die hier heute vor mir sitzt, bitte denkt an das – genau dort ist es anzusetzen. Ich habe selbst eine Begabung im mathematischen Bereich, habe mich aber auch für einen Sozialberuf entschieden. Das hat auch mit einem Vorbild zu tun, mein Vater war in einem Sozialberuf, also ich glaube, dass das sehr wesentlich ist. Kollegin Bauer hat schon gesagt, wir haben sehr viele Initiativen – eben ob es Girls-Day ist, ob es jetzt „Frauen in technische Berufe“ ist oder auch Frau Kollegin Klimt-Weithaler, die heute schon zweimal aufgesprungen ist, ich weiß, dass dies ihr Leibthema ist, in den Kindergärten geschlechtsneutrale Pädagogik zu lehren. Also insofern wird sie dann darauf näher eingehen. Ich bin vom Nationalrat gewohnt wirklich meine zwei Minuten einzuhalten, wir durften nicht länger reden, deswegen danke ich und freue ich mich auf eine Diskussion. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke der Frau Abgeordneten Riener von der Österreichischen Volkspartei und jetzt ist die Frau Abgeordnete und Klubobfrau von der KPÖ, Claudia Klimt-Weithaler, am Wort. Ich erteile ihr das Wort.

**LTabg. Klimt-Weithaler:** Das Thema hat mich schon zweimal herausgerissen und jetzt darf ich endlich. Ich komme deshalb heraus, weil ich glaube, dass in dieser These überhaupt die wichtigste frauenpolitische Forderung beinhaltet ist, nämlich die Forderung nach einer wirklichen Gleichstellung zwischen Männern und Frauen. Wir wissen ja, dass das leider immer noch nicht erfüllt ist. Frauen verdienen nach wie vor weniger als Männer, das ist so – nicht in allen Bereichen, aber diese Forderung ist nach wie vor noch nicht erfüllt. Ich denke, Barbara Riener hat es schon angekündigt, es gibt verschiedene Ansätze, wo man da auch einwirken kann und eine davon ist geschlechtssensible Pädagogik in Kinderbetreuungseinrichtungen. Jetzt sitzen da hinten so viele angehende Kindergartenpädagoginnen und –pädagogen ein paar, ich weiß, dass es im Lehrplan der BAKIP verankert ist, geschlechtssensible Pädagogik weiterzugeben, zu lehren; ich weiß aber auch, dass es nicht überall gemacht wird. Das ist auch so ein Wunsch meinerseits, dass das auch stärker von den Lehrenden gemacht wird, aber die müssen sich natürlich auch damit identifizieren können. Was wir von politischer Seite her tun können, da sind jetzt schon ein paar Dinge genannt worden. Ein Antrag, auf den ich sehr stolz bin, ist der, dass wir als KPÖ damals auch eingebracht haben, wir möchten, dass Wirtschaftsförderungen, also Geld vom Land Steiermark, nur Betriebe bekommen, die Männer und Frauen gleich entlohnen. Das wurde dann angenommen, dieses Gesetz ist jetzt in der Steiermark auch gültig, aber es ist wie bei vielen Gesetzen – Frau Landesrätin, ich glaube, du hast das heute auch schon einmal gesagt: Jedes Gesetz ist nur so gut wie seine Kontrolle. Dieses Gesetz wird ja auch nicht kontrolliert, ob die das dann auch wirklich weiterhin machen. Jetzt muss ich, nachdem ich gesehen habe, dass Herr Kollege Mayer schon in den Startlöchern steht, eines noch loswerden und ich habe noch eine ganze Minute dafür – super. Ich habe vorhin schon gesagt, ich bin eine große Verfechterin der Quote. Warum? Weil es bis jetzt noch nicht funktioniert hat. Und alle, die sagen: „Um Gottes Willen, keine Quotenfrauen wo einsetzen, das ist ja ganz furchtbar“, die haben das Wort Quote nicht verstanden. Quote bedeutet nämlich nicht, dass man eine Frau statt einem Mann nimmt, damit mehrere Frauen dort sind, Quote bedeutet bei gleicher Qualifikation die Frau vorzuziehen und für das bin ich. Denn etwas, das seit über hundert Jahren von alleine nicht funktioniert, wird auch in den nächsten hundert Jahren von alleine nicht funktionieren. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke, Frau Klubobfrau. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Dr. Mayer, MBL. Ich erteile ihm das Wort.

**LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL:** Danke schön, Herr Präsident!

Das finde ich sehr nett, dass die Frau Kollegin mich in ihrer Wortmeldung schon extra anspricht. Als Frauensprecher der FPÖ nehme ich das sehr gerne auf, diesen Ball, (*Allgemeine Heiterkeit*) aber lasst mich einmal kurz ein paar Betrachtungen zu den Dingen, die vorher hier passiert sind, geben. Erstens geht es euch heute einmal gleich, wie es uns im Landtag immer geht. Die Regierungsbank ist fast leer, der Herr Landeshauptmann hat überhaupt nur sein Statement abgegeben und hat nachher das Weite gesucht – keine Sorge, wir werden bei euch bleiben. Das Zweite ist, ich finde es sehr interessant, dass Frau Landesrätin, das erleben wir auch im Landtag immer, Lob aus den eigenen Reihen bekommt. Denn der, der vorher für das Jugendschutzgesetz gelobt hat, soweit ich das weiß, ist der Vorsitzende der Sozialistischen Jugend in Leibnitz – also auch diese Spielchen kennen wir hier herinnen natürlich zur Genüge. Aber lasst mich jetzt auf dieses Thema eingehen, es ist nämlich wirklich auch wichtig unserer Meinung nach – Arbeitsumfeld. Aber ich glaube, es geht weiter. Es ist einmal das Erste, das man sagt, das Arbeitsumfeld soll einmal gleichberechtigt werden, dass Frauen und Männer dort die gleichen Rechte und Stellungen haben. Aber etwas weitaus Wichtigeres für mich ist, das ist heute schon ein paar Mal in den vorigen Wortmeldungen angeklungen, wäre es für uns Freiheitliche, dass Frauen und Männer endlich einmal gleich viel verdienen. Lasst euch da nichts von der sozialistischen Partei einreden – die Kollegin hat gesagt, das ist wichtig. Die Herrschaften sind seit über 60 Jahren mit wenigen Unterbrechungen in diesem Land an der Macht und haben es seither nicht geschafft, dass eben genau das passiert, dass Frauen und Männer in den Berufen gleich viel verdienen. Die konzentrieren sich sehr oft auf andere Dinge – nämlich z. B. auf dieses Gendern, Gender-Mainstream wie das genannt wird, das ist etwas ganz Wichtiges. Auf der anderen Seite vergisst man hier die Prioritäten, die für uns wichtig wären. Statt endlich diese Gelder anzugleichen, verliert man sich eben in solche Dinge.

Ich möchte zu den Rollenbildern noch etwas sagen. Rollenbilder, erziehen, Puppen und Auto spielen, das war vorhin das Thema und auch hier gilt, was für uns in der Quote gilt und überall. Es muss den Menschen erlaubt sein, selbst zu wählen was sie wollen. Es darf keinen Zwang geben, das wollen wir nicht. Freiheitliche Politik ist es, sämtliche Zwänge abzulehnen und wenn jetzt jemand mit einem Auto spielen will, dann soll er mit einem Auto spielen. Wenn jemand mit einer Puppe spielen will, dann soll jemand mit einer Puppe spielen. Jeglicher Zwang in dieser Sache ist erstens meiner Meinung nach lächerlich und zweitens kontraproduktiv. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke dem Herrn Klubobmann Mag. Dr. Mayer, MBL.

Ich bitte um keine Zuordnung der einzelnen heutigen jungen Abgeordneten zu irgendwelchen Parteien. Jeder hat, wenn er eine Meinung hat, dieses Recht der Meinungsfreiheit und Meinungsbildung.

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor, dadurch erteilt ich der Frau Landesrätin, die sich kurz zu Wort melden möchte, das Wort.

**Landesrätin Mag. Grossmann:** Sehr gerne. Dieser Antrag oder diese Anträge, die da gekommen sind, die sind qualitativ dermaßen hochwertig, dass ich wirklich nur ein großes Kompliment aussprechen kann. Das ist wirklich gut verstandenes Gender-Mainstreaming und nicht alle verstehen das. Ihr habt bewiesen, dass ihr es versteht, wir haben es heute gehört. Nicht alle verstehen das. Also ihr seid der lebende Gegenbeweis, man kann es verstehen, wenn man es verstehen will. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Ich glaube nicht, dass die Jugendlichen das jetzt wollen.“*) Da gratuliere ich euch wirklich sehr herzlich dazu. Es gibt schon sehr viele Initiativen, sie wurden aufgezählt – Girls-Day, Boys-Day, hier geht es darum einen Beitrag zu leisten, dass all unsere Branchen künftig geschlechtermäßig besser durchmischt werden. Das macht auch Sinn. Das hat nicht nur Auswirkungen auf das Gehaltsniveau, sondern vor allem auch auf das Arbeitsklima und die Arbeitsqualität, denn wir haben wissenschaftliche Nachweise, dass gut durchmischte Teams auch bessere Arbeitsergebnisse bringen und auch ein besseres Arbeitsklima haben. Also hier geht es um die Qualität insgesamt und um die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft sowie auch darum, das gesamte Potenzial, alle Begabungen einer Gesellschaft auch wirklich ausschöpfen zu können. Es ist nicht gesagt, dass nicht ein Bub, ein junger Mann auch ein guter Kindergartenpädagoge werden kann. Wir haben hervorragende Kindergartenpädagogen, wir haben nur viel zu wenige und da bräuchten wir dringend mehr, weil gerade Kinder auch männliche Rollenvorbilder brauchen und die gehen uns im pädagogischen Bereich sehr oft ab. Wir brauchen mehr Frauen in der Technik, denn dort haben wir auch zu wenige, und auch hier gibt es ganz tolle berufliche Möglichkeiten, großartige Verdienstmöglichkeiten. Leider ist es so, dass die traditionellen Frauenbranchen eines gemeinsam haben, sie sind gänzlich überlaufen und sie sind unterbezahlt – und das ist eine zutiefste Ungerechtigkeit, hier brauchen wir eben auch eine Aufweichung dieser Rollenbilder, dieser Geschlechterklischees, um letztendlich unsere Gesellschaft weiterzubringen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Also insofern wirklich ein großes „Danke“ für diese Initiativen und für diese Ideen. Es gibt schon einiges und wir setzen gerade im Kindergartenbereich auch mit geschlechtssensibler



Pädagogik an, schon in möglichst frühen Lebensjahren, weil gerade in frühen Lebensjahren ein bisschen die Weichen gestellt werden: In welche Richtung soll es gehen? Wohin entwickeln sich die Interessen? Welche Begabungen werden gefördert? Da kann man gar nicht früh genug anfangen, da gibt es Technikworkshops, Naturwissenschaftsworkshops – natürlich altersgerecht für die verschiedenen Altersgruppen aufbereitet, auch im Volksschulbereich. Diese werden auch immer stärker in Anspruch genommen, das ist auch, denke ich, ganz, ganz wichtig so. Letztendlich ist es aber auch hier wieder die Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen/einer jeden Einzelnen welcher Beruf, welche Ausbildung dann letztendlich gewählt wird. Wir haben da keine Fernsteuerung, dass wir das Verhalten bestimmen können. Wir können nur Anreize schaffen, wir in der Politik können die Grundlagen aufbereiten, aber die Entscheidung, bitte, muss jeder/muss jede selbst treffen. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke der Frau Landesrätin. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Bitte Moderation.

**Moderator Thomas Moik:** Danke, ich schaue ganz kurz in die Runde. Da hinten ist schon ein Arm oben, bevor ich das überhaupt so richtig ausspreche, danke Birgit. Wir sind ganz knapp über der Zeit, aber da sind verschiedenste Bereiche angesprochen worden und wir lassen ganz kurz eine Ergänzung bzw. Unterstreichung oder Anmerkung von der Tanja Bernhard zu.

**Tanja Bernhard:** Ich möchte nur eines unterstreichen. Wir haben uns die Themen oder die Thesen überparteilich zusammengesucht oder präsentiert. Es hat keiner ein parteibezogenes Thema eingebracht. Wir haben diskutiert, wir sind in vielen Fraktionen da, wir waren nicht als Funktionäre von irgendeiner Partei da. Wir waren dabei, dass wir unsere Themen durchbringen, die uns interessieren. Das finde ich schmutzige Politik, dass man hier einen engagierten Schülervertreter hernimmt und den so anpatzt. Das finde ich – Entschuldigung für das böse Wort – Scheiße. (*Allgemeiner Beifall*)

**Moderator Thomas Moik:** Es ist auch schon ganz viel um die Frühzeitigkeit gegangen, die da wichtig ist bei der Kindererziehung. Wir haben dann später noch ein Thema zum Kindergarten. Das heißt, da können wir vielleicht noch etwas dazu sagen. Gibt es noch eine

Anmerkung oder Unterstreichung dazu? Wenn dem nicht so ist, darf ich bitten um die nächste These.

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke, ich übernehme wieder und komme zur nächsten These.

### **3. Thema „Soziales – These 2: FacharbeiterInnen und HandwerkerInnen“.**

Berichterstatter ist Martin Feldhofer, ich erteile ihm das Wort.

**Martin Feldhofer:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Unserer Meinung nach sollte es mehr Anreize geben für handwerkliche Berufe um den Facharbeitermangel gegenzusteuern. Dies sollte vor allem durch Aufklärung und Information an Pflichtschulen geschehen, so dass man schon in der Jugend eine Begeisterung für handwerkliche Berufe verspürt. Außerdem fordern wir mehr gesellschaftliche Anerkennung dieser Berufe und die Gleichstellung von Handwerker und Handwerkerinnen oder Facharbeiter und Facharbeiterinnen mit höher ausgebildeten Berufskräften. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke Martin Feldhofer. Für diese These liegt keine Ergänzung vor. Aber zu Wort gemeldet hat sich als Erstes Frau Abgeordnete Manuela Khom. Ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. Khom:** Herr Präsident, geschätzter Jugendlandtag!

Ich freue mich heute sehr, dass dieser Jugendlandtag etwas mit dem normalen Landtagen gemeinsam hat. Es ist das Ende von sehr, sehr viel Arbeit, die vorher passiert. Das freut mich, dass das heute auch für euch einmal sichtbar wird, dass wir, wenn wir hier im Landtag sitzen, vorher so wie ihr auch, schon vieles an Arbeit erledigt haben. Zur These FacharbeiterInnen und HandwerkerInnen. Jeder zweite Ertrag in der Steiermark wird durch den Export erwirtschaftet. Aus diesem Grund, weil wir sehr gute, hoch qualifizierte Produkte nach außen geben. Das hat etwas mit unseren gut ausgebildeten Facharbeiterinnen und Facharbeitern zu tun. Das Image dieser ist aber ganz ein anders, als ihr tatsächlicher Stellenwert. Wir tun vieles, um dieses Image zu verbessern. Wir gehen auch hinaus in die Schulen mit den Damen und Herren der Berufsbegleitung- und Berufsfindung, die hier begleiten. Wir gehen mit Jugendlehre Zukunft hinaus, wo wir Schnuppertage anbieten und Praktika. Wo es eigene

Projekte gibt, wo man in die Schule geht. Das ist ein Imageproblem. Wir versuchen, das Image zu verbessern. Wir versuchen, auch die Stellung zu verbessern. Eine Forderung der Wirtschaftskammer ist es beispielsweise, wenn man den Meister macht, also nach der Lehre, Geselle, Meister, dass dies auch als Master anerkannt werden soll. Da geht unser Wirtschaftslandesrat mit uns hinaus nach Österreich und trägt diese Forderung hinaus, diese Gleichstellung. Jetzt geht es aber um die Anerkennung in der Gesellschaft und die Gesellschaft, die seid ihr. Ich erlaube mir hier eine Frage zu stellen: Wer von euch macht im Moment eine Lehre? Ich freue mich sehr, dass das Bewusstsein da ist. So beginnt es, wenn das Bewusstsein da ist, dann wird die Gesellschaft auch dahin gehen, diese Berufe in Zukunft anzuerkennen. Darum freue ich mich, dass ihr auf dem Weg seid. Vielen herzlichen Dank dafür. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke der Frau Abgeordneten Manuela Khom von der Volkspartei. In der Reihenfolge der Nächste ist Herr Abgeordnete Amesbauer und dann die Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler. Ich erteile dem Herrn Amesbauer das Wort.

**LTabg. Amesbauer, BA:** Danke auch für diese These, für diesen Punkt. Ein immens wichtiger Punkt, ein sehr wichtiges Thema. Es ist leider heute auf dem Bildungsmarkt so, dass die Lehre, das Handwerk schon fast einen Stellenwert hat, dass das der Ausweg ist für jene, die nicht mehr in irgendeine weiterführende Schule gehen können. Das ist ganz schlecht, vor allem weil es auch falsch ist. Früher hat es einmal geheißen, eine sehr gute alte Weisheit: „Das Handwerk hat einen goldenen Boden.“ Das heißt, das Handwerk ist krisensicher, ist krisenfest. Wir erleben ja heute schon in Österreich einen Facharbeitermangel. Zum Beispiel in der metallverarbeitenden Industrie. Es ist auch die Aufgabe der Politik die Lehre wieder aufzuwerten, ihr wieder jenen Stellenwert zu geben, den sie verdient. Ich selber habe einen Lehrberuf als Steinmetz gemacht. Man hatte auch die Möglichkeit sich weiterzubilden. Man kann parallel zur Lehre, nach der Lehre, die Berufsreifeprüfung machen, die eine vollwertige Matura ist. Es stehen Ihnen alle Wege offen. Es ist aber auch wichtig zu sagen, dass der Lehrberuf der Grundstein ist. Wie angesprochen wurde, gibt es auch weitere Karriereschritte wie eben die Meisterprüfung. Man kann Unternehmer werden, kann sich selbständig machen, man kann in einem Betrieb mitarbeiten. Meiner Meinung nach ist es wichtig, wieder das Augenmerk vor allem auf die betriebliche Lehrausbildung zu legen und nicht alles in so genannte überbetriebliche Lehrlingsausbildungsstätten abzuwälzen. Weil das Rüstzeug und am besten lernt man eben in einem Betrieb, wo man tagtäglich mit seiner Arbeit, mit der

Praxis in Verbindung steht. Das duale Bildungssystem in Österreich mit der Berufsschule hat sich bestens bewährt. Wir haben vor allem hier in Graz viele verschiedene Landesberufsschulen, z. B. in St. Peter draußen, wo man wirklich gute Bildung erfährt. Die Facharbeiter und auch das Handwerk, die Handwerker sind die Stützen der Gesellschaft, das muss man auch ganz klar sagen, vor allem in Krisenzeiten sind sie wichtig und da ist die Politik gefordert. Ich könnte mir zum Beispiel wirklich deutliche steuerliche Erleichterungen für Betriebe vorstellen, die Lehrlinge aufnehmen und ausbilden. Den Blum-Bonus, das ist ein Sondermodell den es in Österreich gegeben hat - der von der Bundesregierung abgewürgt wurde - könnte man wieder einführen. Aber ich glaube da wären wir auch gefordert gemeinsam parteiübergreifende Initiativen zu setzen. Der Max Lercher hat es heute schon gesagt. Es ist ja nicht so, dass wir nur streiten. Freiheitliche Jugend und sozialistische Jugend, sind sich ideologisch natürlich sehr, sehr fern in den meisten Dingen, aber bei Fachthemen, bei der Jugend, und das merkt man in den letzten zwei Jahren - Max da sind wir sehr oft eigentlich einer Meinung und das ist auch wichtig – dass man die Themen von euch aufgreift und auch umsetzt. Ich glaube in diesem Sinne arbeiten wir weiter. Meine Unterstützung und die Unterstützung meiner Fraktion für das Lehrlingsthema und Facharbeiterthema sind euch sicher. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dem Abgeordneten Amesbauer von der FPÖ. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler von der KPÖ.

**LTAbg. Klimt-Weithaler:** Herr Präsident, Frau Landesrätin, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen!

Ich glaube auch, dass das eine sehr wichtige These ist und überlege schon die ganze Zeit, wie wir das dann auch im Unterausschuss behandeln können, welche Ideen wir da zusätzlich haben. Wir haben ja gehört, die Manuela hat es erwähnt und auch der Kollege Amesbauer, es gibt ja schon ein paar Dinge die dahingehend passieren in punkto mehr Aufklärung und Praktika in den Schulen. Das ist so die eine Sache, wo man sich sicher etwas überlegen kann. Aber ich möchte noch einen anderen Aspekt zu dieser Thematik einbringen. Wenn man sich anschaut, warum junge Menschen eher in eine schulische Ausbildung gehen und eher maturieren und dann eine andere Ausbildung machen, als in eine Lehre zu gehen, hat das hat ja unterschiedliche Gründe. Einer davon – behaupte ich hier, weil ich es aus Erfahrung weiß – ist, dass die Rahmenbedingungen für die Lehrlinge nicht besonders toll sind. Da weiß der Max auch einiges dazu. Es wurden eigentlich Rechte von Lehrlingen in den letzten Jahren

eher zurückgeschraubt. Ich sage jetzt das Stichwort: Kündigungsschutz. Ich sage jetzt nicht, dass wir die schlechteste Form der Lehrlingsausbildung hier haben, das weiß ich schon, aber dennoch, es wurden Dinge zurückgestuft, da waren wir schon einmal besser. Zweitens, wenn man sich anschaut, wenn man fertig gearbeitet hat, wie viele Facharbeiter gibt es, die dann auch wirklich als Facharbeiter in großen Betrieben, Konzernen angestellt und entlohnt sind. Ein großer Teil der ausgebildeten Facharbeiter sind heute in der Leiharbeit tätig. Leiharbeit heißt, man ist bei einer Leiharbeitsfirma und dort wird man, wie der Name schon sagt, von einer Firma zur nächsten verliehen. Die haben dann keinen Facharbeiterkollektiv, die haben dann, Gott sei Dank, mittlerweile gibt es dort auch einen Kollektivvertrag, das war lange Zeit ein Kampf, aber die verdienen viel schlechter. Das heißt, die Rahmenbedingungen, die die Menschen heute haben, die wirklich in eine Lehre gehen, sind de facto nicht besonders gut und werden leider auch schlechter. Wirtschaftskrise ist heute schon einmal gefallen. Wer wird als erster gekündigt? Zuerst die Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen und dann die nächsten. Ich denke mir, wir müssen von der Politik her, und das ist auch so eine Aufgabe von uns, Rahmenbedingungen für die Menschen schaffen, dass sie einerseits so viel verdienen, dass sie davon gut leben können, Stichwort: Einführung eines Mindestlohns, und zweitens auch die Menschen in ihren Rahmenbedingungen während der Arbeit so absichern, dass sie das auch gerne machen. Dann wird es meiner Meinung nach auch künftig wieder mehr Menschen geben, die diesen Berufsweg wählen. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke der Frau Abgeordneten Klimt-Weithaler. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Max Lercher von der SPÖ.

**LTAbg. Lercher:** Sehr geehrter Herr Präsident, hoher Jugendlandtag!

Da ich mich anscheinend heute mit dem Hannes Amesbauer so gut verstehe, möchte ich vielleicht kurz zum Herrn Klubobmann Mayer etwas sagen. Wenn man repliziert auf die Regierungsbank, das ist in der Tat so, dass einige nicht lange hier waren, möchte ich vielleicht nur kurz erwähnen, dass der Herr Kurzmann uns gar nicht beehrt hat heute. *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: "Wir sind zu zweit hier!")* Super, in diesem Sinne werde ich vielleicht zur Sache etwas beitragen. Es ist richtig, dass ist eine sehr, sehr wichtige These und es eint uns alle, dass wir auch andere verschiedene Zugeweisen zu dieser These haben. Aber es ist uns allen klar, dass die Facharbeiterinnen und Facharbeiter wichtig und essenziell für die Steiermark sind und dass wir alles dahingehend tun müssen, diese Berufssparte auch wieder aufzuwerten. Das ist leider in der objektiven Wahrnehmung so, dass viele das als nicht

gleichberechtigt sehen, wie andere Berufe, wo man einen höheren Berufsabschluss dazu braucht oder auch hat. In diesem Sinn möchte ich auch drei Punkte vorschlagen, die für mich sehr wichtig sind in diesem Bereich. Erstens – und da geht es wirklich um die Rahmenbedingungen – gibt es Betriebe, die Lehrlinge ausbilden und andere Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, aber nach Facharbeiterinnen und Facharbeitern schreien. In diesem Sinne halte ich es für sehr fair, dass Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden aber auch Facharbeiterinnen und Facharbeiter brauchen in einen sogenannten Lehrlingsfond einzahlen und dieses Geld kommt dann den Betrieben zugute, die Lehrlinge ausbilden, erstens. Zweitens glaube ich, dass es auch zur Attraktivierung beiträgt, wenn man die triale Lehrausbildung zusätzlich auch zu dem gut funktionierenden dualen System weiter forciert. Viele Betriebe schließen sich jetzt schon zusammen und bieten die triale Lehrausbildung in einem Ausbildungsverband an. Da kommt dann eine Komponente dazu, die gerade im Bereich der Bildung und in weiteren aufbauenden Maßnahmen den Jugendlichen sehr stark zugutekommt und eine sehr hohe und qualitativ hochwertige Ausbildung auch in den Betrieben ermöglicht. Was für mich auch ganz wichtig ist, der Verdienst. Wenn ich eine Lehre mache, dann will ich auch später etwas verdienen. Was wir wissen ist, die Einstiegsgehälter sind sehr, sehr niedrig. Deswegen bin ich für höhere Einstiegsgehälter, die auch die Gewerkschaftsjugend immer und immer wieder fordert, damit Jugendliche dann auch einen Verdienst haben, mit dem sie leben können. Letztlich wollen wir ein Geld haben, mit dem wir etwas tun können und unser Leben gestalten können. Das wären drei Vorschläge, die ich noch gerne einbringen möchte. Danke für die These. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Wir sind wieder ein wenig in Zeitknappheit. Eine kurze Wortmeldung von der Frau Landesrätin, bitte.

**Landesrätin Mag. Grossmann:** Ich möchte sagen, ich stimme voll zu. Unsere Lehrlinge sind die Fachkräfte der Zukunft, das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie werden auch sehr unterstützt. Ich habe jetzt ein sehr großes Investitionspaket im Ausmaß von insgesamt 71 Millionen Euro geschnürt um unsere Berufsschulen auf den modernsten Stand zu bringen. Da wird schon unglaublich viel gebaut in den verschiedensten Regionen unseres Landes, jetzt ist das Berufsschulzentrum Graz-St. Peter dran. Im Murtal wird intensiv gebaut und in den anderen Berufsschulen. Das ist, denke ich, ganz, ganz wichtig um unserer Jugend die besten Ausbildungsbedingungen zu bieten. Aber ich muss auch eines noch dazu sagen, weil hier immer wieder auch in den Raum gestellt wurde, dass Lehrlinge irgendwie schlechte Chancen

hätten, niedrige Verdienstmöglichkeiten usw. Wir haben derzeit einen Fachkräftemangel in Österreich und das wird sich in Zukunft verschärfen und vieles wird jetzt schon durch den Markt insoweit geregelt, dass diese Berufe gehaltsmäßig schon sehr stark ansteigen. Erfreulicherweise muss ich dazu sagen, während wir umgekehrt in vielen akademischen Berufen beobachten, dass das Gehaltsniveau heruntersackt. Nämlich gerade bei jenen akademischen Ausbildungen, die eben sehr stark überlaufen sind, die förmlich gestürmt werden. Da mündet sehr viel dann nach einer intensiven Ausbildung auf den Schulen und den Universitäten dann letztendlich in irgendwelchen prekären Beschäftigungsverhältnissen, ohne formelle Anmeldung, ohne Versicherungsverhältnis, ohne dass eine Pension einbezahlt wird, oder irgendetwas. Also hier haben wir schon ein Auseinandertriften, dass man schon oft sagen kann, es ist auch aus Verdienstüberlegungen vielleicht gescheiter, eine Lehre anzugehen um dann einen zukunftssträchtigen Beruf zu erhalten. Das sollte man sich auch überlegen und ihr seid, nachdem ich gesehen habe, es sind nur drei Lehrlinge unter uns, wahrscheinlich dabei, die Matura zu machen, dann vielleicht auch weiter zu studieren oder was auch immer. Da möchte ich an euch auch den Appell richten, schaut euch bitte alles an und überlegt euch vielleicht auch, mit der Matura eine Lehre anzugehen. Es gibt da ganz tolle Möglichkeiten. Ich mache sehr viele Betriebsbesuche und bekomme von den Geschäftsführungen immer rückgemeldet, sie würden zum Beispiel für den Bereich Elektronik, Mechatronik sehr gerne Lehrlinge aufnehmen, die schon etwas älter sind, die auch schon eine Matura haben, weil das sind hochwertigste, höchst wertigste Berufe die auch wunderbare Verdienstmöglichkeiten bieten. Wir haben keine Bildungssackgassen, weder in die eine noch in die andere Richtung. Wir können mit der Lehre auch eine Matura machen, wir können aber auch mit der Matura eine Lehre machen. Also hier stehen euch alle Wege offen, bitte schaut euch alles an und nützt die Möglichkeiten die sich euch bieten. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke, Frau Landesrätin. Bitte, Herr Moderator.

**Moderator Thomas Moik:** Danke für das Wort. Ich wolle noch ganz kurz beim Martin, der die These vorher vorgetragen hat, nachfragen. Er ist nämlich mit fünf Kollegen da, das ist keine Lehre, aber das geht in so eine Richtung. Vielleicht erklärst du uns ganz kurz, wie eure Schule funktioniert.

**Martin Feldhofer:** Mir haben eine sehr praxisnahe Ausbildung. Wir haben 780 Stunden Praxis im Jahr und 820 Stunden Theorie. Wir können nach unserer Schule, nach einem Jahr

Praxis, in den Lehrabschlusskurs gehen und den Maschinenbautechniker mit Schweißkurs machen. Eigentlich will ich noch kurz sagen, dass ich es sehr schade finde, dass sehr wenige aus den Berufsschulen da sind und dass man die Meinung trotzdem nicht untergehen lassen sollte. (Allgemeiner Beifall)

**Moderator Thomas Moik:** Danke Martin für die Ergänzung. Ich darf den Präsidenten bitten weiterzumachen.

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dafür. Wir kommen zur nächsten These

### **3. Thema „Soziales - These 3: Migration“.**

Berichterstatterin zu diesem Thema ist Lisa Steingruber. Ich erteile ihr das Wort.

**Lisa Steingruber:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Da es größtenteils noch immer kein befriedigendes Zusammenleben zwischen Migranten und Migrantinnen und Österreichern und Österreicherinnen gibt, finden wir, dass bessere Aufklärungsarbeit, sowohl in Bildungsinstitutionen als auch in den Medien, geleistet werden soll. Das beinhaltet interkulturelle Kindergärten und Schulen sowie auch die Vermeidung von Verhetzungskampagnen in den Medien oder auf Werbeplakaten. Außerdem fordern wir bessere Deutschkurse und gegenseitigen Respekt verschiedener Religionen und Kulturen. (Allgemeiner Beifall)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke Lisa Steingruber für die Berichterstattung. Zur Ergänzung dieser These hat sich Lena Pflieger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

**Lena Pflieger:** Zudem fordern wir, dass das Land Steiermark sich dafür einsetzt, dass es schnellere Bearbeitungen von Asylanträgen und eine bessere Lebensqualität und die Möglichkeit auf Bildung und Arbeit für Asylwerber und Asylwerberinnen gibt. Desweiteren soll ein Gesetz erlassen werden, das bezweckt, dass alle in Österreich geborenen Kinder von Migranten und Migrantinnen die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten. (Allgemeiner Beifall)



**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ing. Ober. Ich erteile ihm das Wort.

**LTabg. Ing. Ober:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Jugendliche, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ein ganz, ganz wichtiges Thema, das gerade in eurem Alter und in den nächsten Jahrzehnten dafür bestimmend sein wird, ob wir es schaffen, friedlich miteinander zu leben. Ich glaube, dass dieses Thema sehr lange unterschätzt wurde und auch nicht behandelt wurde, darum freut es mich, dass ihr dieses Thema aufgegriffen habt. In dieser sich sehr individualisierenden Gesellschaft und der Vermengung verschiedener Kulturen und auch verschiedenen Sichtweisen ist das Leben anspruchsvoller geworden. Zusammenleben ist nicht nur zwischen In- und Ausländern und verschiedenen Kulturen, sondern auch unter uns schwieriger geworden. Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben ist die Kenntnis der eigenen kulturellen Identität, damit man auch dann, mit der Erkenntnis, Respekt vor anderen Kulturen entwickelt und dieses Wissen, mit Vielfalt umzugehen. Ihr seid eine Generation die eine Vielfalt an Auswahlmöglichkeiten hat, wie keine Generation vor euch, und mit dieser Gabe müssen wir umgehen lernen. Darum bin ich sehr dankbar, dass die Bundesregierung mit einem Integrationsstaatssekretariat, mit Staatssekretär Sebastian Kurz, darauf reagiert hat. Einer von euch, ein Jugendlicher, ein junger Mann, der es mit viel Elan geschafft hat, dieses Thema zu normalisieren und in Maßnahmen überzuleiten. Ich danke auch der Landesrätin Bettina Vollath, dass sie mit der Charta des Zusammenlebens in der Steiermark eine Querschnittsmaterie geschaffen hat, wo wir in allen Politikfeldern, allen Verwaltungsbereichen und Lebensbereichen eine zusätzliche Aufgabe in den nächsten Jahrzehnten auf uns nehmen müssen, genau diese Integration dieses Zusammenlebens in Vielfalt, der Auswahl von Vielfalt, zu erlernen als besondere Gabe. Da danke ich euch, dass ihr das Thema gebracht habt, dass ihr euch auch dafür einsetzt, in euren Bereichen, im Jugendbereich, aber im Gesellschaftsbereich und viele Menschen darauf hinweist, dass für eine Lebensqualität ein Zusammenleben in Vielfalt eine Voraussetzung für die Zukunft ist. Ich wünsche euch dabei alles Gute und viel Erfolg. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke dem Herrn Abgeordneten Ing. Ober von der Österreichischen Volkspartei. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Alexia Getzinger von der Sozialdemokratischen Partei. Ich erteile ihr das Wort.

**LTabg. Getzinger, MAS:** Danke Herr Präsident!

Auch ich schließe mich den Worten von meinem Vorredner Ober natürlich an. Wir haben seit 2010 eine Integrationslandesrätin, die Bettina Vollath, und wir haben in dem Ressort die Charta des Zusammenlebens in Vielfalt in der Steiermark gemeinsam erarbeitet. Das wichtigste an dieser Charta ist, dass wir würdevoll miteinander umgehen und dass wir uns bewusst werden, was Diversität bedeutet. Da geht es ja über die Menschen mit Migrationshintergrund hinaus. Das bedeutet, Diversität, da geht es auch um Unterschiede im Geschlecht, Unterschiede in der sexuellen Orientierung, Unterschiede in der Religion. Wir alle sind irgendwie unterschiedlich und unterscheiden uns voneinander. In dieser Charta ist festgehalten, wie wichtig es ist, dass wir uns in unserer Unterschiedlichkeit trotzdem miteinander verständigen im täglichen Zusammenleben. Im Rahmen dieser Charta sind auch Integrationspartnerschaften gegründet worden. Das ist ganz wesentlich, dass diese Charta verankert ist in vielen Gesellschaftsfeldern. Das haben viele Institutionen unterschrieben, viele Gemeinden sind Teil der Integrationspartnerschaft, die Wirtschaftskammer, die Arbeiterkammer, sogar die Katholische Kirche hat das unterzeichnet. Das ist natürlich auch etwas ganz Wichtiges, dass man nicht nur irgendein Werk schreibt und es bleibt dann dort wo es ist, nämlich im verschriftlichten Bereich, sondern dass es runter gebrochen wird auf alle Ebenen und dass das in einem großen Konsens mitgetragen wird. Ich möchte auf drei wesentliche Punkte, die ich als Aufgabe von uns Politikerinnen und Politikern in diesem Themenkomplex erachte, eingehen. Es ist ganz wichtig, dass man behutsame und achtsame Bildungspolitik betreibt. Wir haben in Graz am rechten Murufer Volksschulen und auch Hauptschulen und Neue Mittelschulen, wo der Anteil an Schülerinnen und Schülern aus Familien mit Migrationshintergrund über 95 % liegt und am linken Murufer schaut es natürlich ganz anders aus. Also man muss sich als Bildungspolitikerin und Bildungspolitiker genau überlegen, wie gehen wir mit diesem Faktum um und wie können wir hier durchmischen, ohne Zwang auszuüben natürlich. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Wohnungspolitik. Auch hier wissen wir, dass so „Communitygrätzl“ ganz leicht entstehen können. Man muss also leistbaren Wohnraum schaffen für Familien mit Migrationshintergrund, auch im sogenannten teuren Wohnvierteln, in elitären Wohnvierteln, man darf nicht exklusiv agieren, sondern man muss Wohnraum leistbar machen, auch für Familien mit Migrationshintergrund, damit da eine Teilhabe möglich wird. Ein dritter ganz, ganz wichtiger Punkt für mich ist die Sprache. In der Sprache manifestiert sich ja vieles, was dann Realität wird. Sensible Sprache in diesem Kontext ist ganz, ganz wichtig. Ich fordere euch auf, euch auch da immer wieder selber zu überprüfen und zu reflektieren. Also mir ist in

eurem Antrag aufgefallen, ihr schreibt, zwischen Migranten und Migrantinnen und Österreichern und Österreicherinnen. Das alleine halte ich schon für leicht problematisch. Weil es gibt natürlich viele Menschen mit Migrationshintergrund die Österreicherinnen und Österreicher sind, weil sie nämlich die Österreichische Staatsbürgerschaft haben. Ich glaube, da muss man sich immer wieder selber auch bei der Nase nehmen und ich würde mich sehr, sehr freuen, wenn ich von euch zwei vertiefende Informationen jetzt in der Diskussion bekommen könnte, also, wie dieses gemeint war, Migrantinnen und Migranten und Österreicher und Österreicherinnen, was ja schon Polarisierung voraussetzt. Und auch diese Forderung nach besseren Deutschkursen, da würde ich um Aufklärung bitten, wie das gemeint war. Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke der Frau Abgeordneten Getzinger von der SPÖ. Als nächste Wortmeldung liegt die Wortmeldung von Herrn Amesbauer vor. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Amesbauer, BA:** Ja, Frau Kollegin, bei dem Wort Genderthema muss man aufpassen, dass man sich nicht ganz verzettelt. Ich glaube dieses Wörterbuch müssen Sie mir zeigen, wo das so ausdefiniert ist. Aber da sieht man wie weit das ganz Thema führen kann, wenn man das über strapaziert.

Aber jetzt zum Thema Migration, das ist natürlich ein sehr, sehr komplexes Thema, es ist nicht möglich, das in allen seinen Facetten in zwei Minuten zu präzisieren. Ich werde versuchen, die wichtigsten Punkte aus meiner Sicht darzulegen. Man merkt, spätestens bei diesem Punkt ist es vorbei mit der großen Harmonie zwischen uns beiden, am heutigen Tag zu diesem Punkt. Ich glaube, das ist wichtig so, da legen wir beide Wert darauf, dass man da gänzlich unterschiedliche Positionen hat. Wir erleben hier auch im Jugendlandtag, wie wir es auch im Landtag erleben und auch im Nationalrat, dass die Freiheitlichen bei diesem Thema grundsätzlich anders entscheiden und anders eingestellt sind, wie alle anderen Systemparteien. Man muss sich anschauen, mit was haben wir es hier zu tun. Welche Arten von Migration gibt es? Da haben wir Wirtschaftsmigration, da haben wir Migration durch Flüchtlinge und wir haben auch Migration in unser Sozialsystem. Der Asylbegriff laut der Genfer Flüchtlingskonvention definiert ganz klar, warum einem Menschen Schutz und Hilfe in einem Staat zugedacht werden muss. Wir als Freiheitliche Partei, das sage ich vorweg, bekennen uns ganz klar zu dieser Konvention und zu dieser Art von Asyl. Wenn nämlich eine Person in der Heimat aufgrund seiner Religionszugehörigkeit, seiner Rasse, seiner politischen

Überzeugung, seiner sozialen Stellung verfolgt wird, bedroht wird, dann hat dieser Mensch Asyl zu bekommen. Das ist ganz klar. Das Asylrecht ist ein Gastrecht auf Zeit. Wir erleben es aber in Österreich immer stärker, dass immer mehr Menschen zu uns kommen, die einfach nur in das Sozialsystem einwandern wollen und vom Sozialsystem, das eure Vorfahren, die ältere Generation für uns in Österreich errichtet hat, profitieren wollen. Ein ganz kleines Beispiel aus der Landespolitik Steiermark, wie das mit der Verteilung oft aussieht und wie fehlgeleitet die Asylpolitik ist. In meiner Heimat in der Obersteiermark gibt es eine kleine Gemeinde, Mürzsteg, 600 Einwohner. Da gibt es ein Flüchtlingsheim. Bei diesen 600 Einwohnern werden 200 Asylwerber untergebracht. Da sind Spannungen vorprogrammiert. Die Bevölkerung ist mit ihrem Latein eigentlich am Ende. Die Bevölkerung hat die Nase voll davon. Da ist auch der Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser gefordert einzulenken, weil die Verteilung der Asylwerber ist Länderkompetenz, ganz, ganz wichtig. Zu der These selbst, das mit den Deutschkenntnissen, unterstütze ich voll inhaltlich. Wir haben zwei in diese Richtungen gehende Anträge hier im Landtag, die leider von allen Parteien abgelehnt und schubladiert wurden. Das ist das Eine. Deutsch ist der Schlüssel zur Integration und das zweite Thema sind schon auch die Asylverfahren, dies wurde auch von euch angesprochen, dass die Asylverfahren drastisch beschleunigt werden, denn es muss in maximal drei Monaten möglich sein, zu entscheiden, ob ein Mensch aus den aufgezählten Gründen ein Asylrecht hat oder eben nicht. Das Problem, welches wir oft erleben, dass das fünf, sechs, sieben Jahre dauert, das ist nicht gut, da profitiert weder der Staat noch der Zuwanderer. (*Präsident Ing. Wegscheider: „Bitte um Rededisziplin!“*) Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. Klimt-Weithaler:** Danke Herr Präsident!

Ich habe jetzt eigentlich nicht vorgehabt mich zu melden, aber nachdem der Herr Amesbauer hier jetzt die Freiheitliche Position dargelegt hat, möchte ich darauf hinweisen, dass die These, über die wir reden sollen, eine ganz andere ist. Was mich sehr freut, ist, dass die Jugendlichen, die hier sitzen und die das erarbeitet haben, genau das Gegenteil von dem wollen oder hier einfordern, was sie jetzt in Grundzügen gesagt haben, Herr Kollege Amesbauer. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das wissen ja Sie nicht.“*) In der These steht drinnen, Sie fordern, Sie finden, dass eine bessere Aufklärungsarbeit, sowohl in Bildungsinstitutionen,

als auch in den Medien geleistet werden soll. Das ist die Meinung der jungen anwesenden Menschen. Sie meinen auch, dass das interkulturelle Kindergärten beinhaltet und Schulen. Ich denke, unsere Aufgabe ist es nicht, hier herzugehen und zu sagen, das ist meine Position als Partei, und so und so schaut es im Asylrecht aus. Ich bin überzeugt davon, dass viele der jungen Menschen sich sehr wohl und sehr gut auskennen, sonst könnten sie gar nicht so eine These formulieren. Ich frage mich, und da schließe ich jetzt an die Alexia an, die auch wissen wollte, was mit besseren Deutschkursen gemeint ist. Meine Vermutung ist die, ich habe eine These dazu. Ich weiß, dass es viele Menschen, vor allem in Graz, gibt, die gerne Deutschkurse besuchen möchten, aber es einfach zu wenig Angebot gibt. Das weiß ich. Jetzt ist die Frage, ist das was ihr auch oder was Sie auch gemeint haben? Da würde ich auch um Aufklärung bitten. Ansonsten noch einmal, es geht jetzt darum was die jungen Menschen hier als These haben und über das sollen wir reden und nicht über das was sich die FPÖ oder eine andere Partei zu diesem Thema denkt. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Dann hat sich doch noch zu Wort gemeldet der Klubobmann Dr. Mayer von der FPÖ. Ich erteile ihm das Wort. Bevor Herr Dr. Mayer das Wort erteilt bekommt, darf ich mich bei den jungen Damen und Herren Abgeordneten, vor allem die im Auditorium sitzen, recht herzlich bedanken für die tolle Disziplin, für die wirklich guten Anträge und Thesen die eingebracht worden sind. Wir machen jetzt einen Wechsel hier auf dem Präsidium. Die Frau Präsidentin Ursula Lackner wird den Vorsitz übernehmen und Sie im zweiten Teil oder letzten Drittel, sage ich einmal, durch das Programm führen, könnte man als Moderator sagen, Nein durch die heutige Jugendlandtagssitzung führen. In diesem Sinne herzlichen Dank und Glück auf und viel Erfolg für euch alle. *(Allgemeiner Beifall)*

**LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL:** Danke schön, Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen, werter Jugendlandtag!

Zunächst einmal Eines, ich bin einer Verwechslung unterlegen, ich möchte mich daher bei dem jungen Kollegen von der SJ entschuldigen, das ist meine Schuld. Zweitens, Frau Kollegin Klimt-Weithaler, bitte nicht schulmeistern hier am Rednerpult, das erleben wir hier gerne von der KPÖ. Sie haben vorher auch von Rollenbildern geredet, ich glaube, wir sind schon ganz richtig mit dem Thema worum es hier geht. Es geht um Sprache, das ist etwas ganz Wesentliches. Das Thema ist ja breit, in zwei Minuten kaum zu greifen hier. Aber das Thema Migration, das haben wir bei den Schuldiskussionen jetzt im Rahmen der Graz-Wahl erlebt, ist ein Thema, das den Jugendlichen und den Menschen natürlich schon unter den

Fingernägeln brennt. Es ist auch das, und das glaube ich, dass das unsere nächsten Jahrzehnte prägen wird, also eure und unsere. Das ist auch ein Thema, das man, und das erlebe ich auch immer wieder, mit sehr vielen Linksfraktionen nicht emotionslos und sachlich diskutieren kann. Darum geht es am Ende dieses Tages, dieses Thema muss man sachlich und auch ohne Emotion diskutieren um an eine Lösung zu kommen. Für uns ist Integration – und das sage ich so deutlich – eine Bringschuld, das ist eine Bringschuld von denjenigen, die zu uns in unser Land kommen. Es ist ganz bestimmt keine Holschuld von denjenigen, die hier leben. So viel einmal zur Klarstellung und der Schlüssel ist – und da sind wir uns einig, glaube ich, relativ einig in allen Fraktionen – die Sprache. Der Schlüssel zur Bildung ist schon einmal Sprache, zur Ausbildung ist schon einmal Sprache. Der Schlüssel, dass ich am sozialen Leben teilnehmen kann in Österreich, dass ich die Deutsche Sprache beherrsche. Ohne diesen Schlüssel wird und kann Integration nicht stattfinden. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke Herr Klubobmann. Es hat sich jetzt noch eine Wortmeldung ergeben. Herr Abgeordneter Max Lercher.

**LTAbg. Lercher:** Danke Frau Präsidentin, lieber Jugendlandtag!

Natürlich ist die Thematik eine differenzierte, aber wenn man auf Sprache aufbaut, dann muss man einmal eine Sprache erlernt haben. Wenn ich Zuwanderinnen und Zuwanderer habe, dann muss ich ihnen ermöglichen, dass sie Deutsch in vollem Umfang erlernen, dass sie ihre Muttersprache, die sie ja dann noch haben, wenn sie herkommen ab einem gewissen Alter, auch erlernen können, damit ich auch dann wirklich auf Deutsch aufbauen kann. Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen haben wir heute im großen Maße hier, ich glaube, ihr werdet auch genau in diese Richtung unterrichtet, weil es wichtig ist, dass man einmal einen Grundstock erlernt um darauf aufzubauen. Dann appelliere ich daran, dass wir zwischen Zuwanderung und Asyl unterscheiden. Weil es ist etwas anderes, es sind zwei verschiedene Themen und das ist sehr wichtig, das auch so zu betrachten. Integration kann meiner Meinung nach nur passieren, wenn man Integration ermöglicht. Das ist für mich Hol- und Bringschuld, beides in gleichem Maße. Weil wenn ich mit einem Menschen rede, der mich für einen kompletten – Entschuldigung, wenn ich das jetzt so sage - Idioten hält und er kein Wort mit mir wechselt, werde ich nie mit ihm zusammen kommen. Das ist das Plakativ. Beide müssen bereit sein miteinander zu kommunizieren, damit man weiter kommt in einer Gesellschaft. Nur an das appelliere ich. So kann nur Integration funktionieren und so müssen wir es betreiben. Der Rest wurde, glaube ich, ausführlich dargelegt. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Herr Kollege Abgeordneter Lercher. Jetzt sehe ich eine weitere Wortmeldung bei dir Frau Landesrätin oder nach der Diskussion. (*Landesrätin Mag. Grossmann:* „Nach der Diskussion.“) Gut, dann hat der Herr Moderator mit dem Mikrofon nun Zeit, um die Wortmeldungen einzuholen.

**Moderator Thomas Moik:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. Zeit ist relativ. An und für sich sollten wir jetzt schon mit der vierten These von diesem Bereich fertig sein. Es sind aber zwei Fragen an die Jugendlichen gestellt worden. Ich glaube, die sollte die Gruppe auch beantworten, die die These formuliert hat. Lina möchtest du gleich etwas dazu sagen? Ich rufe die zwei Fragen noch einmal in Erinnerung. Warum lautet der Text Migrantinnen und Migranten und Österreicher und Österreicherinnen? Die zweite Frage ist: Was meint ihr mit besseren Deutschkursen?

**Lina Erlacher:** Ich wollte nur sagen, Menschen teilt man nicht in Rassen ein. (*Allgemeiner Beifall*)

**Moderator Thomas Moik:** Gibt es aus der Gruppe jetzt noch jemanden? Ja, Danke.

**Lisa Steingruber:** Also mit den Deutschkursen haben wir eigentlich gedacht, wie schon gesagt, man kann keine Sprache alleine lernen. Man braucht die Hilfe und Unterstützung und man muss gefordert werden. Vor allem wenn man schon älter ist, dann lernt man eine Sprache nicht mehr so gut wie Jugendliche. Genau da fehlt es oft an der Förderung. (*LTAbg. Klimt-Weithaler:* „Also ein größeres Angebot?“) Genau.

**Moderator Thomas Moik:** Danke. Die eine Frage ist damit beantwortet. Will noch wer aus eurer Gruppe etwas sagen, warum der Text lautet: Migrantinnen und Migranten bzw. Österreicher und Österreicherinnen, Melissa.

**Melissa Niederl:** Ich wollte nur sagen, es geht jetzt nicht um Parteien, die etwas vertreten, sondern es sind unsere Anliegen. Es sind viele hier im Raum die unparteiisch sind, es geht einfach um unsere Anliegen. Wir haben die verschiedensten Aspekte und Meinungen der Parteien berücksichtigt in diesem Punkt, weil es eben verschiedene gibt. Zu den Deutschkursen: Sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund, oder Migranten, sowohl Asylwerber als auch Zuwanderer wollen Deutsch lernen. Das ist Tatsache. Es gibt auch viele,

die das nicht wollen, aber die die das wollen, haben manchmal nicht die Möglichkeit dazu. Es sollte dadurch besser aufgeteilt werden, dass eben mehr die Möglichkeit haben, Deutsch zu lernen, wenn sie das wollen. Die meisten Deutschkurse sind auch sehr teuer. Das ist Tatsache. Das Deutsch was dort erlernt wird, ist meistens nicht für den Alltag zu gebrauchen. Man sollte einfach umfangreichere Deutschkurse anbieten. Das ist meine Meinung. Gemeint ist mit Migranten und Migrantinnen, einfach sozusagen, wie wir sie sehen Ausländer, nicht Österreicher mit Migrationshintergrund, sondern Ausländer. Was nicht angesprochen worden ist, was ich noch einmal sagen möchte, das ist das Asylverfahren. Ich habe schon vieles gehört über Asylwerber und wie die leben. Die leben meistens tatsächlich, so wie in KZ's - Entschuldigung, dass ich das sage. Die haben keinen Platz, die haben keine Lebensqualität. Ich finde das einfach schade, weil die kommen, aus welchen Gründen auch immer zu uns, suchen Hilfe, haben Hoffnung auf ein besseres Leben und werden dann so behandelt. Ich finde das ungerecht. *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Danke Melissa für die ergänzende Wortmeldung. Noch dazu, ich glaube zur Wortwahl Migrantinnen und Migranten bzw. Österreicher und Österreicherinnen, das war vielleicht in der Kürze der Zeit noch besser oder noch unmissverständlicher zu formulieren. Da ist kein spezieller Hintergedanke dahinter gewesen, eine Unterscheidung dadurch herbeizuführen. Gut, Danke. Zu diesem Themenkomplex haben wir auch unsere Ergänzungen angefügt und ich darf bitten, dass wir mit der letzten These weitermachen.

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Herr Moik. Eine Wortmeldung gibt es aber noch von der Landesrätin Mag. Elisabeth Grossmann.

**Landesrätin Mag. Grossmann:** Ich möchte es ganz kurz machen, nachdem Abgeordnete Getzinger und Max Lercher sehr fundiert Stellung genommen haben, auch zum Thema. Aber weil auch das Asylverfahren angesprochen worden ist. Ja, ich bin auch für eine Verkürzung der Verfahren, das möchte ich nur der Vollständigkeit halber angemerkt haben. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Landesrätin. Eine Wortmeldung liegt jetzt nicht mehr vor. Ich danke an dieser Stelle allen Rednerinnen und Rednern und darf wie schon von Herrn Moik angerissen, zum letzten Thema des heutigen Jugendlandtages kommen.



### 3. Thema „Soziales - These 4: Im Kindergarten beginnt’s“.

Berichterstatterin ist Tanja Schnalzer.

**Schnalzer Tanja:** Danke, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren. Ich freue mich und bedanke mich recht herzlich, Ihnen unsere Anliegen zum Thema Kindergarten nahebringen zu dürfen. Wir empfinden es als ungerecht, dass man als Kindergartenpädagogin/Kindergartenpädagoge für die Arbeit einen zu geringen Lohn bekommt. Für eine so wichtige Arbeit mit der Generation der Zukunft ist das derzeitige Gehalt unfair und nicht gerechtfertigt. Zusätzlich wäre es wichtig, die Arbeit transparenter zu gestalten, damit sie einen anerkannten Stellenwert in der Gesellschaft erhält. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke schön. Es gibt jetzt wieder die Möglichkeit, weitere Wortmeldungen dazu abzugeben und Ergänzungen wie Sie es für wichtig und richtig erachten. Eine habe ich schon, nämlich von der Berichterstatterin Frau Schnalzer. Darf ich Sie noch einmal nach vor zum Rednerpult bitten oder nicht. Doch, Frau Schnalzer.

**Schnalzer Tanja:** Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Kindergarten ist außerdem der erste Ort an dem wichtige gesellschaftliche Inhalte wie Integration von Migranten und Menschen mit besonderen Bedürfnissen vermittelt werden. Danke schön. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Kreis der Jugendlichen, frage ich jetzt einmal. Wenn nicht, dann hat sich die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler als Erste gemeldet. Bitte.

**LTAbsg. Klimt-Weithaler:** Mein zweites Lieblingsthema nach den Frauen, die KindergartenpädagogInnen. *(Allgemeiner Beifall)* Ich bin selber Kindergartenpädagogin, darum darf ich das sagen. Der Antrag spricht mir aus dem Herzen, oder diese These, jetzt sind wir schon so drinnen im Jugendlandtag, dass es für mich schon ein Antrag ist. Diese These, weil ich das einfach zu 100 % teile, die Frage ist nur, wie gehen wir innerhalb des Landtages damit um? Das halte ich für ganz, ganz wichtig, das in diesen Unterausschuss mitzunehmen und zu überlegen, was kann man denn da an den Bund richten? Weil eigentlich sind die ja

zuständig und wir wissen, dass eine Petition an den Bund nicht unbedingt dann gleich ein sehr rasches Lösungsergebnis bringt. Ein Ansatz, den man weiter verfolgen muss ist, es wird ja bereits diskutiert, eine gemeinsame Ausbildung aller Pädagogen und Pädagoginnen zu machen. Wo man von der Kinderkrippe, von den KleinkindpädagogInnen hin bis zu den AHS-Lehrern und -Lehrerinnen diese pädagogische Ausbildung ändert. Das wäre an der Zeit, denn immerhin sind wir die letzten auf europäischer Ebene, die diese Ausbildung noch so gestaffelt haben. Aus dem resultiert ja auch die Tatsache, dass eben KleinkindpädagogInnen, also Menschen die mit Krippenkindern und Kindergartenkindern arbeiten, so wenig verdienen. Das hat etwas mit der Wertschätzung zu tun. Meine große Bitte, ich habe da vorher schon getratscht mit dem Kollegen Rinner, wie er noch da war. Ich habe ihn gefragt, ob er weiß, was der Stand auf Bundesebene ist. Er sag: Na, wir wollen eh.“ aber viel kann er noch nicht sagen. Ich möchte hier noch einmal wirklich aus tiefster Überzeugung sagen, wenn die KindergartenpädagogInnen bei dieser neu geplanten Ausbildung wieder nicht dabei sind, dann haben wir – das Wort darf ich nicht sagen, sonst bekomme ich einen Ordnungsruf – dann haben wir es wieder nicht richtig gemacht. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke Frau Klubobfrau. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Barbara Riener von der ÖVP.

**LTAbsg. Riener:** Danke, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landesrätin, Herr Landesrat ist verschwunden, werte Kolleginnen und Kollegen des Jugendlandtages und des Landtages, werte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Ich kann mich der Claudia Klimt-Weithaler nur anschließen. Ich halte es auch für schön langsam unerträglich. Wir wissen inzwischen über so viele wissenschaftliche Forschungen, wie wichtig die ersten Jahre eines Kindes sind. Wir haben immer gesagt, die ersten vier Jahre, und da fällt auf jeden Fall der Kindergarten jetzt mit hinein. Aber es gehört ein Umdenken in alle Köpfe, dass der Kindergarten nicht nur ein Ersatz für die Elternarbeit sondern pädagogische Arbeit ist. In diesem Zusammenhang hoffe ich auch, dass Verantwortliche auf nationaler Ebene das erkennen und in einem Modulsystem eine Ausbildung kreieren, wo dann mit einer gemeinsamen Basisausbildung in modulhafter Steigerung dann die Differenzierung vorgenommen wird zur Volksschule, zur Hauptschule und zur AHS. Aber da brauchen wir auch einen Barriereabbau in unseren Köpfen, auch in der Gewerkschaft, dass nicht die AHS-Lehrer auf die Hauptschullehrer, Pflichtschullehrer und Volksschullehrer herunterschauen und auch nicht die Lehrerschaft auf die Kindergartenpädagoginnen und

Kindergartenpädagogen. In diesem Sinne bitte ich alle die in maßgeblichen Stellen sind, auch in der Gewerkschaft, alles daran zu setzen, dass wir sehen, ein Bildungssystem ist einheitlich zu betrachten. Mein Problem in der Politik ist schön langsam, ich bin jetzt seit Dezember 2002 dabei, wir haben so komplexe Systeme und ich erlebe immer weniger Menschen, die diese komplexen Systeme wirklich erkennen können. Ob es in den Fachwelten ist, ob es in der Industrie ist, oder in der Politik. Das sage ich wirklich sehr im Sinne von mea culpa. Wir sollten vielmehr die Komplexität erkennen können. In diesem Sinne kann ich das nur unterstützen und hoffe, dass wir alle in diesem Sinne auf einen guten Weg kommen. Danke.  
*(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Abgeordnete. Eine weitere Wortmeldung aus dem Plenum sehe ich jetzt nicht. Frau Landesrätin Mag. Elisabeth Grossmann hat sich zu Wort gemeldet.

**Landesrätin Mag. Grossmann:** Die Anforderungen, die an Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen gestellt werden, sind immens hoch. Da werden die Grundsteine gelegt für die ganze Bildungslaufbahn eines jungen Menschen. Also, die Anforderungen sind unglaublich hoch, die an Sie gestellt werden. Da meine ich, diese Anforderungen würden wirklich eine akademische Ausbildung verdienen, das würde Ihnen auch zustehen und dahin gehend gibt es auch Bemühungen. Dann natürlich wäre es auch an der Zeit, das Gehaltsniveau entsprechend anzupassen. Derzeit haben wir, das ist auch von Abgeordneter Riener sehr treffend formuliert worden, ein sehr stark hierarchische System, das eigentlich völlig verkehrt aufgezogen ist. Denn die schwierigsten Anforderungen sind in der Lebensphase der Jüngsten gestellt. Hier ist es sicherlich am schwersten und am anspruchsvollsten, pädagogisch zu wirken, denn hier sind die pädagogischen Leistungen sicher am nachhaltigsten. Natürlich sind alle anderen Stufen auch qualitativ hochwertig, aber hier wird die Basis gelegt, auf die die anderen aufsetzen können. Das Bildungssystem sollten wir wirklich in der Gesamtheit betrachten und hier nicht die Bereiche so unterschiedlich werten, wie das jetzt der Fall ist, mit den Ausbildungssystemen, mit den Besoldungssystemen und was es da alles so gibt. Da bräuchten wir dringend ein Bildungssystem aus einem Guss, ein Bildungssystem, das den höchsten Anforderungen auch gerecht wird. Das möchte ich dazu sagen und mir ist es aber auch wichtig, nicht nur über das Gehalt zu reden, das ist ein kleiner Teilaspekt. Wichtig sind mir auch die Rahmenbedingungen für Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen. Hier sind wir in der Steiermark sicherlich österreichweit führend, wir bieten hier die besten

Rahmenbedingungen, mit Vorbereitungszeiten, auch die räumlichen Anforderungen an unsere Kindergärten und Krippen sind sehr hoch. Hier müssen hohe Anforderungen erfüllt werden seitens der Gemeinden, seitens der Erhalter. Das hat auch seinen Grund, weil Kinder sollten sich ja auch bestmöglich entfalten können. Also hier sind wir österreichweit sicherlich führend, deshalb schauen andere Bundesländer auch immer wieder auf uns, wie wir das machen und trotzdem sage ich, wir brauchen österreichweit bestmögliche Bedingungen. Denn wir brauchen ein gutes, qualitativ hochwertiges Bildungssystem vom Bodensee bis zum Neusiedlersee. Da darf es aber keine Nivellierung nach unten geben, dass wir uns nach unten angleichen, wir müssen uns auf höchstem Niveau angleichen und dieses Niveau idealerweise auch noch einmal steigern. Darum bemühe ich mich in verschiedensten Verhandlungen, beim Jugendschutz wie gesagt, ist ja jetzt einiges gelungen. Vielleicht gelingt es uns auch beim Bildungssystem. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Landesrätin. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jetzt darf ich wieder zum Herrn Moik schauen und um die Einholung von Wortmeldungen für eine Diskussion ersuchen.

**Moderator Thomas Moik:** Vielen Dank. Ich glaube die These ist ohnehin auch sehr gut angenommen worden. Ich schaue in die Runde der sehr aktiven Kindergartenschüler und –schülerinnen, ob es noch eine Unterstreichung oder Ergänzung dazu gibt. Die Melissa Niederl möchte noch einmal was dazu sagen.

**Melissa Niederl:** Was ich noch sagen wollte, Sie kennen sicher alle das Sprichwort: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ Die ersten paar Jahre von einem Kind sind die wichtigsten für das Leben. Das prägt das Kind. Was das Kind hier an Kompetenzen nicht erwirbt, wird es im späteren Leben nicht mehr so leicht wieder lernen. Viele Menschen sind der Meinung, dass wir Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen nichts anderes tun, als auf ihre Kinder aufzupassen. Das stimmt nicht, das stimmt überhaupt nicht. Wir haben einen Bildungsauftrag, wir haben Verpflichtung, wir haben Auflagen. Wir müssen den Kindern einen Grundstein legen für das weitere Leben. Das ist überhaupt nicht gerechtfertigt, dass man sagt: Okay, das passt euch euer Gehalt, ich weiß zwar nicht warum ihr fünf Jahre Schule geht für das, weil ihr spielt eigentlich nur mit den Kindern. Das ist meiner Meinung nach nicht gerechtfertigt. *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Vielen Dank, sehr schön zu sehen, wie aktiv und ernst ihr eure Rolle nehmt und das auch hier im Landtag vorbringt. Wir sind mit dem Bereich „Soziales“ damit fertig und gehen über zum Themenbereich „Lebensumfeld“, wo noch vier Thesen vorbereitet sind.

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Herr Moik. Die Überleitung hat stattgefunden.

#### **4. Thema „Lebensumfeld - These 2:“ Öffentliche Mobilität“.**

Berichterstatterin ist Beate Gössinger. Ich darf Sie nach vor bitten.

**Beate Gössinger:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Da Mobilität für uns Jugendliche immer wichtiger wird, um unabhängig von unseren Eltern zu sein und trotzdem die immer vielfältiger werdenden Bildungs- und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten zu erreichen, ist es uns ein Anliegen, dass zum einen die Fahrkarten für Langstrecken und Strecken am Land günstiger werden, sowie zum anderen bedarfsgerechtere Verbindungen eingerichtet werden. Zum Beispiel soll zu Stoßzeiten der Takt erhöht werden bzw. sind auch die Preise für Schüler und Studenten nicht leistbar. Auch in der Nacht sollen im Dienste der Verkehrssicherheit mehr Möglichkeiten geboten werden, öffentlich nach Hause zu kommen. Weiters wollen wir, dass am Land durch die Verwendung von Kleinbussen der Weiterbetrieb schwach frequentierter Linien ermöglicht wird. (Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Gössinger für diese Berichterstattung. Jetzt haben Sie wieder die Möglichkeit Ergänzungen und weiter Wortmeldungen vorzubringen. Eine liegt mir schon vor. Clara Neuhold, ich darf Sie zum Rednerpult bitten.

**Clara Neuhold:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Dem möchte ich noch hinzufügen, dass das 101Plus-Ticket auch in den Sommerferien gelten sollte. (Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke für diese Wortmeldung. Eine weitere Wortmeldung sehe ich gerade. Frau Abgeordnete MMag. Eibinger.

**LTabg. MMag. Eibinger:** Danke, Frau Präsidentin, hoher Jugendlandtag!

Wir sind uns hier im Haus als Abgeordnete dieses Themas schon bewusst. Wir sind uns bewusst, dass es wichtig ist, die Jugendmobilität in den Regionen zu gewährleisten, weil ihr seid es ja, die vor allem auf die öffentlichen Verkehrsmittel in der Region angewiesen sind. Ihr braucht sie, wenn ihr in die Schule wollt, an den Arbeitsplatz oder auch am Abend in die Disco. Das ist nun einmal so. Es gibt da schon viele Einzelinitiativen in den Regionen. Aber uns ist es wichtig, dass man da auch eine Strategie für die ganze Steiermark dahinter legt. Dass das ein ganz großes Konzept für das Land wird, und wir haben es deswegen einerseits in unserer Jugendstrategie des Landes aufgenommen, das Thema Jugendmobilität, wir haben als ÖVP und SPÖ gemeinsam schon einen Antrag eingebracht. Dass wir Konzepte zur Jugendmobilität erarbeiten wollen im Land Steiermark und es gibt dazu bereits einen Unterausschuss, der die Verhandlungen zu diesem Thema aufnehmen wird. Eure These die ihr heute bringt, bestärkt uns darin, dass wir dieses Thema jetzt wirklich angehen müssen.  
*(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Max Lercher.

**LTabg. Lercher:** Frau Präsidentin, hoher Jugendlandtag!

Die Kollegin Eibinger hat jetzt schon viele wichtige und richtige Dinge erwähnt zu diesem Thema. Vielleicht auch, damit ihr seht um was es bemüht worden ist. In der letzten Legislaturperiode wurde ein Antrag beschlossen für die Tarifiermäßigungen für Jugendliche unter 19 Jahren. Das muss man jetzt auch sagen, auch vom Ressort Kurzmann mit der Beteiligung der FPÖ wurde dieser Antrag umgesetzt und die Tarife in der Steiermark wurden für Jugendliche unter 19 Jahren jetzt schon um 45 % verringert. Das ist der erste Punkt. Das war der Ausgangspunkt, auch für unsere Jugendmobilitätsinitiative des Landtages. Die zweite Geschichte ist, ich bitte euch, wenn wir vorher auch von Facharbeiterinnen und Facharbeitern geredet haben, dass wir jetzt auch die Lehrlinge mitnehmen für die Tarifiermäßigung, weil die sind im Antrag von euch nicht drinnen. Der zweite Punkt war, wir haben dann einen Antrag der Jugendmobilität entworfen, der „sieben Steirischen Großregionen“ heißt. Dies bedeutet, die Steiermark ist flächenmäßig ein so großes Land mit unterschiedlichsten Herausforderungen. Wir haben in Graz eine vollkommen andere Situation bei öffentlicher Mobilität wie zum Beispiel im Bezirk Liezen. Da geht es jetzt darum, nach Großregion Förderinstrumente zu finden, um einzelne Jugendmobilitätsinitiativen zu fördern, auszubauen,

aber auch gemeinsam zu verwirklichen. Da geht es mir vor allem aber auch darum, dass zum Beispiel die Betriebsstätten bzw. die Wirte, aber auch die Discobetreiber, ein wenig in die Pflicht genommen werden, weil die gerade im jugendkulturellen Bereich, wenn man am Abend unterwegs ist, auch eine Aufgabe haben, dass ihre Gäste sicher nach Hause kommen, bzw. dass ihr sicher seid, und dass die Jugendlichen natürlich nicht alkoholisiert in Fahrzeuge einsteigen. Der dritte Punkt, das ist jetzt etwas Neues, wo wir uns draufhauen müssen, das was der Sache sehr dienlich wäre, das ist dieses Top-Jugendticket. Es gibt nämlich in Wien, Niederösterreich und Burgenland, glaube ich, jetzt schon das Top-Jugendticket. Das bedeutet um 59 Euro im Jahr können SchülerInnen und Lehrlinge mit allen Verkehrslinien fahren. Da bin ich dafür, dass wir in der Steiermark schauen, dass dieses Projekt über den Bundesminister Mitterlehner ausgeweitet wird. Auch auf die Steiermark, damit wir auch in der Steiermark ein Ticket haben, für 59 Euro im Jahr, wo die Jugendlichen dann das ganze Jahr preisgünstig fahren können. Mit der Jugendmobilitätsoffensive des Unterausschusses hoffe ich, dass wir dann bei den Takten auch in den Regionen weiterkommen und dann haben wir, glaube ich, eine ziemlich runde Geschichte. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke Herr Abgeordneter Lercher. Jetzt liegt im Moment keine Wortmeldung vor. Bevor wir zur Diskussion kommen, meldet sich in der Regierungsbank wieder die Frau Landesrätin. Bitte.

**Landesrätin Mag. Grossmann:** Zu eurer Information, die Verhandlungen laufen, ich bin jetzt nicht ressortzuständig dafür. Max Lercher hat es angesprochen, dieses ostösterreichische Ticket sollte auch auf die Steiermark ausgedehnt werden, das habe ich auch schon verlangt vom zuständigen Minister Mitterlehner. Wie gesagt, die Verhandlungen laufen, schauen wir einmal ob es hier auch zu einem positiven Ergebnis kommt. Jedenfalls ist es aber in der Steiermark gelungen, ein ermäßigtes

Öffi-Ticket im Ausmaß von minus 40 % zu erreichen. Das war auch eine langjährige Forderung, das ist uns geglückt und wir werden da sicherlich auch weiter dran bleiben, dass die Steiermark auch an diesen österreichweiten Öffi-Ticket, österreichweit ist es ja noch nicht, die ostösterreichischen Bundesländer haben es, aber dass wir hier auch teilnehmen können. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke Frau Landesrätin. Der Herr Moik hat das Mikro in der Hand. Ich bitte um die Einholung von anderen, weiteren Wortmeldungen.

**Moderator Thomas Moik:** Danke. Für die These schaut es sehr gut aus. Es gibt breite Zustimmung. Es gibt noch Ergänzungen. Bitte, das Mikro ist bei der Melissa.

**Melissa Niederl:** Also ich würde, dass in den Sommerferien unter 15 Jahren gratis fahren kann, bis 18 Jahre ausweiten. Das ist eigentlich total unfair.

**Moderator Thomas Moik:** Danke. Ich darf noch um eine Stimme ergänzen, die Wortmeldung kam von Clemens Joham.

**Clemens Joham:** Ich wollte auch noch sagen, dass ich es total wichtig finde, dass die Busse regelmäßig auf das Land rausfahren, weil es gibt so viele Jugendliche, die schon außerhalb von Graz wohnen und die Busse fahren nicht wirklich regelmäßig. (Allgemeiner Beifall)

**Moderator Thomas Moik:** Danke. Ich darf da anfangen, weil die Hand war schon etwas früher oben. Die Melissa Niederl.

**Melissa Niederl:** Wich möchte zu diesem Thema sagen, es sollte auch Anschlussmöglichkeiten für alle Schüler geben, dass sie nach Hause kommen. Das ist teilweise nicht gegeben, vor allem bei uns am Land. Es gibt Schüler die nicht nach Hause kommen, die zum Beispiel mit dem Auto nach Hause fahren müssen, weil sie einen Führerschein haben, oder halt abgeholt werden müssen. Ich habe zum Beispiel eine Freundin, die am Berg oben wohnt und eine halbe Stunden nach Spielfeld fährt und dann muss sie noch einmal eine viertel Stunde nach Mureck fahren. Wie wäre es vielleicht mit einer Pendlerpauschale für SchülerInnen, die keine andere Möglichkeit haben. Ich finde, das wäre auch etwas Gutes, sicher für SchülerInnen die keine andere Möglichkeit haben. Was ich noch sagen möchte, es ist schwer, wenn man nach der zehnten Stunde, also um fünf Uhr aus hat und zu einem Ort fährt, und dort auf die Eltern warten muss, weil die wieder eine halbe Stunden fahren müssen. Es sollte geregelter werden, der Verkehr mit den Bussen und Zügen, weil es gibt wirklich Schüler, die dann nicht mehr nach Hause kommen. Die stehen dann irgendwo, weil die Busse nicht mehr weiterfahren und die Kleinbusse tauchen einfach nicht auf und die Eltern müssen dann wieder aushelfen. Ich finde, das sollte besser geregelt werden. (Allgemeiner Beifall)



**Clara Neuhold:** Ich wollte nur noch einmal auf das eingehen, was Clemens eben gesagt hat. Eben das mit dem 101Plus-Ticket, das ist das, was wir uns dabei gedacht haben. Dass Schüler, die älter als 14 sind, auch in den Sommerferien gratis fahren können, damit das Ticket noch gilt, weil das jetzt nur bis 14 Jahre gilt und dann zahlt man 1,10 Euro pro Fahrt, also pro Stunde. *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Vielen Dank, jetzt geht es Schlag auf Schlag. Selina Knoll.

**Selina Knoll:** Ich würde mir einfach Folgendes wünschen. Jetzt wird hauptsächlich über die Stadt geredet, aber wir kommen aus einem eher ländlicheren Bereich. Es wird immer mehr in der Stadt ausgebaut, aber auf uns am Land wird immer mehr vergessen. *(Allgemeiner Beifall)* Es gibt genug Gräben, wo der letzte Bus um fünf Uhr rein fährt und nach fünf Uhr hat man keine Chance öffentlich wo hinzukommen und dass weniger in der Stadt ausgebaut wird und wieder mehr auf das Land geschaut wird. *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Du meinst fünf Uhr im Sinne von 17.00 Uhr oder? *(Selina Knoll: „Ja, ja.“)* Okay. Gibt es noch eine weitere Anfrage? Ja, von der Maria Natter.

**Maria Natter:** Ich wohne in Seiersberg, am Gedersberg besser gesagt, und da ist es auch so, dass bei uns der Bus nur jede halbe Stunde fährt und am Sonntag auch gar nicht, obwohl ich eigentlich nur fünf Minuten weg von Graz wohne. Also man sieht auch da schon die großen Unterschiede. *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Vielen Dank. Da haben wir jetzt eine ganze Reihe gehabt. Ich glaube, damit ist es für euch gut abgedeckt. Wir können weitermachen mit dem nächsten Thema. Danke.

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke schön. Das bedeutet, wir kommen zum

#### **4. Thema „Lebensumfeld - These 3“: Gemeindefestaltung“.**

Berichterstatter ist Andreas Schattleitner. Ich darf Sie zum Mikrophon bitten.

**Andreas Schattleitner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Landesräte, sehr geehrter Herr Abgeordnete!

Wir haben das Thema Gemeindestrukturreform und ich möchte bitten, dass das Anliegen gut beachtet wird, weil das derzeit ein großes Thema ist. In der Gemeindestrukturreform ist schon viel geschehen, aber es wird weiter daran gearbeitet. Aus unserer Themengruppe wissen wir, dass es bei diesem Thema viele unterschiedliche Meinungen gibt und Emotionen eine große Rolle spielen. Unser Anliegen ist, dass bestimmte Zusammenlegungen weiter überdacht und eventuell verringert werden. Das Problem der Zusammenlegungen ist, dass meist größere Gemeinden darauf hoffen, ihre Schulden durch Zusammenlegungen abgeben zu können. Wir denken, es ist sinnvoller, dass Gemeinden ohne Fusion zusammenhalten, wie zum Beispiel bei Mülldeponien und Arbeiten in den Gemeinden. Bei geplanten Fusionen von Gemeinden sollten die Finanzen offen gelegt werden. Wichtig ist die Einbeziehung der Bewohner der betroffenen Gemeinden. Auch bei den Kleinschulen sollte mehrmals überlegt werden, ob nicht der neue Schulbeitrag oder anderwärtiges teurer wird als die Schließung. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Herr Schattleitner. Wieder die Möglichkeit, Ergänzungen, Wortmeldungen vorzubringen. Eine habe ich schon wieder hier zu verlesen, nämlich die von Julia Reiner:

**Julia Reiner:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Dem möchte ich hinzufügen, dass das Wichtigste ist, dass die Bevölkerung dafür ist und dass die Bevölkerung damit einverstanden ist, was mit ihrer Gemeinde passieren wird. Denn keiner, der nicht damit direkt konfrontiert ist, kann sich vorstellen, mit wie vielen Ängsten die betroffenen Gemeinden zu kämpfen haben. Und eine Zwangsfusion ist mit Sicherheit keine Lösung. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Bravo!“*). (*Allgemeiner Beifall*).

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Reiner! Inzwischen sind zwei Wortmeldungen eingelangt, Frau Abgeordnete Renate Bauer, bitte!

**LTabg. Bauer:** Ja, danke, Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Jugendliche!

Ich muss jetzt vorweg einmal sagen, ich bin total begeistert, dass ihr euch auch des Themas Gemeindestrukturreform angenommen habt und so kann ich nur sagen, es wurde heute schon sehr viel auch über die Politikverdrossenheit der Jugendlichen diskutiert. Für mich ist das das

lebende Beispiel, so wie unser Landeshauptmann heute eingangs schon gesagt hat, dass das überhaupt nicht stimmt und ich auch in meiner eigenen Gemeinde ganz andere Rückmeldungen bekomme. Nun um kurz zur Gemeindestrukturreform Stellung zu nehmen, meiner Vorrednerin kann ich nur sagen, ich gebe Ihnen, ich gebe dir, hundertprozentig Recht, die Ängste und Sorgen der Bevölkerung müssen ernst genommen werden. Eines ist aber klar und müssen wir uns auch vor Augen halten, dass die Aufgaben der Gemeinden immer mehr werden, immer größer werden und leider sich nicht mehr alle Gemeinden die Selbstständigkeit leisten können und so sind Zusammenlegungen sicher auch in Ihrem, in eurem Sinne, denn so, wie es die Frau Landesrätin Vollath heute in ihrer Wortmeldung schon gesagt hat, das Land Steiermark hat finanziell nichts von einer Gemeindezusammenlegung bzw. sie spart sich damit kein Geld. Grund der Gemeindezusammenlegungen ist ganz einfach die Gemeinden zu stärken, die Infrastruktur in den Gemeinden zu stärken und auszubauen, vor allem im Sinne unserer Jugend. Ich glaube, da kann man so viele Themen nehmen, wie vorher der öffentliche Verkehr, Gemeinden müssen mit bezahlen für den öffentlichen Verkehr, leider ist nicht jede Gemeinde im Stande, dies zu bezahlen. Ich weiß, wie schwierig es oft ist Jugendeinrichtungen in den Gemeinden zu installieren, zu finanzieren und ich bin überzeugt, dass für die Jugendlichen das kein Problem ist, wenn es jetzt z. B. ein Jugendzentrum für ein, zwei oder drei Gemeinden zusammen gibt. Wichtig, und die Hauptsache, es gibt sie und es gibt ein Angebot. Und es ist auch angesprochen worden, man sollte zum Thema Mülldeponien und Arbeiten in den Gemeinden zusammen arbeiten, da gebe ich euch hundertprozentig Recht, nur das alleine ist leider bei vielen zu wenig, das reicht nicht. Und wenn ihr auch angesprochen habt, die großen Gemeinden wollen ihre Schulden abgeben, das Wichtigste bei dieser ganz sensiblen und natürlich auch sehr emotionalen Thematik ist, egal ob große Gemeinde, ob kleine Gemeinde, dass man auf Augenhöhe verhandelt und natürlich auch die Bevölkerung mit einbezieht und die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst nimmt. Ich möchte da an Sie als Jugendliche noch einmal appellieren, wir haben heute auch das Thema Jugendgemeinderat bereits besprochen, bringt euch ein, auch zu diesem Thema in euren Gemeinden, wo immer ihr zu Hause seid und fordert einfach die Jugendbeteiligung ein. Alles Gute. Vielen Dank. (*Allgemeiner Beifall*).

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Abgeordnete Bauer! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hubert Lang!

**LTabg. Hubert Lang:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Jugendliche!

Ich habe mich heute in einer Wortmeldung dazu geäußert. Wenn man Entscheidungen trifft, man sollte unbedingt davor die Jugend fragen. Ich war mit dem Thema Gemeindestrukturreform in den letzten Wochen, Monaten, das ganze laufende Jahr, sehr intensiv beschäftigt, mich mit Jugendlichen zu unterhalten, wie sie das Thema „Gemeindestruktur“, „Gemeindegrenzen“ sehen. Und sehr oft wurde mir die Frage gestellt, wozu haben wir überhaupt Gemeindegrenzen? Zu meinem Erstaunen wurde das damit begründet, ich will die gleiche Gemeindegebühr oder die gleiche Kanalgebühr bezahlen wie die Nachbargemeinde, ich will nicht mehr oder nicht weniger bezahlen. Eine Begründung dazu, ich will den kürzesten Weg zur Mülldeponie fahren und nicht den weiteren Weg, nur weil sie in meiner Gemeinde ist. Auch eine Begründung dazu, wenn ich einen Antrag in der Gemeinde oder eine Auskunft brauche, dann will ich zu dieser Person fahren, die dazu die Fachkompetenz hat, das kann nicht von meinem Gemeindeamt abhängig sein, sondern ich will dorthin fahren, wo ich die richtige Auskunft bekomme. Ich habe mich in meiner Wortmeldung jetzt ganz bewusst kurz gehalten, denn ich bitte um eine breite Diskussion zu diesem Thema. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler!

**LTabg. Klimt-Weithaler:** Danke, Frau Präsidentin!

Ich glaube, das ist wirklich so ziemlich das heißeste Eisen, das ihr damit angegriffen habt, weil das uns im Landtag hier sehr stark beschäftigt. Mir gefällt die These sehr gut, weil sie in Wahrheit auch die Position meiner Fraktion widerspiegelt. Dass Gemeinden, die nebeneinander liegen, gut miteinander kooperieren, da wird niemand etwas dagegen haben und das funktioniert ja in vielen Gemeinden bereits auch schon. Aber es sollte natürlich nach so einer Strukturreform, und da kann man jetzt politisch darüber diskutieren, ob man das für sinnvoll erachtet oder nicht, aber wenn man zu dem Entschluss mehrheitlich kommt, es soll eine Strukturreform geben, muss natürlich unter dem Strich klar sein, dass für die Bevölkerung durch eine Fusionierung keine Nachteile entstehen. Ich glaube, das ist ja auch das, was so in eurer These sehr stark heraus kommt. Ich möchte ein Beispiel dazu nennen, wo meine Sorge liegt. Den Gemeindestrukturreformbewegungen vorangegangen ist eine Bezirkszusammenlegung und es gibt einen speziellen Bezirk, wo das schon lange passiert ist,

das ist der Bezirk Murtal, der sich früher aus den beiden Bezirken Judenburg und Knittelfeld zusammengesetzt hat. Was meine ich jetzt damit, es darf zu keinen Verschlechterungen kommen. Es war dort so, dass bei Ferienaktionen, wenn Kinder in Ferienaktionen gefahren sind, der Bezirk Judenburg schon lange keine Zuschüsse mehr ausgezahlt hat für Familien, die einkommensschwach waren. Die haben das irgendwann einmal abgeschafft. Der Bezirk Knittelfeld hat das aber noch gemacht. Jetzt sind die beiden Bezirke eins, jetzt heißt es Murtal, und jetzt ist die Frage, wird jetzt der ganze Bezirk Murtal diese Zuschüsse wieder auszahlen oder werden sie sich darauf einigen und sagen: „Hat es ja da in einem großen Teil schon nicht gegeben, machen wir jetzt gesamt nicht.“ Und das ist das Problem. Auch wenn es jetzt heißt: Naja, eigentlich geht es ja gar nicht darum, Einsparungen zu erzielen, es sollten auch auf Kosten der Bevölkerung keine Einsparungen in diesem Sinne getätigt werden und es ist natürlich wichtig, dass man die Bevölkerung bei so wichtigen Fragen mit einbezieht. Da bin ich ganz bei euch und da muss man auch kritisch in Richtung SPÖ und ÖVP hinweisen, dass es eben sehr viel Unmut gegeben hat und dass sich viele Menschen nicht mit einbezogen gefühlt haben, vom Bürgermeister nach unten bis hin zu den Bewohnern und Bewohnerinnen. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Klubobfrau! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Amesbauer!

**LTAbg. Amesbauer, BA:** Frau Präsidentin!

Es kommt ja auch nicht oft vor, aber das ist so ein Moment, wo ich zu hundert Prozent die Meinung der Kommunisten und der Frau Klubobfrau auch unterstütze und es hat mich auch sehr überrascht und wirklich gefreut, dass ihr euch mit solchen Themen, scheinbar trockenen Themen, auch wirklich auseinander setzt, weil ihr auch betroffen seid und auch so eine Meinung dazu habt, weil die Meinung der zwei großen Regierungsparteien in der Steiermark ist ja immer, die Bevölkerung trägt diese Reform ja ohnehin mit. Die Bevölkerung haben wir hinter uns. Wir haben nur da im Landtag ein paar Freiheitliche, ein paar Kommunisten, ein paar Grüne, die da ein bisschen dagegen reden, aber so ist das nicht, wie man sieht. Der Vortrag der Frau Kollegin von der SPÖ, der Frau Bauer, war ja sehr interessant. Von der Jugend kommt hier eine These, die kritisch den Prozess beleuchtet und sie sagt, wir machen das ja für die Jugend. Das ist genau das, wodurch die Politikverdrossenheit eigentlich entsteht. Und das nächste Thema, auf Augenhöhe verhandeln, obwohl wir auch gehört haben, dass es finanziell den Gemeinden und dem Land, vor allem dem Land, nichts bringt, auf Augenhöhe

verhandeln, ich war selbst bei so einer Verhandlung dabei, mit Bürgermeistern. Das funktioniert so, da sitzen vier Bürgermeister zusammen, dann kommt ein Koordinator des Landes, kein Politiker, ein Beamter und sagt den Gemeinden, naja, ihr müsst euch fusionieren, das ist der Wille des Landes und wenn ihr das nicht freiwillig macht, dann werdet ihr zwangszusammengelegt. Das haben wir auch im Landtag hier vom Gemeinbundpräsidenten schon gehört, wenn es Gemeinden gibt, die sich weigern, gibt es Zwangsfusionen, und das wollen wir nicht. Vor allem in Zeiten, wo immer mehr von direkter Demokratie gesprochen wird und das Volk einbezogen wird. Und gerade bei den Gemeinden geht es ja um das direkte Lebensumfeld der Bürger und das können wahrscheinlich die Bewohner in auch kleinen Gemeinden in der Obersteiermark oder auch in der Südsteiermark und allen Regionen der Steiermark besser beurteilen, wie Grazer Politiker, sage ich jetzt einmal. Das traue ich mich als Obersteierer auch so zu vertreten. Das ist eine ganz klare Sache. Und wir wissen auch, dass es finanziell nichts bringt und ein Argument ist auch immer wieder die Abwanderung. Nur ein kleines Beispiel, wenn ich vier kleine Gemeinden, davon sind zwei Abgangsgemeinden, denen geht es finanziell nicht gut, die anderen ja, sind so lala aufgestellt, zusammen lege, na glaubt ihr wirklich, dass deswegen einer weniger abwandert oder einer deswegen zuwandert? Es bleibt das Kanalnetz gleich, es bleibt das Straßennetz gleich, was die Gemeinden betreuen müssen, Kooperationen ja, das Kirchturmdenken, das die Bürgermeister jahrzehntelang praktiziert haben, manche in vielen Gemeinden vom Land großzügig unterstützt, das muss der Vergangenheit angehören. Kooperationen, Zusammenarbeiten, aber eine Fusion muss was bringen. Und da gehören die Zahlen, Daten und Fakten auf den Tisch. Wenn erkenntlich ist, dass eine Zusammenlegung von mehreren Gemeinden den Bürgern, und darum geht es ja schlussendlich, wirklich was bringt, dann wird ja kein vernünftiger Mensch bei einer demokratischen Entscheidung auch dagegen sein. Wenn das aber nicht der Fall ist und die Bevölkerung aus vielen Gründen, es sind ja nicht nur finanzielle Gründe, es ist auch ein emotionales Thema, Gemeinde, Heimat, Zugehörigkeit, Vereinsleben, das Daheim, wie man so schön sagt, das will man selbst entscheiden, selbst in die Hand nehmen, darum danke ich euch für diese These und ich hoffe, dass auch diese These und diese Wortmeldungen von euch auf offene Ohren bei der Landesregierung fallen. Danke.

*(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Herr Abgeordneter Amesbauer! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Josef Ober. Ich möchte nur dazu sagen, aufgrund der schon erfolgten Wortmeldungen und der noch zwei Thesen, die wir zu bewältigen haben in einer

vorgegebenen Zeit, mache ich einfach auf die Redezeit von maximal zwei Minuten aufmerksam. Und nun Herr Abgeordneter Ober!

**LTAbg. Ing. Ober:** Hoher Landtag, werte Jugendliche!

Das Thema ist ein sehr ernst zu nehmendes und interessantes Thema. Nur eines müssen wir uns vergegenwärtigen, so wie wir heute hier sitzen, sind wir das Produkt einer ständigen Veränderung. Und die letzte Gemeindestrukturreform war vor 40, teilweise 50 Jahren, und damals hat man vorausschauend Strukturen verändert, damit man den Anforderungen der Zukunft gerecht wird. Heute debattieren wir im Landtag und in den Gemeinden über eine Strukturreform, die den nächsten 40, 50 Jahren gerecht wird und viele der Forderungen, die heute von euch hier gestellt worden sind, sind eben in einer Kleingemeinde nicht mehr erfüllbar. Schauen wir uns die Kinderbetreuung an, die in einer Kleingemeinde absolut in dem Ausmaß von null bis drei, von drei bis sechs Jahren und Öffnungszeiten nicht möglich ist, das wird in Zukunft durch ein Leitbild des Landes, durch ein Konzept der zentralen Orte möglich sein. Ihr wünscht euch ein E-Government für Gemeinden, dass wir elektronisch miteinander verkehren können, das wird in dieser Zukunftsgemeinde in Zukunft ermöglicht, damit ihr in Zukunft barrierefrei über E-Government mit den Gemeinden kommunizieren könnt. Eine Bitte hätte ich an euch, wenn ihr ins Berufsleben eintretet werdet ihr aufgrund der wirtschaftlichen Veränderungen permanent mit Anpassungs- und Veränderungsprozessen konfrontiert sein und die Kunst ist es, nicht in der Veränderung das Problem zu sehen, sondern die Kunst der Zukunft liegt darin, in der Veränderung die Chancen zu sehen und eine größere Gemeinde kann gerade euch im Jugendbereich einiges mehr gemeinsam ermöglichen. Was ich noch dazu sagen möchte, wir brauchen vor allem in den peripheren Regionen, wo wir unter Abwanderung leiden, vor allem auch mehr wirtschaftliche und touristische Entfaltungsmöglichkeiten und die können gemeinsam größere Gemeinden besser auch gestalten, wo das Land mit unterstützt. Meine Bitte an euch, euch einzubringen, aber nicht nur auf die Probleme hinzusehen oder die Befürchtungen, sondern ganz stark auf die Chancen, die damit in Zukunft in Verbindung stehen. Wir sehen einen gut geführten Dialog, einen gemeinsamen, mit den Gemeindeverantwortlichen und einem guten Miteinander der Gemeinden, die in Zukunft eine gemeinsame Großgemeinde bilden, dass hier mehr Chancen entstehen als in der derzeitigen Struktur und vor allem auch den wirtschaftlichen und auch den Herausforderungen, der Zukunft besser gerecht werden. Darum meine Bitte, bringt euch vor Ort ein, setzt auch eure Forderungen auf, die in dieser Großgemeinde für euch erfüllt

werden sollen und das wünsche ich euch und uns gemeinsam. Alles Gute. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Herr Abgeordneter Ober. Als letzte, vorläufig letzte Wortmeldung Herr Abgeordneter Maximilian Lercher.

**LTAbg. Lercher:** Geschätzte Präsidentin, Hoher Jugendlandtag!

Herr Abgeordneter Ober hat sehr, sehr treffend eine Replik darüber gegeben, was es auch als Chance gibt. Und das ist eine Chance. Die Gemeindestrukturreform ist eine längst überfällige Reform in der Steiermark, die andere Bundesländer schon vor 20 Jahren erledigt haben und wo wir in Wahrheit jetzt nachziehen. Ich bitte, schaut euch an, wo ist euer Lebensraum bzw. wie bewegt ihr euch, wo werdet ihr zukünftig arbeiten, die Jugend ist jetzt auch mobiler geworden, nichtsdestotrotz heimatverbunden und das ist gut. Das „taugt“ mir, wenn junge Leute sich entscheiden und in ihren Gemeinden bleiben. Nur die Tatsache ist, dass der Großteil abwandert in Ballungszentren wie Graz oder Wien und wir müssen politisch darauf reagieren, dass Heimat Heimat bleibt. Und das bedeutet nun einmal, dass wir die Strukturen so anpassen müssen, dass sie einer neuen Zeit gerecht werden. Und weil man immer redet, das ist kein partizipativer Prozess, da darf sich niemand einbringen, es hat eine Freiwilligenphase gegeben vom Land initiiert (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Zwei!“*), wir sind von dieser Freiwilligenphase in eine Verhandlungsphase gegangen, ich habe doch dreißig Gespräche mit Gemeinden auch selber geführt, wir gehen dann in eine Analysephase und dann in eine Entscheidungsphase und dann braucht man nicht immer erzählen, man hat nicht gewusst. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das stimmt nicht!“*) Basis dieses Prozesses ist, dass man sich die Fragen selbst beantwortet, weil die Gemeinden selbst am besten Bescheid wissen, was sie für Zahlen haben und für das muss man sich öffnen und wenn eine Gemeinde nicht bereit ist, selbst mit zu arbeiten und zumindest die Fragen zu beantworten oder das Datenmaterial bereit zu stellen, dann ist mir vollkommen klar, dass niemand Fakten hat. Dann hat man aber auch einen Fehler begangen in diesem partizipativen Prozess. Weil das geht so nicht. Wenn ich mich einbringen will, dann kann ich mich einbringen und es ist jeder einzelnen Gemeinde ermöglicht worden. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Aber am Schluss wird es verordnet!“*) Ich sage dir auch zu der Verordnung was, weil es auch ein wichtiger entscheidender Punkt ist, jetzt haben wir freiwillige Gemeinden und in Trofaiach haben wir z. B. gesehen, dass die Bürger befragt wurden und die Bürger dafür gestimmt haben und jetzt haben wir dort eine freiwillige Fusionierung. Und letztlich werden wir auch darüber reden



müssen, und das ist auch gut so, ob man Gemeinden auch verordnet. Weil was ist zum Beispiel, wenn man drei Gemeinden hat, in der zwei Gemeinden bereit sind zu fusionieren, die wollen, und eine Gemeinde habe ich, die das verhindert. Was ist dann fair? Was ist, wenn es von der geografischen Konstellation nicht passt, jetzt sind wir im Landtag, der Hannes schreit raus und ich rede. Aber das passt. Es geht darum, Fairness zu schaffen und da ist die Verordnung auch ein Werkzeug dafür, dass man Fairness gibt. In diesem Sinne, ich glaube, das Projekt ist was Gutes und bringt uns die Rahmenbedingungen, die wir brauchen. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Herr Abgeordneter! Mein Blick wandert wieder zur Frau Landesrätin, die sich schon vertreten fühlt durch die Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Lercher. Ich schaue zu den Moderatoren, zum Herrn Moik und zur Frau Lacheiner. Sie sind am Wort.

**Moderator Thomas Moik:** Vielen Dank! Wie gesagt, wir haben noch zwei Thesen danach, aber ich glaube, das Thema ist schon wichtig und da sind die Hände auch noch schneller oben, als vorher, wen nehmen wir denn zuerst?

**Andreas Schattleitner:** Ich möchte da noch ein bisschen was dazu ergänzen. Wenn es jetzt wirklich kleine Gemeinden sind, die die Finanzen offenlegen, das müssen nicht immer große sein, das können kleine auch sein, das habe ich falsch formuliert. Das ist mein Fehler. Das wäre ein wichtiger Punkt, weil wir haben in der Gruppe jetzt vier Gemeinden, da ist es wirklich so, da wollen die Gemeinden wirklich die Finanzen nicht offen legen und sagen, uns geht es eh gut, dabei haben sie alle Schulden und das wissen sie und jetzt wollen sie mit den anderen zusammen gehen, nur damit sie die Schulden los werden. Das finde ich nicht richtig und dann noch was Anderes, was noch eine direkte Frage ist. Die Verordnung, ist das eine Demokratie oder nicht? (*Allgemeiner Beifall*) Ich finde eine Fusion jetzt nicht schlimm, wenn es keine Nachteile gibt, aber wenn man jetzt eine größere Stadt, die mehr städtisch ist als ländlich, und da eine ländliche dazu gebe, ich weiß nicht, ob das Land dann wirklich noch gleich geführt wird wie vorher. Und noch eines, ich habe da gesagt wegen den Schulen, das war das letzte, was ich angesprochen habe, ich weiß nicht, ob das untergegangen ist, dass ich dort vielleicht noch eine Rückmeldung bekomme, dass die kleinen Schulen geschlossen werden.

**Moderator Thomas Moik:** Danke, Andreas! Die Lisa Reiner!

**Lisa Reiner:** Also ich finde eigentlich, Fusionierungen sind ja vielleicht gar nichts Schlechtes. Aber als Beispiel, wenn man eine hoch verschuldete Stadt mit einem kleinen Ort, der vielleicht eigentlich gut über die Runden kommt, zusammen legt, finde ich, bringt das gar nichts, weil da kann man sich sicher sein, dass sich die Stadt nicht um den Ort kümmern wird. Und ich glaube auch, wie die Selina vorher gesagt hat, da stirbt der ländliche Raum und das finde ich ziemlich schade. Und vielleicht hätte man in der Vergangenheit viel eher auf kleine Orte geschaut, wären vielleicht gar keine Fusionierungen jetzt nötig gewesen. *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Bei mir hat noch die Sophie Hasiba aufgezeigt.

**Sophie Hasiba:** Ich wollte nur zum Thema ganz allgemein sagen, dass es mir aufgefallen ist, dass manche Leute von einer Partei wirklich den ganzen Tag über gegen alle anderen gegenüber so schlechte Aussagen gemacht haben und gestichelt haben. Ich finde ganz einfach, in der Politik soll man seine Meinung sagen, aber die Art und Weise spielt halt schon eine wichtige Rolle. *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Danke, Sophie. Eine Wortmeldung sehe ich noch, die würde ich jetzt noch dazu nehmen. Die Melissa Niederl!

**Melissa Niederl:** Was ich noch dazu sagen möchte, Zwangsfusionierung ist, wir haben lange über dieses Thema in der Klasse diskutiert und wir sind zu dem Schluss gekommen, eigentlich, wenn es Zwangsfusionierungen gibt, zwei Orte, dann wäre das eigentlich keine Demokratie. Und was ist Demokratie? Österreich hat Demokratie, wir dürfen mitbestimmen, wir sind die Bürger und deswegen Fusionierung ja, wenn die Bürger einverstanden sind und wenn es Vorteile gibt und wenn es keine Nachteile gibt, aber nur, wenn die Bürger einverstanden sind, weil das ist Demokratie. *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Einmal noch die Maria Natter bei der Birgit.

**Maria Natter:** Das mit der Gemeindefusionierung hat mich selber betroffen, da ich in Seiersberg gewohnt habe und da hat es ewig lange Diskussionen gegeben und ich muss sagen,

nicht nur meine Familie, sondern meine ganze Verwandtschaft, die eigentlich in Seiersberg wohnt, hat Angst gehabt, wie das jetzt ausgeht und wie es jetzt vor allem weiter geht.  
*(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Danke, Maria! Unsererseits sind wir mit den Wortmeldungen damit durch, danke für die Gelegenheit.

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke wieder für diese äußerst spannende Diskussion, die sich da jetzt entzündet hat. Die Frau Landesrätin fühlt sich noch einmal angesprochen durch die Frage der Schulstandorte und Schließungen.

**Landesrätin Mag. Grossmann:** Danke! Ich dachte, das ist schon heute in der Früh ausführlich beantwortet worden durch meine Kollegin Bettina Vollath, die speziell darauf auch eingegangen ist und hier gesagt hat, dass es hier ja nicht um Einsparungen geht, sondern darum, die Lehrer/Lehrerinnen-Dienstposten gerecht über die Steiermark zu verteilen. Wir haben leider in den letzten Jahren einen Rückgang von Pflichtschüler/schülerinnen verbuchen müssen von mehr als, also an die 50 Prozent. Die Zahl der Pflichtschüler/Pflichtschülerinnen ist eigentlich um die Hälfte zurück gegangen, die Zahl der Schulstandorte ist annähernd gleich geblieben, das bringt uns natürlich große Probleme mit der Verteilung der Lehrer/Lehrerinnen-Dienstposten, die nach der Gesamtschüler/schülerinnenzahl den einzelnen Bundesländern zugewiesen werden. Das heißt, wir haben an den anderen Standorten große Probleme Förderangebote zu stellen, heute ist schon viel gesprochen worden über Sprachförderung, wir haben unter Umständen auch Probleme behinderte Kinder entsprechend unterstützen zu können, Fördermöglichkeiten zu geben zur Förderung von besonderen Begabungen und wir können aber auch auf Sicht die Klassenschüler/schülerinnenhöchstzahl von 25 nicht halten, wenn wir hier nicht ganz genau schauen, dass wir die Ressourcen gerecht verteilen über das ganze Land. Und auch hier gilt es, was schon auch bei den Gemeinden gilt, dass wir hier Prozesse eigentlich nur nachvollziehen. Andere Bundesländer, auch andere Staaten, war da schon viel schneller, haben schon viel früher auch die Schulstandorte geschlossen, haben schon viel früher auch Gemeinden zusammen gelegt, haben diese Prozesse schon vollzogen und jetzt sind wir einmal dran, weil wir hier an unsere Grenzen stoßen. Und ich kann halt Schüler- und Schülerinnen von größeren Schulstandorten, was weiß ich, ich kann jetzt irgendetwas hernehmen, sei es jetzt Bruck, sei es Graz, sei es Mürrzusschlag, oder in meinem Bezirk, wenn ich da einzelne Standorte herausnehme,

Voitsberg, Köflach, wie soll ich es denen erklären, dass ich für die keine Ressourcen mehr habe, weil ich andere Standorte überproportional mit Ressourcen, mit Dienstposten bedenke. Wir müssen hier einfach schauen, dass wir gerecht umgehen mit unseren Ressourcen, die wir eben zugewiesen bekommen und das hat eben zur Konsequenz, dass wir auf die kleinsten, die aller kleinsten Standorte verzichten müssen. Die Kleinschulen halten wir ja noch. Hier sind wir ja weit großzügiger als andere Bundesländer, im Hauptschulbereich hat Burgenland z. B. eine absolute Untergrenze von 90 Schülern und Schülerinnen, wir haben uns 70 als Maßstab gesetzt, also andere Bundesländer und andere Länder haben überhaupt viel größere Grenzen, also hier sind wir, denke ich, sehr moderat unterwegs, auch wenn ich es verstehe, dass es vor Ort natürlich sehr schmerzvoll ist, wenn so eine Entscheidung getroffen wird und bei den Gemeinden, da stelle ich fest, da ist jetzt inhaltlich schon so viel gesagt worden und wir sind jetzt auch schon fast am Ende unserer Zeit, aber bei den Gemeinden stelle ich fest, dass es dort ohne Probleme geht, die Fragen der Zusammenlegung, der Kooperation, wenn die Bürgermeister, die Bürgermeisterinnen, wenn die Gemeindeverantwortlichen hier auch konstruktiv mitgehen und hier auch die Bevölkerung umfassend objektiv aufklären, dann funktioniert das, das haben wir in Trofaiach gesehen, das haben wir in vielen anderen Standorten auch gesehen, wir haben das bei den Bezirkszusammenlegungen gesehen im Murtal, da hat es überhaupt keine Probleme gegeben, außer vereinzelte Kritiken, die natürlich immer kommen, die natürlich auch berechtigt sind, aber da hat es jetzt nicht diese großen Kampagnen gegeben, die die Bevölkerung so aufwiegeln. Es hängt schon immer auch an den Verantwortlichen vor Ort, welche Stimmung sie verbreiten. Und das bitte ich auch zu werten und ich bitte euch einfach, das alles wirklich sehr objektiv, sehr rational anzuschauen und auch wirklich die Gesamtsituation zu sehen und die gesamte Steiermark zu sehen. Das ist auch unser gemeinsamer Auftrag. Danke. (*Allgemeiner Beifall*).

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Landesrätin! Das vorletzte Thema des heutigen Tages wird nun behandelt,

#### **4. Thema „Lebensumfeld - These 3: Gesundheit geht vor“.**

Berichterstatterin ist wiederum Julia Reiner.

**Julia Reiner:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Gerade das folgende Thema betrifft eigentlich alle und deswegen finde ich es sehr schade, dass hinter mir nur mehr eine in der Bank sitzt. Uns ist allen bewusst, dass in Zeiten der Wirtschaftskrise viel eingespart werden muss. Doch gerade das Thema Gesundheit betrifft nicht nur uns Jugendliche, sondern alle. Und da es um unsere Zukunft geht, fordern wir Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen. Wichtige Gesundheitsinstitutionen, wie beispielsweise die Geburtenstationen, sollten bzw. müssen erhalten bleiben. Es ist unbedingt notwendig, dass die Meinung der Bevölkerung berücksichtigt wird. Die Zusammenarbeit speziell zwischen den einzelnen Bundesländern ist eine Möglichkeit, die unnötigen Einsparungen zu verhindern und viele Arbeitsplätze zu erhalten. Wir fragen uns, muss vorher etwas passieren, bevor gehandelt wird? Und steht Menschlichkeit hinter Macht und Geld? *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke für die Berichterstattung! Das Prozedere ist jetzt schon klar, es gibt die Möglichkeit, Wortmeldungen abzugeben, eine habe ich von Ihrer Seite schon mitgeteilt bekommen, das ist Lisa Reiner.

**Lisa Reiner:** Sehr geehrte Damen und Herren!

In Voitsberg zum Beispiel haben mehr als 13.000 Menschen gegen die Schließung der Geburtenstation unterschrieben. Trotzdem wird sie geschlossen. Die Landesregierung hat vorher von Demokratie gesprochen. Wir finden, in diesem Fall sind wir sehr weit von Demokratie entfernt. *(Allgemeiner Beifall)*.

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Reiner! Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Barbara Riener.

**LTAbg. Riener:** Danke, Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen des Jugendlandtages, werte verbliebene Kolleginnen und Kollegen im Landtag Steiermark, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer!

Ich habe mich bei den vorigen Wortmeldungen sehr diszipliniert an die zwei Minuten gehalten, als Gesundheitssprecherin darf ich mir diesmal erlauben, etwas länger auszuholen, aber keine Sorge, ich werde keine 20 Minuten reden, auch keine 10 Minuten, aber ich werde meine zwei Minuten nicht ganz einhalten können. Es wurde heute in einem Punkt, nämlich unter Finanzen, folgende Aussage von Ihnen getroffen, die ich voll unterstreichen kann: Um

den Sozialstaat und die sichere Zukunft aufrecht erhalten zu können, dürfen wir nicht mehr Geld ausgeben, als wir haben. Ihre Aussage, im Rahmen der Wirtschaftskrise ist das Verständnis da, einzusparen, muss ich einen Satz hinzufügen, nämlich die Aussage von unserer Seite im Rahmen der Gesundheitspolitik, hier geht es nicht um Einsparung, sondern hier geht es um Kostendämpfung. Ich glaube, Sie verstehen, was ich meine, es heißt, wir haben Jahr für Jahr Kostensteigerungen im Gesundheitssystem, wir haben ein sehr gutes Gesundheitssystem weltweit, diese Kostensteigerung ist aber letztendlich nicht mehr finanzierbar. Und diese Kostensteigerung soll jetzt reduziert werden, aber es geht nicht um Einsparungen. Das ist das Eine, was ich dazu sagen möchte. Das Zweite, was ich sagen möchte, weiter unten schreiben Sie, es geht darum, Arbeitsplätze zu erhalten. Es ist im gesamten Gesundheitsstrukturplan, also im Steirischen Gesundheitsstrukturplan, jetzt nicht um Arbeitsplätze sozusagen los zu werden, sondern es hat jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin eine Arbeitsplatzgarantie erhalten von der zuständigen Landesrätin, und das wird auch eingehalten. Zumal wir im Gesundheitssystem genau das umgekehrte Problem in Zukunft haben werden. Ich jetzt ganz bewusst in diese Jugendrunde, dass immer weniger Jugendliche auf die Welt kommen und es immer mehr Berufe es gibt, Gott sei Dank. Ihr könnt aus einer Bandbreite wählen, und somit haben wir immer weniger, die dann auch in die Gesundheitsberufe kommen. Das heißt, wir werden eher ein Problem haben, die Stellen zu besetzen. Von Betriebsräten der KAGes weiß ich, dass wir immer wieder gerade im diplomierten Bereich, im Krankenhausbereich Engpässe haben. Nun zu Ihrem Hauptanliegen Geburtenstation Voitsberg. Ich kann das nachvollziehen, ich habe lange im Bezirk Hartberg gearbeitet, da war auch ein Kampf für die Geburtenstation Hartberg. Da war zu dieser Zeit der Hartberger Bezirk der geburtenstärkste Bezirk. Aber was ist unsere Aufgabe in der Politik? In der Politik ist die Aufgabe, eine Gesamtsicht zu haben. Eine Gesamtsicht, mit Ressourcen verantwortlich umzugehen, zu schauen, dass es in allen Regionen ähnlich gute Ausstattungen gibt und ein gutes Angebot gibt. Und wir haben in den letzten Jahrzehnten sehr wohl auch bemerkt, dass es gewisse Vorlieben von Krankenhausleitungen gegeben hat, welche Schwerpunkte sich daraus entwickelt haben. Ich nehme jetzt ein Beispiel aus Niederösterreich, damit das jetzt nicht irgendjemanden in der Steiermark kränkt, aber in Niederösterreich hat sich ein Primar verschworen, Herzkathederuntersuchungen zu machen, in der ursprünglichen Klinik, wo er her kam, war es sein Spezialgebiet, er hat dann eine Krankenhausleitung übernommen und innerhalb von zwei Jahren sind dort die Herzkathederuntersuchungen schlagartig gestiegen, wo man sich die Frage stellen muss, das war jetzt nicht in einer Hauptstadt, sondern das war in der Peripherie irgendwo eher wo in der

Einschicht, sagt man bei uns steirisch, das heißt, ob der Bedarf dann wirklich gegeben war, oder ob Bedarf wirklich induziert wird. Jetzt komme ich zur Geburtenstation. Wir haben in der Steiermark vor 20 Jahren rund 18.000 Geburten gehabt, wir haben jetzt 10.000 Geburten. Wir haben viele Geburtenstationen und es geht jetzt darum, insgesamt in der Landschaft, in der Gesundheitslandschaft, in den Regionen, eine gleiche Verteilung vorzunehmen. Und da denke ich jetzt nicht nur an Geburtenstationen, es ist genau so wesentlich für mich, eine Auslastung in allen Bereichen zu haben, auch die Kinderklinik und Kinderchirurgie muss ein Anliegen sein. Kinderstationen, die Kinder- und Jugendpsychiatrie ist uns auch ein großes Anliegen, da haben wir Aufholbedarf. Es geht um Interne Chirurgie und so weiter. Im Prinzip zusammenfassend möchte ich sagen, es geht um eine gerechte Verteilung, weil in jedem Bezirk sind betroffene Bewohner, die sagen, ich möchte meine Station vor Ort. Und wenn ich Ihnen diesen Gedankengang mit gebe, dann bitte ich zu überlegen, wie das dann wirklich umsetzbar ist, wenn jeder alle Leistungen vor Ort bei sich haben möchte. Zum Abschluss (*Präsidentin Mag. Lackner: „Bitte zum Schluss zu kommen!“*) möchte ich, bin gerade beim Abschluss, Frau Präsidentin, zum Abschluss möchte ich mich bedanken für eure intensive Vorarbeit, für die wirklich tollen Anregungen bzw. Überlegungen, die Sie uns mitgeben. Ich habe bei ein paar nicht meine Wortmeldung abgegeben, aber der Kollegin vom Unterausschuss schon weiter gegeben, für mich ist auch die Frage, ob man, wenn man einen künftigen Jugendlandtag macht, nicht ein bisschen das System umstellt, dass Sie mehr debattieren, wir mehr zuhören und erst dann hintennach vielleicht dann darauf replizieren. Das möchte ich vielleicht Verantwortlichen mitgeben, aber recht herzlichen Dank für euer Mittun und euer Engagement. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke! Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler!

**LTAbg. Klimt-Weithaler:** Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen!

Das ist jetzt eine These, wo ich davon ausgehe, dass sich kein gemeinsamer Antrag finden wird, den wir aus dem Jugendlandtag heraus erarbeiten und dann auch umsetzen können, weil Ihr habt ja schon gesehen, dass das sehr kontroversiell diskutiert wird und diejenigen, die da die Hauptakteure/akteurinnen in der Formulierung dieser These wären, kennen das Problem ja, wie emotional das draußen im Bezirk Voitsberg auch diskutiert wird und wie viele Gespräche oder Nicht-Gespräche es auch dazu schon gegeben hat. Inhaltlich möchte ich gar

nichts anderes sagen als die Vorrednerin. Es gibt über 13.500 Unterschriften und die Frage ist jetzt, was passiert damit? Man kann natürlich einen Plan machen, wenn man Regierungsverantwortung hat, soll man das natürlich auch, aber meiner Meinung nach muss man sich auch überlegen, was mache ich, wenn dann großer Widerstand kommt und ist das jetzt nur so, dass die sich einfach nicht gut genug auskennen und deswegen ignorieren wir das, oder nehme ich das ernst. Und ich bin der Meinung, über 13.500 Unterschriften, die ja noch dazu in Form einer Bürgerinitiative gestartet wurden, also nicht von Haustür zu Haustür gesammelt, sind ernst zu nehmen. Dazu will ich inhaltlich gar nicht mehr sagen. Ein Satz noch zu meiner Vorrednerin Barbara Riener, du hast davon gesprochen, dass es sich hier nicht um Einsparungen sondern um Kostendämmung handelt, ich möchte dazu sagen, Kostendämpfung handelt, ich möchte dazu nur folgende Frage stellen. Man weiß mittlerweile, wenn man die Geburtenstation in Voitsberg schließt, dann werden die Frauen wahrscheinlich da draußen im Bezirk nicht aufhören, Kinder zu bekommen, sondern sie werden weiter Kinder bekommen und die müssen dann irgendwo anders auf die Welt gebracht werden. Wir wissen mittlerweile auch, dass ein Teil davon nach Deutschlandsberg ausweichen wird, ein anderer Teil wird nach Graz gehen. Wir wissen von Graz, dass Graz voll ist. Das heißt, würde es in Zukunft so sein, dass in Voitsberg wieder mehr Kinder auf die Welt kommen und das wünschen wir uns ja alle, dass sozusagen mehr Nachkommen in der Steiermark auch geboren werden, dann wird wahrscheinlich irgendwo ausgebaut werden müssen. In Graz, nehme ich einmal an. Und da frage ich mich dann schon, wie das dann mit der Kostendämpfung aussieht, wenn ich eine gut funktionierende Station, die erst vor kurzem renoviert wurde, aus strukturellen Gründen, aus Kostendämpfungsgründen, schließe und dann woanders eine aufsperrn muss. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Klubobfrau, auch für die Redezeiteinhaltung. Eine weitere Wortmeldung sehe ich nicht. Das bedeutet, Frau Lacheiner, Herr Moik, Sie sind wieder am Wort.

**Moderator Thomas Moik:** Besten Dank! Ich habe bei der Birgit schon Vorführungen gesehen von einer der beiden Reiners. Welche sagt denn noch was dazu?

**Moderatorin Birgit Lacheiner:** Die Julia Reiner.



**Julia Reiner:** Ich glaube, ich spreche jetzt im ganzen Namen von allen Voitsbergern, die im Bezirk bleiben wollen und auch eine Familie aufbauen wollen, dass wir Ängste haben, dass wir es nicht nach Deutschlandsberg schaffen bei einer Geburt. In meinem Fall wären das jetzt 60 Kilometer nach Deutschlandsberg, aber man kann von einem Kind eben nicht verlangen, zumindest von einer Mutter, oder dass das Kind so lange drinnen bleibt und ich mag nicht sagen können, und wo bist du auf die Welt gekommen? Ah, im Plabutschunnel, weil es sich nicht mehr ausgegangen ist. *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Danke. Eine weitere sehe ich jetzt schon. Darf ich die Melissa Niederl um eine kurze Wortmeldung bitten.

**Melissa Niederl:** Vorweg will ich mich schon entschuldigen dafür, dass ich das Thema jetzt anspreche, aber es ist nicht nur Voitsberg, es geht auch um Wagna. Ich weiß, es ist schon zigmals behandelt worden, und Sie haben das auch angesprochen mit den Geburtenstationen, aber ich wollte nur noch einmal dazu sagen, ich will jetzt, dass Sie nicht mitkriegen, die Stimmung der Bürger widerspiegeln, wie die Bevölkerung denkt, es sind so viele Initiativen ausgegangen, sogar der Bürgermeister von Wagna, die haben dort wirklich unterschrieben die Leute, die wollten das, dass das erhalten bleibt. Es ist klar, immer weniger Kinder werden geboren, jedes österreichische Pärchen glaube ich 1,5 Kinder, oder so, was ich weiß, *(LTAbg. Klimt-Weithaler: „1,3!“)*, 1,3, das ist noch weniger, es geht aber auch nicht nur um die Geburtenstationen, es geht auch darum, dass Wagna ein zentrales LKH ist für die Leibnitzer und Umgebung. Wenn ich ins nächste LKH will, muss ich entweder 50 Minuten nach Graz fahren, wenn überhaupt, oder nach Feldbach, da fahre ich auch über eine dreiviertel Stunde. Und ich finde, das ist nicht zumutbar, wenn man einen akuten Schwerfall hat, wenn man wirklich eine Sturzgeburt hat, ich möchte aber auch nicht, dass mein Kind auf der Autobahn oder so auf die Welt gekommen ist. Das möchte ich auch nicht, wirklich nicht. Dann möchte ich noch sagen, es ist so, nehmen wir an, es werden jetzt 450 Knieoperationen benötigt und es werden trotzdem nur 150 durchgeführt. Was ich noch zusätzlich sagen möchte, die Gesundheit ist einer der letzten Orte, wo man sparen sollte. Wirklich, das ist einer der letzten Orte. Und wenn ich dann sage, es werden so viele Operationen benötigt, aber ich führe weniger durch, nur damit ich das spare und Menschen warten wirklich teilweise länger auf Operationen, wenn es kein Notfall ist, wenn es kein Notfall ist. Ich finde das nicht gerecht. *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Danke, hinter mir ist noch eine Hand oben von der Valentina Fuchs.

**Valentina Fuchs:** Ich wollte nur sagen, ich verstehe es nicht, wieso man gerade bei Geburten einspart, wo man halt Kosten dämpft, weil man gerade bei Geburten nicht die Zeit hat, auf Betreuung zu warten. Aber gerade eine Geburt, die ein extrem schwieriger Prozess ist, wo eine Geburt riskant ist, eine Geburt ist nicht einfach, das wird schon funktionieren. Eine Geburt braucht wirklich sofort Betreuung, das Kind braucht sofort Betreuung und das sind nicht Einzelfälle, dass Kinder zu früh auf die Welt kommen, dass es eben Sturzgeburten gibt und dass man gerade bei so einem Thema, wo es offensichtlich ist, dass man nicht die Zeit hat, eine Stunde mit dem Auto ins nächste Krankenhaus zu fahren, dass man gerade dort Kosten dämpft. *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Danke. Bei der Birgit ist noch der Andreas Schattleitner.

**Andreas Schattleitner:** Ich habe auch das Gleiche, Kostendämpfung bei Gesundheit, da sollten wir nicht sparen bei der Gesundheit. Ich finde, das ist das Wichtigste und dann denke ich mir, man kann schon sparen, aber wieso erst jetzt, wieso nicht erst dann, wenn es soweit ist? Ich verstehe, da gibt es eine Statistik, wir sollten weniger Geburten haben, aber wir kriegen trotzdem mehr Menschen. Wo kommen die denn alle her? *(Allgemeiner Beifall)*

**Moderator Thomas Moik:** Danke, Andreas! Ich glaube, wir sind mit den Wortmeldungen da durch. Danke, ich darf die Frau Präsidentin bitten, das letzte Thema noch einzuleiten.

**Präsidentin Mag. Lackner:** Das tue ich gerne. Danke an die Moderation. Die letzte These

#### **4. Thema „Lebensumfeld - These 3: Lebensumfeld Bildung für eine erfolgreiche Zukunft“.**

Als Berichterstatter fungiert Herr Paul Eichmüller.

**Paul Eichmüller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, sehr geehrte Damen und Herren!

Für Jugendliche ist Bildung während der letzten Jahre ein immer größerer Bestandteil des Lebens geworden. Deshalb fordern wir, dass Informationen über Reformen, z.B. die Zentralmatura, die ist zwar Bundessache, aber trotzdem, die sollten an die Schulsprecher weiter gegeben und in den einzelnen Schulen behandelt werden. So möchten wir das Mitbestimmungsrecht ausbauen und bei Dingen, die konkret für uns wichtig sind, erweitern. Zudem möchten wir vorbringen, dass es von Vorteil wäre, wenn Änderungen im Schulsystem erst dann in Kraft treten, wenn sie bereits vollständig ausgereift und wichtige Informationen vorhanden sind. Außerdem wäre es von Vorteil, wenn das Arbeiten in kleinen Gruppen stattfinden würde. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Herr Eichmüller für die Berichterstattung! Zu Wort gemeldet ist aus den Reihen der Jugendlichen Emma Harpf.

**Emma Harpf:** Geschätzte Präsidentin, geehrte Abgeordnete!

Ich möchte ergänzen, dass geringe Studiengebühren verlangt werden sollten. Es ist bekannt, dass Studiengebühren Gesetze des Bundes sind, jedoch möchte ich trotzdem erwähnen, dass, wenn ein Studium gratis ist, es eventuell nicht geschätzt wird. Dennoch ist es mir ein großes Anliegen, dass sozial Schwächeren ein Stipendium gewährt werden kann. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke schön! Als nächste Wortmeldung habe ich die von Frau Abgeordneter Waltraud Schwammer!

**LTabg. Schwammer:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Landesrätin, liebe junge Abgeordnetenkollegen, liebe Junggebliebenen!

Zuerst zu diesem Thema Bildung, das doch ein sehr umfassendes ist, wo ihr vorgebracht habt, für Jugendliche ist Bildung während der letzten Jahre ein immer größerer Bestandteil des Lebens geworden. Ich nehme für mich in Anspruch, dass, als ich jugendlich war, und das ist schon einige Zeit her, auch für mich dieses Thema eine enorme Wichtigkeit gehabt hat. Ich denke, das ist immer die Sichtweise und wenn man jung ist, auf der Suche nach seinem Platz im Leben, nach der Ausbildung, nach der passenden Schule, dann ist das natürlich das ganz wichtige Thema. Die Zentralmatura, wie es so in eurer Forderung auch heißt, erfordert

natürlich eine neue Herangehensweise und ich denke, das ist nicht nur für Schüler und Schülerinnen eine neue Herausforderung, sondern ganz speziell für die unterrichtenden Professoren. Informationen weiter zu geben, wie Ihr es auch fordert, ist sicher sehr wichtig, auch das Mitbestimmungsrecht auszubauen klingt gut, aber wenn man dann bemüht ist, auch von Seiten der Erwachsenen, Jugendliche einzubeziehen und um ihre Meinung zu bitten, ist das auch nicht immer ganz einfach. Ihr fordert auch die Änderung im Schulsystem, dass sie erst dann per Gesetz verordnet wird, wenn sie vollständig ausgereift wird. Dieser Wunsch ist ein frommer Wunsch, den ich auch schon oft geäußert habe. Ich komme eben auch aus dem Schulbereich, ich bin 25 Jahre Lehrerin und eigentlich erst seit vorigem Jahr Weihnachten karenziert, um hier im Landtag auch mitzuarbeiten. Und natürlich sagt man, es soll alles bis ins letzte Detail erprobt sein, bevor es Gesetz wird, aber das ist halt auch nicht so einfach. Man muss in kleinen Phasen einmal Dinge erproben um zu schauen, welche Auswirkung das auf das Ganze hat. Es heißt ja auch erprobtes Umsetzen. Abschließend möchte ich vielleicht zu den vorigen Wortmeldungen noch sagen, ein Stipendium für sozial Schwächere zu erlangen ist etwas ganz was Wichtiges, aber andererseits, ihr wisst, alles was gratis ist hat oft auch keinen Wert. Das heißt, es muss auch das Bestreben und das Bemühen derjenigen da sein, die eine Ausbildung oder ein Studium machen möchten und Bildung ist nicht nur auf schulische Bildung zu begrenzen. Ich erlebe so oft, viele, viele meiner SchülerInnen kommen genau von Allgemeinbildenden Höheren Schulen dann zu mir, ich bin auch Bürgermeisterin, (*Präsidentin Mag. Lackner: „Bitte zum Schluss der Ausführungen zu kommen!“*) sagen dann, okay, ich habe jetzt eine gute Schulbildung, ich will arbeiten gehen, ich habe 80 Bewerbungen geschrieben, niemand will mich. Bitte seid genau im Auswählen eures Studiums, eurer Ausbildung, damit ihr euren Platz im Leben auch wirklich findet und ich wünsche euch dazu alles, alles Gute. Und meine Bitte, engagiert euch weiterhin gesellschaftspolitisch und politisch. Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke! Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hannes Amesbauer!

**LTAbg. Amesbauer, BA:** Danke, Frau Präsidentin!

Ja, zum großen Finale, Thema Bildung, ein ganz ein wichtiges Thema, ohne Bildung kein Wissen, ohne Wissen keine Zukunft. Die Sache mit der Zentralmatura haben wir ja bei zahlreichen Schülerdiskussionen auch intensiv diskutiert. Ich war immer der Meinung, ja zur Zentralmatura, dass in den Hauptfächern die Bildungsinhalte bundesweit gleich sind, weil für

die fachspezifischen Bildungsinhalte bleibt in den Schultypen ohnehin auch genug Raum. Wichtig war nur, dass dann der Schritt gemacht wurde, die scheinbar oder offensichtlich überhastete Einführung zu schnell, zu wenig Vorbereitungszeit, zu wenig Information, dass das auch vom Bund letztlich korrigiert wurde und das zurück gereiht wurde. Ich glaube, das ist eine gute Lösung und da sieht man auch, dass Politik und Initiativen von Schülern etwas bringen. Das hat man bei dem Beispiel ganz gut gesehen. Es waren die Elternvertreter dafür, es waren die Lehrer dafür und es waren auch die Schülervertretungen dafür und gemeinsam ist das dann auch erreicht worden. Persönlich bin ich der Meinung, dass der Zugang zum höchsten Bildungssystem, das wir in Österreich haben, sprich zu den Universitäten, einzig und allein von der bestandenen Matura oder einer vergleichweisen Studienberechtigungsprüfung abhängen sollte, und nicht vom Portemonnaie der Eltern, das wäre sozial zutiefst ungerecht. Sozial angepasste Studiengebühren, da sind wir aber auch gesprächsbereit, nur es muss auch ein konkretes Modell vorgelegt werden, dass man sich das im Detail ansieht. Ja, abschließend noch von meiner Seite ein großer Dank an euch, es war wirklich eine tolle Erfahrung, auch dieser Vormittag, mit euch hier zu erleben im Landtag, eure Positionen zu sehen und eines möchte ich auch noch los werden, das ist ganz wichtig, ich habe das auch gemerkt in der Politik, gibt es immer Sachen, wo man konträrer Meinung ist. Ich bin jetzt auch schon zwei Jahre herinnen, aber es gibt immer wieder Themen, wo ich mich furchtbar innerlich darüber ärgere, und das gehört auch dazu. Weil eine emotionslose Politik ist auch keine gute Politik. Und wenn wir nicht fünf Parteien im Landtag hätten, oder mehrere Parteien, hätten wir keine Demokratie und das sollte uns immer bewusst sein, dass auch unsere Vorfahren für das Recht auf freie Meinungsäußerung, für den Kampf gegen Zensur, gegen Staatswillkür gekämpft haben. Das hat schon begonnen im Jahr 1848 und davor noch und diesen Geist sollten wir weiter tragen. Dass es uns einfach bewusst ist, dass es heute auf der Welt noch sehr, sehr viele Länder gibt, und für sehr viele Millionen Menschen das nicht selbstverständlich ist, wie für uns in einer Demokratie leben zu können, das sollten wir nie vergessen und darum sind solche Veranstaltungen wie der heutige Jugendlandtag ein guter Beitrag. Ich wünsche euch alles Gute für eure Zukunft, bleibt kritisch, lasst euch nicht „verscheissern“, hinterfragt alles kritisch, dann seid ihr auf dem richtigen Weg. Steht zu eurer Meinung, vertretet das und mit einem Steirischen Glückauf verabschiede ich mich von euch.

*(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Herr Abgeordneter Amesbauer! Als nächster und vorläufig letzter Redner Herr Abgeordneter Maximilian Lercher!

**LTabg. Lercher:** Frau Präsidentin, Hoher Jugendlandtag!

Ich glaube, da gebe ich dir jetzt auch wieder Recht, weil ich glaube wirklich, dass die Zentralmatura ein sehr, sehr tolles Beispiel war, was Initiative bringt. Wir waren genau zu diesem Zeitpunkt auf Demokratieoffensive unterwegs durch die steirischen Schulen, Podiumsdiskussion, und wir wurden gesteinigt. Nicht im wörtlichen Sinne, aber wir sind wirklich sehr stark mit diesem Problem zum damaligen Zeitpunkt konfrontiert worden, dass anscheinend die Umsetzung in Schulen nicht funktioniert. In diesem Sinne haben wir dann auch sehr stark von Landesebene versucht auf die zuständige Ministerin einzuwirken, dass sie, so wie es jetzt auch passiert ist, ein Optionenmodell macht, wo es einigen Schulen, die in der Vorbereitung weiter waren, frei steht, jetzt auch schon vorher an der Zentralmatura teil zu nehmen und anderen Schulen, die für sich geglaubt haben, noch nicht bereit zu sein, das noch zu verschieben. Ich glaube das war gut und zeigt, wie auch Demokratie funktioniert und gut funktioniert. Und dann aber auch ganz konkret da drinnen für mich die Kommunikation, dass nämlich die Schulsprecherinnen und Schulsprecher direkt auch informiert werden sollen, wenn Reformen im Bildungssystem durchgeführt werden. Und wenn ein Gesetz von Bundesebene in Begutachtung geht, dann ist es auch so, dass die SchülerInnenvertretung und die Interessensvertretungen eingebunden werden. Da bitte ich aber auch euch einzufordern, dass auch eure Interessensvertretung euch über Verhandlungen informiert, weil, das weiß ich, bei der Zentralmatura hat es diese Gespräche im Dialog gegeben. Jeder wartet eben ab und wenn was schief geht, sind wir dagegen, wenn es gut geht, haben wir gut verhandelt. Und da bitte ich euch auch in den eigenen Interessensvertretungen kritisch zu sein und das einzufordern. Nämlich das ist auch ein Informationsrecht das ihr habt, das müsst ihr kriegen, genauso wie ihr es bei uns in der Politik einfordert und wo wir es euch auch zu Gute kommen lassen müssen und sollen. Und die Studiengebühren, ich bin nicht für Studiengebühren, aus einem Grund, ich habe sie erlebt, sie haben zu keinen Verbesserungen auf den Unis geführt. Und der zweite Punkt ist, ihr habt Recht, ein Stipendiensystem soll sozial gerecht sein und wenn wir ein super gutes Stipendiensystem haben, wo alle, die es sich nicht leisten können, ein Stipendium kriegen, dann kann man ja auch Gebühren einheben. Nur das gibt es nicht. Es gibt ein solches Stipendiensystem zum jetzigen Zeitpunkt in Österreich nicht. Und aufgrund der verschiedenen Besteuerungsgrundlagen, die wir in Österreich haben, und da sind wir im Steuerrecht, wird, das glaube ich, in absehbarer Zeit es auch keines geben. Und deswegen bin ich gegen Studiengebühren. Zum Abschluss möchte ich mich wirklich bei euch bedanken, es war heute ein wirklich toller Vormittag, wir haben auch diskutiert, ob wir im Unterausschuss nicht Formen finden, um euch noch einmal einzuladen, damit ihr euch dann mit uns im

stärken Dialog austauschen könnt. Ich wollte euch nur sagen, ihr habt super Thesen ausgearbeitet, ihr seid topp politisch informiert, ihr seid kritisch, es gefällt mir, was ich gesehen habe und vielleicht bleiben wir ja über Facebook, wenn ihr wollt, könnt ihr mir jede Werbung in eigener Sache posten, die mich nicht mögen, postet mir bitte nichts Böses rauf, aber vielleicht können wir dort auch den Dialog weiter führen. In diesem Sinne wünsche ich euch viel Spaß an der Politik, betätigt euch weiter. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke! Eine Wortmeldung liegt jetzt noch vor. Frau Abgeordnete Magistra Barbara Eibinger.

**LTAbg. MMag. Eibinger:** Für meine Fraktion ganz kurz auch noch eine Ergänzung zu dieser letzten These, zum Bildungsbereich, wo wir ganz klar der Meinung sind, dass die Zentralmatura an sich eine ganz gute Sache ist, die Vorteile auch bringt für die Schülerinnen und Schüler, weil es auch die Vergleichbarkeit fördert, Die Ministerin Schmid von der SPÖ wurde dann unter anderem durch die Schülervertreter bewogen, das zu verschieben, weil es wirklich noch nicht ganz ausgegoren war bzw. bei den Schülerinnen und Schülern noch Ängste da waren. Das möchte ich auch noch festhalten. Bei den Studiengebühren da haben wir eine andere Meinung, als unser Reformpartner, das ist in der Republik Österreich schon seit vielen Jahren eine Sache, die umstritten ist. Wir haben die Studiengebühren eingeführt, damals, haben gesehen, dass es zu einer Bereinigung führt, dass es nämlich dazu führt, dass diejenigen, die ernsthaft studieren wollen, dann auch schneller studieren und dass viele, die sich halt nur inskribiert haben, dass die dann die Universitäten verlassen haben. Also, ich bin sehr froh über eure Forderung, moderate Studiengebühren, die sich auch jeder leisten kann, bzw. die, die es sich nicht leisten können, dass man die auch sozial dann unterstützt, sodass niemand abgehalten wird, ein Studium zu machen. Und ganz allgemein zum Jugendlandtag, es war für mich auch der erste Jugendlandtag, also auch eine Premiere, ich hoffe, es war auch für euch eine tolle Erfahrung einmal ein bisschen in das Abgeordnetenleben rein zu schnuppern, ihr habt sicher gemerkt, man braucht da relativ viel Sitzfleisch und ihr habt sicher auch gemerkt, dass das Stunden über Stunden, auch Wochen an Vorbereitung sind und man hier dann eigentlich immer nur die Ergebnisse präsentiert und jeder hier dann seine Eckpunkte noch einmal da preis gibt. Ich bedanke mich für alle Themen, die ihr aufgeworfen habt, da sind einige ganz Neue auch für uns gekommen, die wir gar nicht bedacht hatten und andere, wo wir uns bestätigt fühlen, wo wir jetzt wissen, dass wir jetzt da auf einem guten Weg sind und das angehen müssen und seid versichert, wir haben uns darauf geeinigt, es wird

nicht bei dem heutigen Tag bleiben, sondern wir werden ernsthaft auch im Unterausschuss all eure Themen, die Ihr aufgeworfen habt, behandeln. Danke, dass Ihr da wart. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Abgeordnete! Mein Blick jetzt hin zur Jugendlandesrätin, Frau Mag. Grossmann, bitte!

**Landesrätin Mag. Grossmann:** Zu diesem Thema ist ja schon viel Wichtiges und Gutes gesagt worden, Ängste sind angesprochen worden. Die größten Ängste bei der Zentralmatura hatten wohl die Lehrer und Lehrerinnen, weil die gelten jetzt erstmals gewisserweise auch als mit geprüfte, das bedeutet natürlich auch eine gewisse Umstellung im Rollenverhalten. Lehrer/Lehrerinnen sind mehr Begleiter, mehr Coaches und weniger selbst die Prüfenden. Das muss auch natürlich erst in den Köpfen, das muss erst mental verankert werden und hier braucht es natürlich auch eine gewisse Zeit, wobei man es wirklich sehr selten hört, dass Bildungsreformen in Österreich zu schnell über die Bühne gehen. Meist kommt der Vorwurf umgekehrt, dass es viel zu langsam geht, also irgendwo sind wir da im Mittelweg und offensichtlich auch gar nicht so schlecht unterwegs. Ich möchte zum Abschluss auch ein ganz großes Danke sagen für einen wirklich intensiven, für mich auch sehr informativen Vormittag, ich hoffe für Sie, für euch auch und so wie sich die Bildungsreform immer dynamischer weiterentwickelt, sollte sich auch der Jugendlandtag dynamisch weiter entwickeln, wir werden auch heute wieder Erfahrungen mitnehmen, diese weiter entwickeln, mir ist aufgefallen, dass vielleicht die Abgeordneten den Jugendlichen zu viel Zeit weg reden, das sollte sich vielleicht ändern. Werden wir schauen, und die Landesrätin auch, das werden wir alles ändern versuchen, werden wir schauen, ob wir das nächste Mal ein System finden, dass vor allem die jungen Menschen mehr zu Wort kommen. Das wäre mir ein Anliegen, wir werden uns gemeinsam weiter entwickeln. Ich danke euch für den spannenden Vormittag und wünsche euch für euer zukünftiges Leben alles, alles Gute. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Landesrätin auch für die Mikrofonflexibilität! Die Moderation hat schon wieder das Mikro in der Hand. Frau Lacheiner, Herr Moik. Sie schließen jetzt die letzte Runde.

**Moderator Thomas Moik:** Vielen Dank. Ich glaube, es ist sehr Vieles und sehr Positives auch zum Thema Bildung gesagt worden. Ich schaue noch einmal, ob es ganz dringend von



irgendjemandem eine Wortmeldung dazu gibt, obwohl wir mehr oder weniger schon Schlussworte auch gehört haben. Nachdem das nicht der Fall ist, darf ich danke sagen nur für die Wortmeldungen, die gekommen sind. Es war leider nicht immer möglich, welche hier abzugeben bzw. alle hier abzugeben. Ihr seht, wir haben jetzt ein bisschen mehr als eine halbe Stunde überzogen, das ist im Schnitt bei 14 Thesen zwei bis drei Minuten pro These, das ist sehr wenig Zeit, aber die Einladung ist glaube ich auch von den Abgeordneten da, euch direkt an sie zu wenden, entweder jetzt noch im Anschluss oder per Email, oder per Brief oder per Telefon vorbeizukommen und eure Anliegen so noch weiter vor zu bringen. Von meiner Seite Danke für eure Wortmeldungen und die Birgit macht jetzt noch den Abschluss.

**Präsidentin Mag. Lackner:** Dann darf aber ich noch vor organisatorischen Informationen mich im Namen des Landtag Steiermark sehr, sehr herzlich für diesen Vormittag, der ein bedeutender für unsere Landtagsrunde ist, bedanken, es war eine wirklich intensive Teilnahme, eine, ich habe, wie alle hier, eine sehr ernsthafte Diskussion zu vielen Themen erlebt, auch eine sehr große Disziplin und ich bewundere mich und bedanke mich auch für Ihr Aller intensives Engagement. Information gibt die Frau Mag. Lacheiner noch, aber ich darf sagen, dass es für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Zertifikat über den heutigen Landtag, also über die Anwesenheit und über das Mitmachen im Vorfeld gibt, das ist dann bei der Frau Mag. Köck erhältlich. Sie hält es schon in die Höhe. Das darf mit nach Hause genommen werden, jetzt noch die Informationen von der Frau Mag. Lacheiner.

**Moderatorin Mag. Birgit Lacheiner:** Danke sehr. Nur ganz kurz noch Organisatorisches. Es ist öfter schon erwähnt worden, wir bleiben bitte weiterhin gerne in Kontakt und wir werden euch weiterhin informieren, was mit all diesen Themen und Thesen, die hier heute aufs Tapet gekommen sind, passiert. Es heißt, wir haben die Chance, dass wir in Kontakt sind mit dem besagten Unterausschuss und gerne die Informationen auch weiter geben und die Einladung ist ja des Öfteren ausgesprochen worden, weiter mit zu arbeiten und wenn es jetzt noch dringende Fragen gibt, würde ich euch bitten, dass ihr die nieder schreibt und einfach mir gebt, die werden wir natürlich sehr gerne weiter leiten, also dass bitte nichts verloren geht. Ich glaube, das war es, vielen Dank von meiner Seite auch, vergesst bitte die Teilnahmebestätigungen nicht. Danke.

**Präsidentin Mag. Lackner:** Danke, Frau Lacheiner! Wie im wirklichen Leben, wir können auch nie genau sagen, wann ein Landtag zu Ende ist. Wir haben heute 40 Minuten überzogen,

aber noch einmal danke für die Disziplin, es war ein hochinteressanter Jugendlandtag 2012. Meine Damen und Herren, liebe Jugendliche, ich darf Sie nun im Namen des Landtages herzlich zu einer Stärkung in den Rittersaal bitten. Im Saal nebenan bzw. hinter uns stehen für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie alle Zuhörenden dieser Veranstaltung Speisen und Getränke zur Verfügung. Ich darf zu diesem Mittagsempfang einladen, wünsche noch einen schönen Advent. *(Allgemeiner Beifall)*

*(Ende des Jugendlandtages: 12.45 Uhr)*